

Heft 193

Ausgabe 6 | 2012

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

spw



Neue Weltordnung – Ost-Asien

Michael R. Krätke

Die Entwicklung des Kapitalismus in China

Julia Müller, Erwin Schweisshelm

**Das asiatische Jahrhundert – auch für die
Gewerkschaftsbewegung in Ostasien?**

Marc Saxer

**Von Drachen, Tigern, Elefanten:
Die Wirtschaft von Morgen in Asien**

Interview mit Josef Held

**„Die üblichen Erklärungen für die Zunahme
rechtsextremer Orientierungen
passen nicht wirklich“**

Kurzum | von Cordula Drautz

Es ist eine Binsenweisheit. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind eine in einen liberalen und teilweise hochreaktionären Teil gesplattete Gesellschaft. Mit der knappen Wahl Barack Obamas zum 44. Präsidenten der USA ist das erneut manifestiert worden. Die Demokraten behalten die Oberhand im Senat, im Repräsentantenhaus konnten die Republikaner ihre Mehrheit sogar ausbauen. Die gesplattete Gesellschaft hat eine gesplattete Regierung. „Divided Government“ nennt man die gegenseitige Blockade von Repräsentantenhaus und Senat. Der Präsident muss vermitteln.

Die Probleme, die gelöst werden müssen, sind immens. Die Gesundheitsreform muss verabschiedet, das sogenannten „Fiscal Cliff“ überwunden, riesige Infrastrukturinvestitionen getätigt werden. Dies ist schon anspruchsvoll genug für eine Regierung, der eine zwar kritische, aber sachorientierte Opposition gegenübersteht. Davon ist in den USA keine Rede. Während die Chinesen in der Kontinuität ihren Wandel gestalten und auf dem 18. Parteitag mit mächtigen Kämpfen im Hintergrund, aber geräuschlos im Vordergrund die dritte Epoche nach Mao Tse Tung und Deng Xiaoping einleiten, tobt in den USA der Kulturkampf.

Ein Land, in dem einerseits mit „legitimer Vergewaltigung“, die gottgewollte Schicksalsfügung gepredigt wird und andererseits gleichgeschlechtliche Paare heiraten dürfen, wird schwerlich zu einem gesellschaftlichen Konsens finden. Die weiße, meist männliche Klientel, auf die Herausforderer Mitt Romney in seinem Wahlkampf gesetzt hat, fühlt sich von Latinos, Schwarzen und der multiethnischen Wählerbasis Obamas, bedroht. Angst vor dem Verlust der eigenen, amerikanischen Identität ist der radikalste Treiber von politischer Kompromisslosigkeit. Die Occupy-Besetzer und die Wall-Street-Besitzer stehen Stirn an Stirn im New Yorker Zuccotti-Park.



⇒ Cordula Drautz ist Politikwissenschaftlerin, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

Foto: privat

Kurzum: Die Vereinigten Staaten von Amerika durchleben einen Wandel, wie ihn wohl keine der beiden dominierenden politischen Kräfte so schnell nachvollziehen kann. Zwar befinden sich die Republikaner in einer noch drastischeren Wirklichkeitsverleugnung als die Demokraten, doch auch letztere haben die Dynamik der Entwicklung noch nicht in eine überzeugende Strategie für Mehrheiten jenseits des Wahlsieges münden lassen. Dabei wären „vereinigte“ Staaten gerade für die Bewältigung der internationalen Herausforderungen eine wichtige, wenn nicht notwendige Voraussetzung. Im Vergleich zu diesen Auseinandersetzungen sind die „vereinigten Staaten von Europa“ geradezu in greif- und fühlbare Nähe gerückt. Ein nicht zu unterschätzender Mutmacher zur Überwindung der Eurokrise und langfristig vielleicht mehr Wert als Bankenunion, Rettungsschirm und Fiskalpakt. ■

■ Meinung

Jetzt müssen konkrete Schritte folgen

| Klaus Barthel, Elke Ferner, Angelika Graf, Hilde Mattheis, Sascha Vogt 4

GETZ – einmal mehr symbolische Sicherheitspolitik

| Werner Koep-Kerstin 6

Flüchtlingsproteste gegen rassistische Ausgrenzungspolitik

| Marei Pelzer 7

Von der Schwierigkeit mit der europäischen Krise | Kai Burmeister 8

„Die üblichen Erklärungen für die Zunahme rechtsextremer Orientierungen passen nicht wirklich“ | Interview mit Josef Held 9

■ ■ Im Fokus: Neue Weltordnung – Ost-Asien

Einleitung zum Heftschwerpunkt

| Kai Burmeister, Cordula Drautz, Michael Reschke, Thilo Scholle 12

Die Entwicklung des Kapitalismus in China | Michael R. Krätke 16

Das asiatische Jahrhundert – auch für die Gewerkschaftsbewegung in Ostasien? | Erwin Schweisselhelm, Julia Müller 21

Arbeitsbeziehungen in der Volksrepublik China – eine erste

Annäherung | Wolfgang Däubler 27

Von Drachen, Tigern, Elefanten: Die Wirtschaft von Morgen in Asien

| Marc Saxer 33

Konfrontation oder Kooperation auf der koreanischen Halbinsel?

| Christoph Pohlmann 40

Going West (geographisch)? | Tim Schlösser 46

„Unser Selbstverständnis orientiert sich an partizipativer Demokratie und partizipativem Sozialismus“ | Interview mit Marie Chris M. Cabrerós 51

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Alle Jahre wieder! | Jasmin Siri 55

Stichwort Wirtschaftspolitik: Deutschland vor der Rezession?

| Arne Heise 56

Die aktuelle Zahl: 10 Jahre | Claudia Bogedan 58

Die Wahlen in den Niederlanden und ihre Auswirkungen auf die EU

| Siebo M.H. Janssen 59

Rezensionen:

Der Staat der Klassengesellschaft – Rechts- und Sozialstaatlichkeit bei Wolfgang Abendroth | Folke große Deters 63

Zwei mal 150 Jahre | Robert von Olberg 65

Neues zu Rosa Luxemburg | Thilo Scholle 67

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Danke Michael Reschke! 68

DL 21 Aktuell: SPD muss als linke Volkspartei sichtbar werden 69

Fünf Fragen an... Reinhold Rünker 70

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Oliver Kaczmarek (Kamen)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Uwe Meinhardt (Stuttgart)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Rösper (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Carsten Sieling (Bremen)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Spies (Marburg)
Michael Vester (Hannover)
Felix Welti (Lübeck)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Bettina Kohlrausch
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Kai Burmeister
Cordula Drautz
Michael Reschke
Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Michael Reschke
Telefon 0176 - 642 840 03
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-

(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.

Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist

dem Verlag mitzuteilen.

ISSN 0170-461 - K 5361

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.

Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: www.fotolia, © suzannemeer, CMonnay.

Bildnachweis:

S.55 www.fotolia.com © electriceye, S.56
www.fotolia.com © ferkelraggae.

Gestaltung und Druck:

Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Dezember 2012

Jetzt müssen konkrete Schritte folgen

von Klaus Barthel, Elke Ferner, Angelika Graf, Hilde Mattheis und Sascha Vogt



Foto: www.photocase.de, © suze

Der Parteikonvent hat am 24. November 2012 die Grundlage für ein neues Rentenkonzept beschlossen. Damit haben wir uns für eine gerechte, solidarische und nachhaltige finanzierte Rente ausgesprochen. Unser Konzept gibt Antworten gegen Erwerbs- und Altersarmut. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie Mindestlohn, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, sozial abgesicherte und Existenz sichernde Beschäftigung mit möglichst wenig Lücken sind die Voraussetzung für armutsfeste Renten. Die Ausgestaltung der Rente ist für viele Bürgerinnen und Bürger eines der entscheidenden, wenn nicht sogar das entscheidende sozialpolitische Thema in den kommenden Jahren.

Mit dem Beschluss ist klar: Mit uns wird das Rentenniveau bis 2020 nicht unter 50 Prozent absinken und die Rente 67 wird ausgesetzt. Dafür hatten sich ASF, AfA, AG 60plus, die Jusos und die SPD-Linken von Beginn der Rentendebatte an mit ganzer Kraft eingesetzt. Aus vielen Landesverbänden lagen dazu An-

träge vor, insbesondere der Antrag aus NRW war von großer Bedeutung. Der Einsatz vieler hat sich somit gelohnt: die Stabilisierung des derzeitigen Rentenniveaus hilft allen und hat deshalb höchste Priorität.

Die Leistungsverbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, die Einführung der Solidarrente, die Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West bis 2020, sowie der Einstieg in eine Erwerbstätigenversicherung helfen Altersarmut zu bekämpfen. Der abschlagfreie Rentenzugang nach 45 Versicherungsjahren ab dem 63. Lebensjahr wurde ebenfalls beschlossen. Die ASF kritisiert dies. Denn Frauen werden hiervon kaum profitieren, genauso wenig wie die Mehrheit der Männer. Sie müssen dies aber über höhere Beiträge und längeres Arbeiten mitfinanzieren.

Auf dem Weg zur Stabilisierung des Rentenniveaus und Finanzierung der anderen Maßnahmen müssen nun konkrete Schritte folgen: Einerseits durch arbeitsmarktpoli-

tische Maßnahmen und andererseits durch eine Korrektur der Dämpfungsfaktoren, weil durch die Riestertreppe das Niveau bereits zu stark abgesenkt wurde.

Von einer Partei, die für soziale Gerechtigkeit eintritt, erwarten die Menschen zu Recht, dass sie für eine Rente sorgt, die gerecht ist und die ihre Lebensleistung auch wirklich würdigt. Dafür brauchen wir eine starke gesetzliche Rentenversicherung, die in den kommenden Jahren noch weiter hin zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden muss. Wer ein ganzes Leben lang Vollzeit gearbeitet hat und in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, muss am Ende eine Rente deutlich über der Bedürftigkeitsschwelle erhalten und so seinen Lebensstandard annähernd sichern können. Nur so bleibt die Akzeptanz unseres umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherungssystems gewahrt.

Der Rentenbeschluss macht auch klar: Für die SPD hängen der Schutz vor Altersarmut und Arbeit, von der alle gut leben können, unmittelbar zusammen. Beides muss gerecht ausgestaltet werden.

Die zweite Seite einer solidarischen Rentenpolitik ist deshalb eine Neuausrichtung des arbeitsmarktpolitischen Rahmens. Die Bekämpfung von Erwerbsarmut ist deshalb für die Stabilisierung des Rentenniveaus zu Recht grundlegend. Die drastische Zunahme prekärer Beschäftigung in den vergangenen Jahren hat dazu geführt, dass viele Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr oder nur schlecht leben können. Neben der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von am Anfang mindestens 8,50 Euro und der Stärkung der Tarifbindung mit höheren Löhnen und Gehältern muss auch das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten. Existenzsichernde, gerechte Löhne bilden eine wichtige Grundlage, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausreichende Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen können

und später vor Altersarmut geschützt sind. Gleichzeitig brauchen wir eine Gesamtstrategie zur Gestaltung der Arbeitswelt selbst, die es den Menschen erlaubt, gesund und unter humanen Bedingungen zu arbeiten und die Rente gesund zu erreichen. Die zunehmende Entgrenzung der Erwerbsarbeit, Aushebelung von Beschäftigtenrechten, Stress, Mobbing und die Zunahme psychischer Krankheiten legen drastisch den Handlungsbedarf für „gute Arbeit“ jenseits der Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinn nahe.

Parallel zur Durchsetzung von guter Arbeit, Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und einer Gesamtsteigerung des Lohnniveaus muss auch klar werden: uns geht es nicht um die Umschichtung von Mitteln, die dem Gesamtstaat derzeit unter dem Diktat von Rettungsschirmen und Verschuldungsbremsen zugewiesen werden, sondern um eine gerechte und zukunftsfähige Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums, also einschließlich der sich immer höher auftürmenden Vermögensbestände in wenigen Händen.

Vor diesem Hintergrund ist in den nächsten Jahren laufend zu prüfen und mit geeigneten Maßnahmen zu unterlegen, wie unser Ziel der dauerhaften Sicherung des Rentenniveaus auch nach 2020 erreicht wird. ■

☞ Klaus Barthel ist Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD.

☞ Elke Ferner ist Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.

☞ Angelika Graf ist Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus.

☞ Hilde Mattheis ist Vorsitzende des Forum DL21.

☞ Sascha Vogt ist Bundesvorsitzender der Jusos.

GETZ – einmal mehr symbolische Sicherheitspolitik

von Werner Koep-Kerstin

Vor wenigen Wochen eröffnete der Bundesinnenminister, Dr. Hans-Peter Friedrich, mit großem Tamtam das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“ (GETZ). Das neue Zentrum reiht sich ein in die schier endlosen Versuche, mit neuen Gremien und Verbunddateien den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden zu verbessern. Nach „PMK-rechts“, AG OIREX, GATZ und GAR soll nun also GETZ die Lösung sein für jenes Versagen der Sicherheitsbehörden, das mit der beispiellosen Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ sichtbar wurde. Nur: Können, sollen und wollen Polizeibehörden und Geheimdienste überhaupt effektiv zusammenarbeiten? Und sind noch mehr Informationen die richtige Antwort auf diese Probleme?

Die Ermittlungsarbeit der Polizei unterliegt rechtsstaatlichen Leitlinien, die die Betroffenen vor unverhältnismäßigen Eingriffen schützen sollen und einer gerichtlichen Prüfung zugänglich sein müssen. Polizeiliche Informationsgewinnung und -auswertung ist idealerweise zielgerichtet, sparsam und wertneutral gegenüber den Betroffenen. Dagegen sammeln Geheimdienste ihre Informationen quasi mit dem Schleppnetz: Sie greifen unbelegte Vorwürfe und Gerüchte aus dubiosen Quellen auf – in einem Umfang, der mit ihrem gesetzlichen Auftrag nicht begründbar ist. Wie weit sich der Blick der Geheimdienste dabei verirren kann, offenbaren die Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz (das auch den geheimdienstlichen Teil des GETZ leitet): Der aktuelle „Verfassungsschutzbericht“ des Amtes beschäftigt sich beispielsweise neben rechtsextremistischen Gruppen wie der Skin-



➔ Werner Koep-Kerstin ist amtierender Vorsitzender der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union, vereinigt mit Gustav Heinemann-Initiative.

Foto: privat

head-, NS-Hatecore- und NS-Black-Metal-Subkultur auch mit den Fragen, wo und wie die „Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí“ Hilfsgüter für Kuba sammelt, die Redaktionsmitglieder des „Gegenstandpunkt“ ihre „destruktive Kritik“ am Kapitalismus publizieren oder wie das interne Ethik- und Normgefüge der Scientologen funktioniert.

Bedarf es für die Beobachtung, Analyse und Kritik solcher Gruppen und Zusammenschlüsse eines Geheimdienstes? Und können, ja, sollen Polizeibehörden solch denunziatorische Berichte überhaupt bei ihrer Arbeit berücksichtigen?

Die Aufarbeitung der NSU-Geschichte ist noch in vollem Gange. Dennoch zeigt bereits der erste Untersuchungsbericht des Sonderermittlers Schäfer, dass es in Thüringen nicht an Informationen über die Protagonisten der NSU mangelte – dafür umso mehr an den personellen Kapazitäten zur Auswertung der Informationshalden. Der Rückstand der analytischen gegenüber den Kapazitäten zur Informationsgewinnung ist nicht neu. Er wird inzwischen auch von internen Experten bemängelt. So klagte kürzlich der Vorsitzende des Bundes deutscher Kriminalbeamter, Andy Neumann: „Wir stellen immer mehr Kräfte für den Austausch von Informationen bereit, aus denen am Ende keiner mehr etwas macht. Man könnte also sagen: Wir tagen uns zu Tode!“ Das GETZ ist deshalb nicht die Lösung, sondern eher ein Ausdruck unserer Sicherheitsprobleme. ■

Flüchtlingsproteste gegen rassistische Aus- grenzungspolitik

von Marei Pelzer

Das Jahr 2012 war das Jahr der Flüchtlingsproteste. Angefangen mit einem Protestmarsch von Würzburg in die Hauptstadt gingen Flüchtlinge in Berlin, Frankfurt am Main und anderen Städten monatelang gegen Ausgrenzung und für bessere Lebensbedingungen auf die Straße. Die über Jahrzehnte bestehende Ausgrenzungspolitik gegenüber Flüchtlingen ist so verstärkt ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit geraten. Jetzt muss sich endlich auch politisch etwas bewegen.

Seit dem 24. Oktober 2012 protestierten die rund 20 Flüchtlinge am Brandenburger Tor für bessere Lebensbedingungen, anfangs im Hungerstreik. Die Behörden versuchten, die Proteste durch überzogene Auflagen und Polizeischikanen zu verhindern. Die Polizeiaktionen und der Hungerstreik hatten zunächst auf Twitter (#rfcamp, #refugeecamp) hohe Wellen geschlagen, woraufhin schließlich zahlreiche Medien über die Proteste berichtet hatten. Viele statteten den protestierenden Flüchtlingen einen Besuch ab – unter anderem die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), die ihnen einen Gesprächstermin mit Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen zugesichert hatte. Letztendlich verlief dies ergebnislos. Die Proteste werden jedoch nicht nur in Berlin weiter gehen. Auch in Frankfurt am Main haben Flüchtlinge und Unterstützerinnen mit einer vierwöchigen Mahnwache bis Mitte November 1500 Unterschriften für die Abschaffung der Residenzpflicht, Schutz vor politischer Verfolgung, zügige Asylverfahren, die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen und das Recht auf Arbeit gesammelt.



☞ Marei Pelzer, rechtspolitische Referentin bei Pro Asyl, ist spezialisiert auf Fragen des europäischen Flüchtlingsrechts und der Umsetzung von Menschenrechten in Deutschland. Für PRO ASYL wirkt sie am Grundrechte-Report mit. Sie ist zugleich Mitglied im Vorstand der Stiftung PRO ASYL.

Foto: privat

Die Protestbewegung im Jahr 2012 war so stark wie selten. Das macht Hoffnung, dass der Druck auf die Politik sich erhöhen wird und im Wahljahr 2013 die Lebenssituation von Flüchtlingen auf die politische Agenda kommen wird. Zu Recht thematisieren die protestierenden Flüchtlinge Skandale, die Teil einer jahrzehntelangen Ausgrenzungspolitik in Deutschland sind. Aktuell kommen überlange Verfahrensdauern hinzu. Über Monate warten Asylsuchende darauf, auch nur eine Anhörung zu ihren Asylgründen zu erhalten. Je länger die Verfahren dauern, desto länger müssen sie die Restriktionen erleiden. Eine der Schikanen ist die sogenannte Residenzpflicht. Sie sorgt dafür, dass die Betroffenen von ihren Ausländerbehörden gedemütigt und im Wiederholungsfall bestraft werden können, nur weil sie etwa auf dem Weg von ihrer Unterkunft in die für sie zuständige Kreisstadt kurz das Territorium eines anderen Bundeslandes oder eines anderen Kreises durchqueren mussten. Manche Bundesländer, wie seit jüngster Zeit sogar Hessen, lassen es zu, dass sich die Asylsuchenden innerhalb ihres Bundeslandes frei bewegen können. In Bayern ist es den Betroffenen jedoch noch immer nicht erlaubt, ihren Regierungsbezirk oder gar ihren Landkreis zu verlassen. Zusammen mit den Flüchtlingen werden wir als PRO ASYL weiter darum streiten, dass sowohl die Residenzpflicht, als auch Arbeitsverbote, Lagerunterbringung, Essenspakete und andere Schikanen endlich abgeschafft werden. ■

Von der Schwierigkeit mit der europäischen Krise

von Kai Burmeister

Europa ist gespalten. Das gilt sowohl für die Wirtschaft als auch für den Widerstand gegen die Troikapolitik. Das zeigte sich am 14. November, als der Europäische Gewerkschaftsbund aufgerufen hatte, auf die Straße zu gehen. Während in Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, Portugal und Griechenland viele Tausend den Aufrufen der Gewerkschaften folgten, war im Norden des Kontinents auf den Straßen wenig von sozialer Empörung zu sehen. Warum war bei uns so wenig los? Liegt es an Einschränkungen im Streikrecht? Nein! Eine öfters zu hörende Erklärung lautet: Die Gewerkschaften seien generell zu zahm. Oder DGB und Co. hätten mit bewusster Lohnzurückhaltung die Exportweltmeisterschaft befördert und die Anderen zu Boden gedrückt. Die TAZ vermutet die IG Metall in einem „Korporatismusdilemma“, in der die Gewerkschaft vor Kritik an der Merckelschen Europapolitik zurückschreckt, um Einfluss zu wahren. Anstelle von Legendenbildung drei Beobachtungen:

- 1) Der Rechten ist es gelungen, aus der Finanzmarktkrise eine „Krise fauler Griechen“ zu machen. So geht es öffentlich nicht mehr um die Folgen der Bankenrettung sondern um einen überbordenden Sozialstaat im Süden Europas.
- 2) Für viele Arbeitnehmer bei uns ist die Krise bislang vor allem ein mediales Ereignis – die Krise der Anderen. Und als solche gibt es in der Bevölkerung durchaus eine hohe Zustimmung für das Bild der „schwäbischen Hausfrau“, die mit Tugenden wie Sparsamkeit oder Enthaltbarkeit selbst aus der Krise kommen möchte.



☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär, Mitglied der spw-Redaktion und wohnt in Stuttgart.

Foto: privat

- 3) Zudem ist die ökonomische Lage in Deutschland und Spanien grundverschieden. Auch wenn bei uns die Auslastung in der hiesigen Industrie zurückgeht, von Depression ist nichts zu spüren.

Alle drei Erklärungen taugen nicht als Rechtfertigung für ein Abwarten – sie müssen aber bei der gewerkschaftlichen Aktion berücksichtigt werden, wenn sie in den Betrieben nicht ins Leere laufen soll. Auf der Papierebene ist die Eurokrise lösbar; es finden sich viele linkskeynesianische Lösungen für ein anderes Europa. Die Schnittstelle zwischen „Experten-Konferenz“ und dem Alltagsbewusstsein vieler Gewerkschaftsmitglieder ist die eigentliche Klippe. Zu Pessimismus oder zögerlicher Haltung besteht kein Anlass. Daraus ergibt sich vielmehr ein klarer Arbeitsauftrag: Die ökonomische Aufklärung. Krise muss popularisiert und soziale, wirtschaftliche und demokratische Alternativen für ein anderes Europa dargestellt werden. Im Süden werden Löhne und Renten gekürzt, Soziales gestutzt, Gewerkschaften in ihren Rechten eingeschränkt. Eine Fortsetzung der Austeritätspolitik führt in den Abgrund. Wenn der Süden Europas am Boden liegt, werden wir uns nicht dauerhaft von der Abwärtsspirale abkoppeln können. Dies ist der rote Faden in der Argumentation für eine solidarische Lösung der Krise. Wer seine Interessen als Arbeitnehmer in Dortmund und Nürnberg wirksam vertreten will, muss sich mit Athen und Madrid beschäftigen. Die Gewerkschaften müssen dem Europa der Solidarität jetzt ein Gesicht verleihen und ihm eine entschlossene Stimme geben. ■

„Die üblichen Erklärungen für die Zunahme rechtsextremer Orientierungen passen nicht wirklich“

Interview mit Josef Held



☞ Prof. Dr. Josef Held ist Leiter Tübinger Forschungsgruppe für Migration, Integration, Jugend und Verbände.

Foto: privat

spw: Die Studie „Die Mitte im Umbruch“ im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung stellte fest, dass rund 16 Prozent der Ostdeutschen im Jahr 2012 ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild besitzen – der höchste je in diesen Mitte-Studien gemessenen Wert. Parallel stieg der Anteil der deutschen Bevölkerung mit ausländerfeindlichen Einstellungen von 2008 bis 2012 von rund 21 auf 25 Prozent, im Osten von rund 33 auf rund 39 Prozent. Gerade der Trend im Osten lenkt den Blick auf die Folgen sozioökonomischer Strukturveränderungen, auch wenn die Autoren betonen, dass sich das Anwachsen rechtsextremer Einstellungen nicht nur hierdurch erklären lässt und sozial abdriftende Regionen auch im Westen existieren.

Sie haben 2008 mit Ihrer Forschungsgruppe den Einfluss des politischen Umfeldes auf die Entstehung und Verbreitung von Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis untersucht – einer ökonomisch starken Region. Welche Faktoren und Mechanismen führen nach ihren Befunden zu rechtsextremen Einstellungen?

» J.H.: Wir haben in den letzten 20 Jahren regelmäßig qualitative und quantitative Untersuchungen zu politischen Orientierungen von Jugendlichen durchgeführt und

dabei hat sich immer wieder bestätigt, dass die üblichen Erklärungen für die Zunahme rechtsextremer Orientierungen nicht wirklich passen und auch praktisch fragwürdig sind. Das immer noch dominierende Desintegrationstheorem behauptet, dass negative soziale und ökonomische Veränderungen die Gesellschaft desintegrieren, und dass die Unsicherheit und Orientierungslosigkeit der ‚Modernisierungsverlierer‘ die Hauptursache für den Rechtsextremismus sei. Die praktische Folge dieses Ansatzes ist, dass die Rechtsextremen als Opfer schlimmer sozialer Zustände erscheinen. Unsere Forschungen weisen darauf hin, dass der Rechtsextremismus nicht aus einem Gefühl der Schwäche entsteht, sondern aus einem der Überlegenheit und Stärke. Er sucht sich ein Umfeld, das ihm dies erlaubt.

spw: Sie haben intensive Feldforschung vor Ort betrieben. Welche soziokulturellen Felder bieten Rechtsextremen positive Resonanz oder Unterstützung?

» J.H.: Unsere jüngste regionale Fallstudie haben wir in einem Gebiet durchgeführt, das ökonomisch stark und kulturell geradezu idyllisch erscheint, das aber gleichwohl viele rechtsextreme Aktivitäten aufweist. Desintegration ist da sicher kein Problem. Ein wichtiger Faktor scheint eher der Wille zur Integration zu sein. Die Abgrenzung gegenüber anderen, die nicht dazu gehören, erhöht das Gefühl der eigenen Integriertheit. Wir nannten den damit verbundenen starken lokalen Bezug „Lokalismus“, es handelt sich dabei um eine Pervertierung des Lokalpatriotismus. Der Lokalismus weist eine Nähe zum Nationalismus auf und das hat sich als ein wichtiger Resonanzboden für rechtsextreme Tendenzen erwiesen. Die Rechtsextremisten suchen sich

solche Orte, an denen sie dann erfolgreich wirken können.

spw: Rechtsextremismus ist zunächst eine Einstellung und sagt noch nichts über die potentielle Organisation der Menschen, die dieser Einstellung anhängen. Macht es einen Unterschied, ob man bei der Betrachtung rechtsextremer Einstellungen den Blick auf organisierte Formen wie Parteien oder Verbände wirft oder ob man eher freie Gruppen wie Kameradschaften betrachtet?

» **J.H.:** Rechtsextremismus ist eine politische Orientierung, die unterschiedliche Formen des Handelns beinhalten kann. Jemand kann sich mit unterschiedlichen Motiven einer rechtsextremen Gruppe oder Organisation anschließen, oder diese meiden. Wir unterscheiden Rechtsextreme „diesseits und jenseits einer roten Linie“. Das heißt, es gab Rechtsextreme, die auf Integration und Akzeptanz in ihre Gemeinde Wert gelegt haben, sich dort sehr angepasst verhalten haben oder sogar durch besonderes bürgerschaftliches Engagement aufgefallen sind. Und es gab andere – jenseits der roten Linie –, die schon kriminell geworden waren, untertauchen mussten oder Ähnliches. Interessant war, dass es verdeckte Beziehungen gab zwischen diesen beiden Gruppen, sozusagen eine Art Arbeitsteilung. Organisiert wurde das durch organisierte Formen des Rechtsextremismus.

spw: Während in Westdeutschland die Ausländerfeindlichkeit mit zunehmendem Alter deutlich steigt, erreichen die 14-30 Jährigen Ostdeutschen – so die Studie für die FES – mit rund 39 Prozent fast die gleichen Zustimmungswerte höherer Altersgruppen. Die Autoren sprechen von einer nachwachsenden Generation mit rechtsextremen Einstellungen. Teilen sie diese Einschätzung?

» **J.H.:** Rechtsextremismus hat unter Jugendlichen eine zunehmende Attraktivität und rechtsextreme Zusammenschlüsse

bemühen sich vor allem um die Jugendlichen. Alle attraktiven kulturellen Formen und Medien werden dabei genutzt und man ist bei den Mitteln nicht wählerisch. Zum Teil kopiert man auch jugendkulturelle Formen des linken Spektrums und stellt dazu das Wörtchen „national“ voraus.

spw: Eine höhere Formalbildung scheint nach wie vor ein Schutzfaktor gegen rechtsextreme Einstellungen darzustellen. Welche Anforderungen müssen Methoden bzw. Programme schulischer und außerschulischer politischer Jugendarbeit und Jugendbildung gegen Rechtsextremismus erfüllen?

» **J.H.:** In den meisten Untersuchungen, auch in unseren, zeigen die Gymnasiasten eine geringere Zustimmung zu rechtsextremen Parolen als Real- und Hauptschüler/innen, wobei aber die politischen Leitfiguren oft höhere formale Bildungsabschlüsse haben. Ganz entscheidend für die weitere politische Entwicklung ist, dass in Jugendarbeit und Jugendbildung – auch in den Schulen – die Tendenz des Wegschauens und Verharmlosens beendet wird. Wenn in einer Schulklasse – wie geschehen – alle Schüler die fünf „Nazi“-Mitschüler kennen und diese sich auch zu erkennen geben, weil ihre Haltung als attraktiv gilt, wenn aber gleichzeitig die Lehrerin alles abstreitet und nichts bemerkt haben will, so stellt das faktisch eine Unterstützung der Rechtsextremen dar und wird von diesen auch so gesehen. Die Jugendarbeiter/innen und Lehrer/innen sollten auf die attraktiven politischen Deutungsangebote der Rechten gute Argumente haben und das setzt politische Bildung und Engagement bei ihnen voraus.

spw: Eine zentrale Aufgabe sieht ihre Forschungsgruppe in der Stärkung einer demokratischen politischen Kultur, besonders auf lokaler Ebene, um eine Hegemonie rechtsextremer Akteure zu verhindern. Wie stellen sie sich die Umsetzung konkret vor?

» J.H.: Wir unterscheiden dabei zwischen Maßnahmen gegen Rechtsextremisten und Maßnahmen in Bezug auf das Umfeld.

Für die Maßnahmen gegen Rechtsextremisten, vor allem die organisierten, sind rasches und konsequentes Handeln notwendig. Repressive Maßnahmen z.B. Strafverfolgung bei Propagandadelikten, sind erste Wahl, damit sie keine Hegemonie oder Akzeptanz erreichen. Ungeeignet sind dagegen bei diesen Gruppen Maßnahmen der politischen Bildung, der Kulturarbeit oder interkulturelle Programme. Ganz ungeeignet sind bei ihnen kompensatorische Maßnahmen zur Verbesserung ihrer frustrierenden Lebensumstände, um damit indirekt die vermeintliche Ursache ihrer politischen Orientierung bekämpfen zu wollen.

Als Ergebnis unserer Studien kann der kommunale Bereich als zentral für Maßnahmen in Bezug auf das Umfeld identifiziert werden. Die Arbeit an der politischen Kultur richtet sich nicht an die Rechtsextremisten und die dafür Anfälligen, sondern an die anderen Mitbürger. Maßnahmen der politischen Bildung, der Kulturarbeit oder interkulturelle Programme sind hier sinnvoll, allerdings nur, wenn sie eine einseitige Pädagogisierung der Beziehungen vermeiden. Antirassistische Erziehung kann kontraproduktiv sein, weil damit die Subjekte nicht ernst genommen werden. Stattdessen sollten zivilgesellschaftliche Bündnisse geschlossen werden und attraktive Deutungen propagiert werden, die Urteilskraft und Kritikfähigkeit stärken und inhumane Deutungen begründet zurückweisen. ■

➔ Das Interview führte Stefan Stache.

Josef Held / Seddik Bibouche /
Gerhard Dinger / Gudrun Merkle /
Carolin Schork / Laura Wilms

Rechtsextremismus und sein Umfeld

Eine Regionalstudie und die
Folgen für die Praxis



Rechtsextreme Einstellungen sind bis weit in die integrierten Schichten und Milieus der Mitte virulent. Die wirtschaftliche und soziale Benachteiligung führt nicht in erster Linie zu Rassismus, Nationalismus und Intoleranz etc. Die Untersuchung macht deutlich, dass eine weitere Ursache für die Entstehung von Rechtsextremismus zu berücksichtigen ist: Die Studie über eine Region mit geringer Arbeitslosigkeit und niedrigem MigrantInnenanteil zeigt, dass das Problem der rechtsextremen Gruppen nicht isoliert von den politischen Milieus der Mehrheitskultur betrachtet werden kann. Diese nämlich nimmt den Rechtsextremismus oft stillschweigend hin.

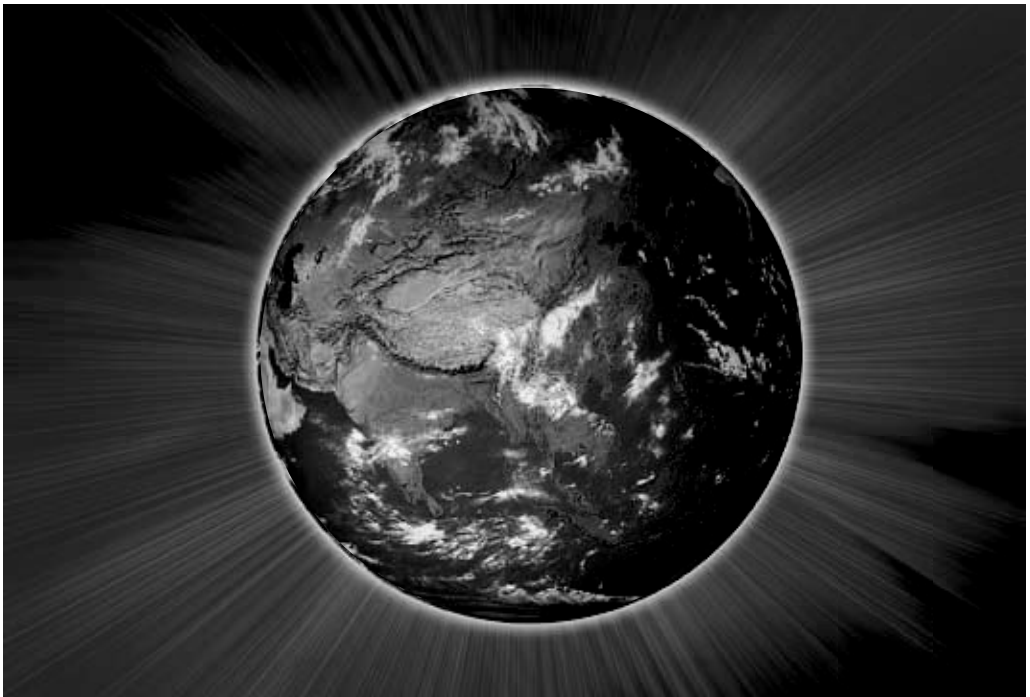
192 Seiten | 2008 | EUR 14.80,
VSA Verlag Hamburg
ISBN 978-3-89965-279-6

Neue Weltordnung – Ost-Asien

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Kai Burmeister, Cordula Drautz, Michael Reschke und Thilo Scholle

Foto: www.fotolia.com, © suzanneer, CMonnay.



Die Welt wird asiatischer. Das 21. gilt als das asiatische Jahrhundert. Die zu verspürende Euphorie um Asien konzentriert sich dabei nahezu ausschließlich auf das Wirtschaftsgeschehen. Alle Hoffnungen auf Wachstum richten sich auf China, Indien und die asiatischen Tiger. Politisch fällt es schwer, Anknüpfungspunkte zwischen Europa und Asien zu finden. Dies gilt auch für die politische Linke.

Mit diesem spw-Schwerpunkt versuchen wir, nach den Heften über Lateinamerika (spw 185) und Nordafrika und den Nahen Osten (spw 189), den Blick noch weiter in Richtung Osten zu richten. Der gemeinsame rote Faden aller drei regionalen Schwerpunkte

von spw liegt in der Betrachtung der politischen und ökonomischen Veränderungen, die sich in den über 10 Jahren nach dem 11. September 2001 ergeben haben. Wir glauben dabei gerade nicht, dass der 11. September *der* Einschnitt in der globalen Entwicklung der letzten beiden Dekaden war. Die Auseinandersetzung zwischen „Demokratie“ und „islamistischem Terrorismus“ ist daher auch nicht die zentrale Auseinandersetzung unserer Zeit oder das zentrale Ordnungsmerkmal der Weltordnung.

Entscheidend ist für uns ein Blick auf die weltweiten ökonomischen Veränderungen und das Wechselspiel mit dem politischen Überbau. Der einfache Begriff der

„Globalisierung“ führt hier nicht weiter. Je nach Weltregion lassen sich durchaus unterschiedliche Trends beobachten. Für Lateinamerika war dies in den letzten zehn Jahren ein bemerkenswertes Comeback der politischen Linken, die in unterschiedlichen Formationen – von eher sozialdemokratisch bis links-populär bzw. -populistisch – versuchten, ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, politischer Partizipation und gesellschaftlichem Ausgleich zu erreichen. Auch beim Blick auf den Nahen Osten fiel auf, dass eine der Ursachen für die Umwälzungen auch in wirtschaftlichen Veränderungen zu suchen waren.

Für das aktuelle Heft haben wir uns als dritten und letzten Teil der kleinen Serie zu den neuen „Weltordnungen“ Ost-Asien vorgenommen. In den öffentlichen Diskussionen fallen mehrere Themen ins Auge. Diskutiert wird, wie stark sowohl die Bevölkerung als auch die Wirtschaft weiter wachsen, wie zugleich aber auch sehr hohe Wachstumsraten zur einfachen Reproduktion des gesellschaftlichen Wohlstands in der Folge nötig bleiben. Die Weltregion im Osten Asiens ist längst mehr als nur eine verlängerte Werkbank des Westens. In der Folge der neuen wirtschaftlichen Stärke stellt sich – nicht nur am Beispiel Chinas – die Frage nach den politischen Entwicklungstrends: Wird dem ökonomischen Aufstieg ein politischer Aufstieg folgen? Wenn ja, welche Gestalt nimmt dieser in der Außenpolitik an? Inwiefern lassen sich zudem innenpolitisch Demokratisierungstrends erkennen?

China – zwischen Weltmacht und Politik der Nichteinmischung

Begründet in der schieren Größe in jeglicher Hinsicht wird der erste Einwand auf diese Frage wohl „China!“ heißen. Tatsächlich spricht die politische Kultur der Nichteinmischung gegen einen politischen Aufstieg in der internationalen Arena. Die Welt hat

sich an ein China-Bild aus exportbasiertem Staatskapitalismus und politischer Repression gewöhnt. Menschenrechts-Appelle von politischen Eliten aus den USA und Europa am Rande von Wirtschaftsdelegationsreisen wirken ritualisiert, ökonomisch motivierte Arrangements werden trotz eklatanter Demokratie- und Menschenrechtsdefiziten getroffen. Gleichwohl sehen chinesische Intellektuelle in China jedoch Signale mächtiger Veränderungen und sich zunehmend offenbarende Widersprüche. Einerseits gibt es Tendenzen zur Rückkehr in die Vergangenheit wie die zunehmenden Spannungen mit Japan, die Schauprozesse gegen den KP-„Thronfolger“ Bo Xilai oder die nach wie vor unnachgiebige Härte gegenüber Systemkritikern. Andererseits verbreitet sich jedoch immer mehr der Eindruck, dass China am Ende einer Ära steht, die mit Deng Xiaopings „Öffnung und Reform“ 1979 ihren Ausgang nahm. Charakterisiert von dem Bemühen um Stabilität prägte Dengs „Sozialismus chinesischer Prägung“ die Entwicklung Chinas hin zu einer exportbasierten Wirtschaft, finanziellen Repressionen und einem low-profile in der Außenpolitik, welches eine friedliche Umgebung zur leisen Machttakkumulation zum Ziel hatte. Nach Deng und Chinas Urvater Mao Zedongs steht eine dritte Phase chinesischer Entwicklung bevor: „What does the new China think?“ (Mark Leonard) wird zur Schlüsselfrage. Wird der wirtschaftliche Aufstieg Chinas auch zur Globalen Hegemonie oder zumindest zu mehr globalem Einfluss führen? Unter dem Titel „Die Entwicklung des Kapitalismus in China“ zeichnet *Michael R. Krätke* die politische Entwicklung der Volksrepublik nach, skizziert Anknüpfungspunkte für eine „marktsozialistische“ Ordnung und benennt die Hindernisse für einen solchen Pfad.

Asien in der Weltwirtschaft

Bei allem geopolitisch nachvollziehbaren Fokus auf das Reich der Mitte: China ist nicht

gleich Asien! Die Region steht am Scheideweg zwischen „Tigern“ und „Drachen“. Klar ist, dass der Beijing Konsensus „aus rücksichtsloser Industrialisierung, menschenunwürdigen Billiglöhnen und verletzlicher Exportorientierung“ ausgedient hat und immer mehr asiatische Länder nach einem alternativen Entwicklungsmodell suchen, wie *Marc Saxer* schildert. Von der Werkbank der Welt mit Billiglöhnen zur Hightechwirtschaft im Sinne einer ökologischen Industriepolitik lautet der optimistische Pfad der künftigen Entwicklung.

Auf die Rolle Chinas als verlängerte Werkbank der Welt und die Veränderungen der Arbeitsbeziehungen geht *Wolfgang Däubler* ein. Dem einmaligen wirtschaftlichen Aufstieg binnen weniger Jahrzehnte folgt nicht stärkere Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten. Informelle Instrumente werden neben der rechtlichen Struktur in einem Land ohne freie Gewerkschaften zur politischen und betrieblichen Partizipation genutzt. Wird durch Lohnpolitik und Sozialpolitik ausreichend gesellschaftliche Stabilität bewirkt?

Konflikte und eine Rüstungsspirale

Ostasien ist mit den Konflikten um Taiwan und um die koreanische Halbinsel ein latenter Krisenherd, der vor dem Hintergrund geopolitischer Veränderungen einzuordnen ist. Die Vereinigten Staaten kämpfen weiterhin um den Erhalt ihrer Vormachtstellung in der wirtschaftlichen und militär-technologischen Entwicklung. Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten hat ihren Fokus vom Atlantik auf den Pazifik verlagert. Nach Ansicht von *Tim Schlösser* ist diese Veränderung kein Zufall, sondern eine Reaktion auf das aufsteigende China. Heute droht in der Region nicht weniger als eine neue Rüstungsspirale. Erstmals in der Geschichte ist die US-Pazifikflotte größer als die Atlantikflotte, gleichzeitig geht der Ausbau US-militärischer Stützpunkte im

asiatisch-pazifischen Raum voran. Auch China ist dabei, Militärkapazitäten auszubauen und vor allem zu professionalisieren. Auf Nordkorea und die sicherheitspolitische Interessenslage rund um die koreanische Halbinsel geht *Christoph Pohlmann* in seinem Beitrag ein und eröffnet unserer Leserschaft eine neue Sichtweise.

Auf der Suche nach Treibern von Veränderungen?

Die augenscheinlichste Veränderung in den politischen Systemen im Osten Asiens vollzieht sich derzeit in Myanmar. So wurde die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi aus ihrem Hausarrest entlassen und auch öffnet sich das Land gegenüber dem Ausland und räumt der eigenen Bevölkerung mehr Rechte ein. Die Bewertung dieser politischen Liberalisierung fällt unterschiedlich aus und kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Beispielhaft zeigt sich hier, wie schwer es ist, den Akteur politischer Veränderungen zu benennen. Eine Schwierigkeit, die sich für die gesamte Region ergibt. Welche Rolle nehmen Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen für den sozialen Fortschritt ein?

Parteien im Sinne des europäischen Verständnisses sind die Ausnahme und so hebt *Marc Saxer* die Rolle von Regenbogenallianzen aus Parteien, Parlamentariern, Ministerien und Verbänden, Wissenschaft und Medien hervor. Eine Ausnahme dazu bildet die Partei Akbayan auf den Philippinen, die in der Sozialistischen Internationalen (SI) und in der IUSY aktiv ist und in der der Globalisierungskritiker Walden Bello wichtige Impulse gibt. Die ehemalige IUSY-Vizepräsidentin und heutige stellvertretende Parteivorsitzende von Akbayan – *Marie Chris Cabrerós* – stellt in einem Gespräch mit spw die politische Lage und Rolle ihrer Partei auf den Philippinen dar. *Julia Müller* und *Erwin Schweissshelm* wiederum skizzieren den po-

litischen Einfluss der Gewerkschaften in der Region auf Staat und Wirtschaft.

Der Blick nach Asien zeigt sehr unterschiedliche Trends: Während in China zwar spannende wirtschaftliche Dynamiken zu beobachten sind, bleibt die Dimension von sozialen und politischen Rechten nach wie vor stark defizitär. Ein Akteur für progressive Veränderung in der Welt wird China so sicherlich nicht. Gerade in ökonomischer Hinsicht bleiben die Entwicklungen in den südostasiatischen Ländern aber vor allem vor dem Hintergrund der Suche nach einer Verbindung von ökonomischem Wachstum mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit spannend.

Zugleich zeigt sich in einigen anderen südasiatischen Ländern ein vorsichtiger Aufstieg sozialer Bewegungen und progressiver Potentiale. Die Beispiele aus Myanmar und von den Philippinen zeigen aber auch, wie weit der Weg nach Jahrzehnten der Unterdrückung durch autoritäre Militärregime noch bis hin zu einer breiteren gesellschaftlichen und parlamentarischen Basis für die Sozialdemokratie und andere linke Parteien ist. Bevor dieser erreicht werden kann, ist eine weitere Dynamik aus der Zivilgesellschaft heraus notwendig. Wenn die Eingangs erwähnte Einschätzung des asiatischen Jahrhunderts zutreffen sollte, so wird sich der Fokus der politischen Linken in Deutschland stärker auf diese Weltregion konzentrieren müssen. Erste Schritte dazu haben wir zurückgelegt. ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär, Mitglied der spw-Redaktion und wohnt in Stuttgart.

☞ Cordula Drautz ist Politikwissenschaftlerin, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

☞ Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT



Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf
Konkurrenz für das Empire
 Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt
 304 Seiten - € 24,90

Altvater/Mahnkopf diskutieren zwei gegensätzliche Modelle Europas: ein neoliberales Modell Europa der imperialistischen Konkurrenz zu den USA und ein Modell Europa in einer sozialen und demokratischen Welt.

*Forschungsgruppe
Staatsprojekt Europa (Hrsg.)*
Die EU in der Krise
 Zwischen autoritärem Etatismus
und europäischem Frühling
 im Auftrag der Assoziation
für kritische Gesellschaftsforschung
 165 Seiten - € 15,90

Der geplante autoritär-neoliberale Umbau der EU droht die Überreste liberaler und sozialer Demokratie in Europa abzuschaffen.

WWW.DAMPFBOT-VERLAG.DE

Die Entwicklung des Kapitalismus in China

von Michael R. Krätke

Foto: www.fotolia.com, © Georgy Timakov



Nach der politischen Zeitenwende von 1989/90 fand ein unerhörter Umbruch statt. Für die einen, die (Neo)liberalen, eine lang erwartete und letzten Endes unvermeidliche Revolution, für die anderen, die Sozialisten aller Lager (nicht nur die Altkommunisten) eine Gegenreform bzw. Konterrevolution. Der Übergang von den zentralstaatlich kontrollierten, gelenkten und geplanten, „sozialistisch“ genannten Ökonomien, zu kapitalistischen Marktökonomien war eine ganz neue Erfahrung. Auf den Zerfall der Parteiherrschaft folgte direkt ein brachialer, schockartiger Übergang zu einer Form des „wilden Kapitalismus“ (crony capitalism).

Vom „realen Sozialismus“ zum Kapitalismus?

Ganz anders in der Volksrepublik China. Dort hat in einem mehr als drei Jahrzehnte anhaltenden Reformprozess eine gründliche Transformation von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in anderen Formen und mit anderen Ergebnissen stattgefunden. Die Diado-

chenkämpfe um die Nachfolge Maos nach der Katastrophe der „Kulturrevolution“ haben nicht zum Zerfall des Riesenreichs geführt, sondern zu einer Reformkoalition aus Mitgliedern der alten Nomenklatura und neuer Funktionärseliten, die sich erstaunlich lange bis heute behaupten konnte. Dabei hat sie das Land umgekrempelt und einen unerhörten Transformationsprozess in Gang gesetzt, den sie nicht planen und beherrschen konnte. Seit 1979 wurde erfolgreich die Reintegration Chinas in die Weltwirtschaft betrieben. Mit ungeahntem Erfolg: Heute ist China die unangefochtene regionale Vormacht im gesamten ostasiatischen Raum und spielt als weltweit stärkste Exportnation, als Wachstumslokomotive eine nie dagewesene zentrale Rolle in der gesamten kapitalistischen Weltökonomie.

Das oder besser die diversen chinesischen „Wirtschaftswunder“ haben sich ohne spektakuläre politische Revolutionen vollzogen. Die KP Chinas ist nach wie vor an der Macht, sie beherrscht den Staat wie die Armee. Sie

scheint die Kunst zu verstehen, den „kapitalistischen Tiger“ zu reiten, ohne gefressen zu werden. Aber nicht ohne weitgehende Veränderungen. In seiner langen Geschichte ging der Kapitalismus mit vielen Formen autoritärer, nicht-demokratischer Regime zusammen, Kapitalismus und politische Demokratie standen oft auf sehr gespanntem Fuß. China bietet das neue Phänomen eines Parteistaates, der eine ganz eigenartige Spielart kapitalistischer Ökonomie hervorgebracht hat und mit ihr leben zu können scheint.

Parteistaat und gemischte Wirtschaft

Hoch offiziell gesprochen und verkündet – von Partei, Regierung und Verfassung in zahlreichen Dokumenten seit dem 14. Parteitag der KP Chinas 1992 – entwickelt sich in China eine „sozialistische Marktwirtschaft“, eine ganz eigene Form von „Marktsozialismus“. Nach wie vor besteht offiziell eine Planwirtschaft. Wir befinden uns in der Periode des zwölften Fünfjahresplans. Für die meisten Bewunderer wie Kritiker Chinas ist das reines Dekorum, an Chinas Wirtschaft können sie keine Spur von „Sozialismus“ mehr entdecken. Tatsächlich fällt es schwer, in der chinesischen Wirtschaft heute noch einen „sozialistischen Sektor“ auszumachen.

Um zu klären, was an Chinas Wirtschaft und Gesellschaft heute noch die Bezeichnung „sozialistisch“ verdient, muss man sich erst über die eigenartige Spielart von Kapitalismus verständigen, die dort in den letzten dreißig Jahren entstanden ist. Die meisten gängigen Kategorien und Erklärungsmuster, die aus der vergleichenden und internationalen politischen Ökonomie stammen, passen schlecht oder gar nicht auf die heutige Form des Kapitalismus in China. Einige ältere wie der „politische Kapitalismus“ oder der „Staatskapitalismus“ passen schon besser.¹

Mit den postsozialistischen Ökonomien Russlands bzw. Osteuropas ist China nicht gleichzusetzen. Der Vergleich zeigt nur, dass Chinas Kapitalismus anders ist. Partei und Staat haben sich nicht zurückgezogen und dem „Markt“ bzw. privaten Unternehmen das Feld überlassen, ganz im Gegenteil. Staatskonzerne sind nicht in den Händen von Mafias, die sich Staatsmonopole bauen.

Ist China ein weiteres Beispiel für einen „Entwicklungsstaat“, wie es ihn in Asien (und anderswo) gibt? Also für eine staatlich gelenkte, geplante und organisierte exportorientierte Industrialisierung und eine staatlich regulierte Marktökonomie nach dem Beispiel Japans, Südkoreas und anderer „asiatischer Tigerstaaten“? Ist die VR China dem Vorbild Hongkongs oder Taiwans gefolgt?² Ja und nein. Chinas Aufstieg ist nicht weniger eindrucksvoll als der Japans und anderer ostasiatischer Ökonomien, er hängt mit diesen zusammen. Aber die chinesische Entwicklung folgte einem ganz eigenen Muster, keinem ausländischen Modell. Chinas politische Struktur entsprach und entspricht nicht dem westlichen Bild und passt nicht ins Schema des einheitlich, nach Plan agierenden „Entwicklungsstaats“.³

Das Raster „asiatischer Kapitalismus“ ist zu grob, um die Eigenart des chinesischen Kapitalismus zu erfassen. Sicher, in China gibt es staatliche Lenkung, Koordination, einen weit gehenden Staatsinterventionismus auf vielen Ebenen. Sicher, in China gibt es einige Formen des „Netzwerk-Kapitalismus“. Kooperationsnetzwerke zwischen Unternehmen (und staatlichen Instanzen), gestützt auf Familienverbände, auch über die Landesgrenzen hinaus (wo die Handelsnetzwerke der Auslandschinesen überall in Ostasien und darüber hinaus ins Spiel kommen) sind wich-

1 Das Konzept des „politischen Kapitalismus“ findet sich in verschiedenen Varianten bei Max Weber, das Konzept des „Staatskapitalismus“ ist in der sozialistischen und marxistischen Tradition immer wieder breit diskutiert worden.

2 Vgl. dazu die Studie von Robert Wade, *Governing the Market*, Princeton / Oxford 1990.

3 Vgl. dazu John Howell, *Reflections on the Chinese State*, in: *Development and Change*, 37 (2), 2006, pp. 273 – 297.

tig, um das Funktionieren der chinesischen Spielart von Markt- und Konkurrenzökonomie zu erklären. Ebenso tun dies die informellen, reziproken (auf Dienst und Gegendienst und gegenseitige Verpflichtungen basierenden) persönlichen Beziehungen, die mit dem schwer übersetzbaren chinesischen Begriff Guanxi bezeichnet werden.

Der chinesische Staatskapitalismus

Chinas ökonomische Erfolge widerlegen einige der Glaubensartikel der bei uns herrschenden Wirtschaftsreligion. So den heiligen Glauben an die ökonomische Ineffizienz von Staatsunternehmen und den ebenso heiligen Glauben an die Ineffizienz von nicht eindeutig und formal fixierten und geregelten Eigentumsrechten. In China gibt es beides: höchst effiziente, erfolgreiche staatskapitalistische Konzerne und eine hoch flexible Verhandlungsökonomie mit staatlicher Beteiligung und Patronage, die deutschen Rechtsvorstellungen zuwider läuft. Um Chinas hoch politische Ökonomie zu verstehen, muss man sich von simplistischen Denkmustern à la „Markt“ versus „Staat“ und von neoliberalen Dogmen verabschieden.

Tatsächlich koexistieren, kooperieren und konkurrieren in Chinas heutiger Wirtschaft sehr verschiedenartige Formen von Unternehmen: SOEs, COEs, TVEs, POEs, FOEs – wie die im Englischen gebräuchlichen Abkürzungen lauten – und noch etliche weitere hybride Formen.⁴ Chinas Wirtschaftsordnung, in der heute alle diese Typen, jeweils noch in vielen Varianten und Spielarten, neben- und durcheinander existieren, ist also recht gemischt.

In dieser Ordnung spielt der Staat und spielen die Staatsunternehmen (SOEs) eine herausragende Rolle. Aber der chinesische Staat ist kein zentralisierter, von oben nach unten strikt kontrollierter Einheitsstaat. Diese Legende muss man schleunigst vergessen. Chinas politische Struktur ist stark fragmentiert, der Zentralstaat lässt den Regionen (22 Provinzen, 5 Autonomen Regionen und noch einigem mehr) weitgehende Autonomie, und diese nutzen sie. Die regionalen und lokalen Partei- und Staatsapparate betreiben ihre eigene Wirtschaftspolitik. Sie bilden dazu Allianzen mit regional und überregional tätigen Unternehmen (privaten, kollektiven, halbstaatlichen, staatlichen, hybriden), die sie mit allen verfügbaren Mitteln fördern – und von denen sie im Gegenzug einen gehörigen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung verlangen. Patronage in und durch Netzwerke, in denen lokale und regionale Staats- und Parteifunktionäre mit Unternehmern und Unternehmen aller Arten zusammen arbeiten, spielt für die wirtschaftliche Entwicklung in der Konkurrenz mit anderen Regionen die Schlüsselrolle. In diesem System der gemischten privatrechtlichen Allianzen und Partnerschaften versteht es sich von selbst, dass Chinas Kapitalisten exzellente Beziehungen zu Staat und Partei auf allen Ebenen pflegen; Verwandte und Freunde in möglichst vielen Staats- und Parteiapparaten zu haben, gehört zum Geschäft. Ebenso wichtig ist es für Staats- und Parteifunktionäre Beziehungen zu Unternehmen und Unternehmern zu unterhalten. Sie agieren in und mittels privatrechtlichen Netzwerken in rivalisierenden Allianzen.

In Chinas sehr eigentümlichem „Wettbewerbsstaat“, der auf zahlreichen, miteinander konkurrierenden lokalen Entwicklungsstaaten und einem lockeren, auf Allianzen gebauten Korporatismus beruht, ist der Zentralstaat keineswegs neutral, er mischt kräftig mit. Da er nach wie vor die wichtigsten

4 SOE bedeutet Staatsunternehmen, COE Kollektivunternehmen, TVE städtische und dörfliche (kommunale) Unternehmen, POE entsprechend Privatunternehmen, je nach dem Mehrheitseigentümer. Einige Mischunternehmen haben quasi-genossenschaftliche Strukturen. FOE bedeutet Unternehmen in ausländischem Eigentum (ausländischer Kapitalanteil von mehr als 25%), dazu gehören auch viele Joint Ventures.

und größten Staatskonzerne und vor allem die größten Banken (einschließlich der Zentralbank) kontrolliert, geht seine Rolle weit über die Rechtssetzung und den Auf- und Ausbau der überregionalen Infrastruktur hinaus. Er kann mit Hilfe spezieller Aufsichts- und Kontrollinstitutionen die Staatskonzerne lenken und im System des chinesischen de facto Föderalismus durchaus überregionale, nationale Wirtschaftspolitik betreiben. Er braucht dazu die Regionen, wenigstens einige größere, baut also selbst Allianzen. Die waren und sind sehr erfolgreich. Das Regime der chinesischen Exportökonomie basiert auf solchen Allianzen zwischen Zentralstaat, Staatskonzernen, Staatsbanken und den südöstlichen Küstenregionen, die ihren industriellen Entwicklungsvorsprung gegenüber anderen Regionen halten und ausbauen wollen.

Es gab in der langen Reformperiode verschiedene Phasen mit durchaus gegenläufigen Entwicklungen – Dezentralisierung und wieder Zentralisierung von Kompetenzen und Ressourcen zwischen Zentralstaat und lokalen bzw. regionalen Staatsapparaten, informelle und formelle Privatisierung, Abbau und Konzentration der staatlichen Planung. Der Regionalisierung der politischen Entscheidungsbefugnisse und Ressourcen (vor allem der Steuereinkünfte) entsprach der Verlust an zentralstaatlicher Kontrolle über die Staatsunternehmen. Die großen und relevanten SOEs sind heute börsennotiert, arbeiten allesamt gewinnorientiert und sind mehrheitlich in staatlichem Eigentum. Wo es um die Ressourcen geht, die der Staat nach wie vor kontrolliert (Kredite, Land bzw. Nutzungsrechte an Boden und natürlichen Ressourcen, Subventionen), sind sie privilegiert. Seit Ende der 1990er Jahre hat der Zentralstaat die Kontrolle über eine Gruppe von rund 200 der größten Staatskonzerne in den Händen einer zentralen Aufsichts- und Verwaltungskommission (SASAC) zusammengefasst, die aber keine Planungsbehör-

de darstellt. In der zentralstaatlichen wie in der regionalen Wirtschaftspolitik sind große Staatskonzerne oft Hauptakteure in strategisch bedeutsamen Allianzen, werden von den staatlichen Instanzen als solche eingesetzt und entsprechend behandelt.

Die neue Arbeiterklasse

In der VR China regiert die Kommunistische Partei, aber offiziell ist sie schon lange keine Partei der Arbeiterklasse mehr. Seit Ende der 1970er Jahre sind in China mehr Bauern in kürzester Zeit in städtische Industriearbeiter verwandelt worden als je zuvor in der Geschichte des modernen Kapitalismus.

Den neuen Industriearbeitern, darunter über 200 Millionen Wanderarbeiter, geht es nicht gut. Seit Mitte der 1980er Jahre wurde in China ein regelrechter Arbeitsmarkt geschaffen, seitdem wurden neue Arbeitsverträge eingeführt und das alte System der Einheit von Arbeitsplatz, Wohnung und sozialer Sicherheit in den sozialistischen Staatsbetrieben aufgelöst.

In der chinesischen Spielart des Kapitalismus herrscht ein merkwürdiger Korporatismus: Staatsgewerkschaften (freie, unabhängige Interessenvertretungen der Lohnabhängigen gibt es nicht) und staatlich gelenkte Unternehmerverbände spielen mit dem Staat, der daher mit sich selbst verhandelt. Betriebliche Interessenvertretungen sind in den Händen der Staatsgewerkschaftsfunktionäre. Im besten Fall sind sie, ähnlich wie in japanischen oder koreanischen Großkonzernen, Klienten eines Betriebspaternalismus. Dem entsprechend heftig, häufig und hart sind die unweigerlich „irregulären“, weil schwach oder gar nicht formell geregelten Arbeitskonflikte in der Volksrepublik. Genau hier, auf den Arbeitsmärkten funktioniert Chinas System der regulierten, ausgehandelten Marktbe-

ziehungen kaum, weil die Lohnarbeiter als eigene Akteure mit eigenen, vom Staat und den Unternehmen unabhängigen Interessen offiziell und formell nicht zugelassen sind. Das ist die schwarze Seite des chinesischen Staatskapitalismus. Am besten funktioniert es noch innerhalb der einzelnen Betriebe, wo die traditionelle Form der persönlichen Verpflichtungen (nach dem Guanxi-Prinzip) auch für die Beziehungen zwischen Management und Beschäftigten gilt.

Was ist da noch „sozialistisch“?

In China herrscht der Staat, nicht die Börse. Die wichtigste Finanzierungsquelle für alle Unternehmen, die staatlichen, die kommunalen, die privaten usw., sind nach wie vor Kredite der Banken und nicht die Finanzmärkte. Chinas Staatskapitalismus kennt Finanzmärkte, die potenziell zu den größten Börsen der Welt gehören. Aber der größte Teil der Aktien sind nach wie vor nicht frei handelbare Aktien von Staatsunternehmen, und der Staat ist der größte Anteilseigner bei den meisten und wichtigsten börsennotierten Unternehmen geblieben. Daher kann von einem von den Finanzmärkten beherrschten oder gar getriebenen Kapitalismus keine Rede sein. Der Zentralstaat beherrscht über die Zentralbank und die vier größten, börsennotierten, aber nach wie vor staatlichen Geschäftsbanken (mit weit über 50 Prozent der Bilanzsumme des gesamten Bankensystems) den gesamten Kreditsektor. Daher war der chinesische Zentralstaat imstande, der großen Krise rasch und entschlossen mit kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen zu begegnen, die alles in den Schatten stellten, was die Europäer und Amerikaner zustande brachten.

Eine bunt gemischte Wirtschaftsordnung mit vielerlei Unternehmensformen, mit starker staatlicher Kontrolle und mit einer wirksamen Konkurrenz, die durch Allianzbildungen und Aushandlung von Kompromis-

sen auf mehreren Ebenen geprägt ist, bietet durchaus Ansatzpunkte für eine „marktsozialistische“ Ordnung. Allerdings braucht es dazu ein Element, das in China vorläufig fehlt: Wirtschaftsdemokratie, betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung der Lohnarbeiter, Koalitionsrechte, freie Gewerkschaften. Ohne politische Demokratie ist eine Wirtschaftsdemokratie aber nicht zu denken und nicht zu haben. An diese Reform trauen sich Chinas Herrscher, die Oligarchien von Partei-, Staats- und Unternehmensmanagern bzw. Kapitalisten nicht heran. Aus zwei Gründen: Die industrielle Entwicklung Chinas ist noch lange nicht abgeschlossen, aber die ökologischen und sozialen Probleme, die sie bewirkt, sind schon jetzt gewaltig. Und den großen, weiten Weltmarkt, von dem der Erfolg der chinesischen Entwicklungsstrategie abhängt, haben sie nicht unter Kontrolle. ■

☞ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

Das asiatische Jahrhundert – auch für die Gewerkschaftsbewegung in Ostasien?

von Erwin Schweisshelm und Julia Müller

Ostasien¹ liegt im Zentrum der wirtschaftlichen und politischen Verschiebungen, die sich im 21. Jahrhundert vollziehen. Besonders in ökonomischer Hinsicht kann die Region auf eindrucksvolle Erfolge verweisen, die Wachstumszahlen liegen seit Jahren bei konstant sieben bis acht Prozent. Doch die beeindruckenden Zahlen können nicht über die Realität hinwegtäuschen, dass Ostasien politisch und wirtschaftlich extrem heterogen ist. Wirtschaftlich finden sich neben den Weltmächten China und Japan Staaten wie Kambodscha, Laos und Myanmar, die zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt gehören. Alle Länder eint jedoch der Wachstumsglaube der regierenden Eliten, die an den automatischen „trickle-down“-Effekt glauben und aktiven Maßnahmen zur Förderung von sozialer Teilhabe und gesellschaftlicher Gerechtigkeit nur nachrangige Bedeutung beimessen. Demokratische Prozesse weisen in den meisten ostasiatischen Ländern mehr oder minder schwere Mängel auf. Daher gibt es neben funktionierenden Demokratien wie Südkorea und Japan autoritäre Einparteiensysteme wie China und Vietnam sowie Länder in Transformationsphasen, zu denen unter anderem Indonesien, Kambodscha, Malaysia und die Philippinen gezählt werden können.

Wachstum garantiert keine soziale Gerechtigkeit

Auf den ersten Blick scheint die Politik der regierenden Eliten aufgegangen zu sein: In Ostasien stieg in den letzten 50 Jahren das Pro-

Kopf-Einkommen im Schnitt zweieinhalbfach so schnell wie im Rest der Welt, und die Anzahl der absolut Armen hat stark abgenommen. Das entscheidende Defizit jedoch ist, dass die „Früchte“ des immensen Wachstums die breite Bevölkerung nicht erreichen, seit Jahren geht die Einkommensschere kontinuierlich weiter auseinander. Auch der Zugang zur oftmals spärlichen sozialen Infrastruktur bleibt nur einem geringen Teil der asiatischen Bevölkerung vorbehalten – von umfassenden Bildungsmöglichkeiten über Gesundheitsversorgung bis hin zu Krankenversicherung und Altersvorsorge. Soziale Sicherungssysteme sind bisher nur rudimentär vorhanden, obwohl gerade in Ostasien der demographische Faktor immer deutlicher erkennbar wird. Der Anteil der älteren Menschen in der Bevölkerung wächst schnell und die Ansprüche an eine sozial ausgewogene, nachhaltige und solidarisch finanzierte Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung steigen.

Ungerecht ist vor allem, dass die Ungleichheit gerade in den regionalen „Powerhouses“ China und Indonesien extrem gestiegen ist. Die Asian Development Bank (ADB) hat berechnet, dass in den vergangenen 20 Jahren weitere 240 Millionen Menschen in Asien aus der Armut geholt hätten werden können, hätte sich die Einkommensschere nicht weiter geöffnet.² Meist fehlt jedoch der politische Wille, umfassende sozialpolitische Reformen durchzuführen und vom vermeintlichen sozialen „Allheilmittel“ Wachstum Abstand zu nehmen.

¹ In diesem Artikel werden unter Ostasien die so genannten ASEAN+3 verstanden, also die 10 Mitgliedsländer des südostasiatischen Staatenbundes Association of South East Asian Nations plus die drei Länder China, Südkorea und Japan.

² Asian Development Bank, Asian Development Outlook 2012, Confronting Rising Inequalities, <http://www.adb.org/sites/default/files/pub/2012/ad02012.pdf>, S. 20, Zugriff: 19.11.2012.

Ein Ende dieses Negativtrends ist nicht abzusehen. Wie in Europa sind in Ostasien prekäre Arbeitsverhältnisse auf dem Vormarsch. Befristete Verträge, Leih- oder Zeitarbeit und Outsourcing sind gängige Praxis in den wenig regulierten industriellen Beziehungen. In manchen ostasiatischen Ländern sind bis zu 80 Prozent der Beschäftigten informell beschäftigt. Selbst im OECD-Mitgliedsland Südkorea hat sich der Arbeitsmarkt gespalten, mehr als 50 Prozent arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen und ihr Durchschnittslohn beträgt gerade mal die Hälfte dessen, was Beschäftigte mit regulären Verträgen verdienen.

Von diesen Benachteiligten betroffen sind vor allem die etwa 40 Millionen Arbeitsmigranten, die meist aus wirtschaftlichen Gründen oder Mangel von ausreichenden Arbeitsplätzen in ihrem Heimatland in anderen Staaten der Region eine Arbeit suchen. Zumeist bleiben sie jedoch auch dort in ungeschützten, gering bezahlten Arbeitsverhältnissen. Die politischen Eliten zeigen wenig Initiative, die Bedingungen für die Vielzahl der Arbeitsmigranten zu verbessern, nicht zuletzt weil deren Rücküberweisungen einen beträchtlichen Beitrag zum Staatshaushalt des Heimatlandes leisten. Für das Jahr 2012 erwarten beispielsweise die Philippinen Rücküberweisungen von Wanderarbeitern in Höhe von etwa 16,5 Milliarden Euro, weshalb sie auch als die „new rivers of gold“ bezeichnet werden.³ Und auch die Aufnahmeländer profitieren immens. Ohne die schlecht bezahlten Bauarbeiter aus Südostasien und Hausangestellten aus Indonesien hätte z.B. Singapur den Bau- und Technologieboom der vergangenen Jahrzehnte nicht dauerhaft fortsetzen können. Selbst Staatsgründer Lee Kuan Yew weist offen darauf hin, dass Sin-

gapur „a very different place“ ohne sie wäre. Leider jedoch nicht um anschließend bessere Arbeitsbedingungen für sie zu fordern, sondern seine Mitbürger dazu anzuhalten, mehr Kinder zu gebären, um die singapurische Identität zu erhalten.⁴

Schwache Gewerkschaften durch Repression und mangelnden Reformwillen

Auch weil die Zivilgesellschaft in den meisten Ländern Ostasiens schwach ausgebildet ist, fällt den Gewerkschaften eigentlich eine bedeutende Rolle zu, sich als „change agents“ für mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Denn sie zählen zu den wenigen Akteuren mit landesweiten und regionalen Strukturen. Doch von einer „gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsmacht“ ist die Gewerkschaftsbewegung in den meisten ostasiatischen Ländern noch weit entfernt.

Während besondere Organisationsprinzipien wie Einheitsgewerkschaft, politische Unabhängigkeit oder das Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ entscheidend zum Erfolg der deutschen Gewerkschaften seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beigetragen haben,⁵ fehlen diese Stärken in der ostasiatischen Arbeiterbewegung. Ein entscheidender Faktor dafür ist, dass die Phase der Industrialisierung in Ostasien zeitgleich mit dem Beginn der Globalisierung eintrat. Internationale Konkurrenz und Deregulierung waren – anders als in der frühen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa – bereits vorhanden, bevor die Gewerkschaften überhaupt ihre Verhandlungs- und Organisationsmacht erlangen konnten.

Daher sind die Gewerkschaften in Ostasien – von wenigen Ausnahmen abgesehen –

3 Gerardo P. Sicat, Worker Remittances and the Philippine Economy, 6.10.2012, http://www.cfo.gov.ph/index.php?option=com_content&view=article&id=1760:worker-remittances-and-the-philippine-economy&catid=109:overseas-philipino-new&Itemid=840, Zugriff: 20.11.2012; The Economist, Remittance Corridors, New Rivers of Gold, 28.4.2012, <http://www.economist.com/node/21553458>, Zugriff: 19.11.2012.

4 S. Ramesh, „Enormous“ problems if Singaporeans don't procreate: Lee Kuan Yew, <http://www.channelnewsasia.com/stories/singaporelocalnews/view/1219552/1/html>, Zugriff: 21.11.2012.

5 Johann Welsch, Gewerkschaften im Niedergang? Organisierte Arbeiter-schaft im 21. Jahrhundert, Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2008, S. 68.

meist nicht in der Lage, als anerkannter Sozialpartner aufzutreten und eine Rolle als durchsetzungsfähige politische Akteure in ihren Ländern zu spielen. Nationale Gewerkschaftsdachverbände sind in der Regel schwach und haben geringe Mitsprachemöglichkeiten bei sozialpolitischen Diskussionen. Von den Regierungen werden sie häufig eher als „Unruhestifter“ denn als Sozialpartner wahrgenommen. Nicht selten fehlt ihnen aber auch einfach ein Gegenüber, nämlich ein Arbeitgeberverband.

Oftmals verhindern ein restriktives Arbeitsrecht und eine ebenso verdeckte wie systematische Repression die Entstehung von repräsentativen und unabhängigen Interessenvertretungen. Bedrohungen, Verhaftungen und Entlassungen werden häufig genutzt, um Gewerkschafter mundtot zu machen. Die Methoden bleiben meist ungestraft. Zwei Länder in Ostasien machen besonders häufig mit Repressalien gegen Gewerkschafter auf sich aufmerksam: Kambodscha und die Philippinen. Der Internationale Gewerkschaftsbund berichtet in seinem jährlichen Bericht über die Verletzung von Gewerkschafts- und Menschenrechten von fünf ermordeten Gewerkschaftern in den Philippinen im Jahr 2011.⁶ Kambodscha hat kürzlich traurige Berühmtheit erlangt, als die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) das Land zu den fünf Staaten mit den gravierendsten Verletzungen der Vereinigungsfreiheit (IAO-Konvention 87) weltweit gezählt hat.⁷ Dabei haben beide Länder alle acht Kernarbeitsnormen der IAO ratifiziert. Doch Gesetzestext und Realität klaffen gerade im sozialpolitischen Kontext in Asien häufig weit auseinander.

Doch die Gewerkschaften haben ihre Schwäche auch selbst zu verantworten. Häufig fehlt es an innerem Reformwillen, die existierenden patriarchalischen Strukturen aufzubrechen. Jüngeren Gewerkschafter/innen bleiben in der Regel ebenso Führungspositionen verwehrt wie Frauen. Die Führungsspitzen befinden sich nicht selten im fortgeschrittenen Rentenalter und haben wenig Interesse, durch mehr Dynamik ihre eigenen Pfründe zu gefährden. Dies geht einher mit der finanziellen Schwäche und geringen Kampagnen- und Streikfähigkeit der Gewerkschaften, die vor allem eine Folge des geringen Organisationsgrads ist. Größte Herausforderung ist die Vielzahl der Arbeitsmigranten und die Beschäftigten im informellen Sektor, der als nicht organisierbar gilt. Dass dies aber bei weitem kein Ding der Unmöglichkeit ist, zeigen u.a. die erfolgreiche Organisation von Hausangestellten in Hongkong und die zahlreichen Initiativen der Zivilgesellschaft.

Durchsetzungsfähig sind häufig die Betriebsgewerkschaften, die in Asien die Grundlage gewerkschaftlicher Organisation sind. Neben den Einflüssen des angelsächsischen Gewerkschaftsmodells in der Vergangenheit und dem japanischen in der Gegenwart ist ein Hauptgrund für die prominente Rolle der Betriebsgewerkschaften, dass Tarifverhandlungen fast ausschließlich auf betrieblicher Ebene stattfinden. Flächentarifverträge existieren in der Regel nicht und tragen zur weitgehenden Bedeutungslosigkeit der nationalen Branchengewerkschaften mit bei.

Gewerkschaftsmonopolismus versus organisatorische Zersplitterung

Die Gewerkschaftslandschaft in den ostasiatischen Ländern kann weitgehend den zwei Extremen von totaler Zersplitterung oder Dominanz einer (Staats-)Gewerkschaft zugeordnet werden. In Ländern wie Indonesien, Thailand, Kambodscha oder auch den

6 International Trade Union Confederation, Annual Survey of Trade Union Violations 2012, Philippines, <http://survey.ituc-csi.org/Philippines.html#tabs-4>; Zugriff: 19.11.2012

7 International Labour Organization, ILO names five countries for serious violations of freedom of association, http://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_193200/lang--en/index.htm, Zugriff: 15.11.2012

Philippinen ist die Gewerkschaftslandschaft extrem fragmentiert. Die Gewerkschaften orientieren sich an politischen Parteien, Religions- oder ethnischer Zugehörigkeit. Dies führt zu einer nicht zu überblickenden Anzahl von Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftslandschaft in Singapur und Japan ist von korporatistischen Gewerkschaften geprägt. Der nationale Dachverband in Singapur (Singapore National Trades Union Congress, NTUC) wurzelt in der Staatspartei PAP (People's Action Party) und formt bis heute eine „Tripartite Alliance“ mit Arbeitgeberverband und Regierung. Es gibt vereinzelt bedeutungslose Gewerkschaften ausserhalb des NTUC und seiner Mitglieder, aber Singapur hat bis heute nicht die IAO-Konvention 87 zur Vereinigungsfreiheit ratifiziert. Die Gewerkschaften in Singapur und Japan sind jedoch finanzielle Schwergewichte und rechtfertigen damit auch ihren immensen Einfluss in regionalen und internationalen Zusammenschlüssen.

Eine besondere Situation besteht in China, Vietnam und Laos. Die dortigen Gewerkschaften sind eng mit den kommunistischen Parteien verflochten und müssen ihre Rolle als autonome Interessenvertretung erst noch finden. Neben den Staatsgewerkschaften sowie deren Mitgliedsgewerkschaften⁸ dürfen sich keine weiteren Arbeitnehmervertretungen gründen. Formal vertreten sie die Interessen der Arbeiternehmerschaft, de facto sind sie Transmissionsriemen der Kommunistischen Partei und die Gewerkschaftsfunktionäre sind Staatsbeamten gleichgestellt. Doch der stetig wachsende Einfluss ausländischer Investitionen und die Zunahme wilder Streiks verstärken vor allem den Druck auf den All-Chinesischen Gewerkschaftsbund (ACGB). Die erfolgreichen Proteste haben nicht nur die Lohnpolitik in China in Frage

gestellt, sondern auch den ACGB in eine Organisationskrise geführt.⁹ Er steht vor einem Dilemma: Bleibt die Situation unverändert, kämpfen die Beschäftigten dennoch für bessere Arbeitsbedingungen, nimmt der ACGB seine Rolle als Interessenvertretung wahr, muss er vom chinesischen Staatsapparat unabhängig werden.¹⁰ Vor den gleichen Herausforderungen steht der Allgemeine Bund der Werktätigen (ABW) in Vietnam.

Durch die politischen Reformen in Myanmar zeichnen sich dort positive Entwicklungen für die Gewerkschaften ab. Seit einer Gesetzesänderung Ende 2011 dürfen sich Arbeiter wieder zu Gewerkschaften zusammenschließen. Auch der viele Jahre im Exil lebende Vorsitzende der Federation of Trade Unions Burma (FTUB), Maung Maung, durfte 2012 wieder in seine Heimat zurückkehren. Es bleibt zunächst abzuwarten, inwieweit sich mittelfristig starke und unabhängige Arbeitnehmervertretungen formen können.

Mit vereinten Kräften stark – Erfolgsgeschichte Indonesien?

Das erfolgreichste Beispiel für eine positive Entwicklung von Gewerkschaften in Ostasien lässt sich derzeit in Indonesien beobachten. In dem mit 240 Millionen Menschen viertgrößten Land der Welt haben sich einige junge und moderne Einzelgewerkschaften entwickelt, die den oben beschriebenen Trends zuwiderlaufen. Indem sie sich zunächst als genuine Dienstleister zur Verteidigung von Arbeitnehmerrechten begriffen (z.B. durch gewerkschaftliche Rechtsberatung), ist es ihnen gelungen, die Anzahl zahlender Mitglieder schrittweise zu erhöhen und dadurch ihre organisatorische Stärke weiter auszubauen.

8 All-Chinesischer Gewerkschaftsbund (ACGB), Allgemeiner Bund der Werktätigen in Vietnam (ABW) und dem Laotischen Gewerkschaftsbund (Lao Trade Union Federation, LFTU).

9 Rudolf Traub-Merz, Lohnstreiks und Gewerkschaften in China – Ende der Niedriglohnpolitik?, <http://library.fes.de/pdf-files/iez/o8233.pdf>, Juni 2011, S.7, Zugriff: 21.11.2012.

10 Rudolf Traub-Merz, Lohnstreiks und Gewerkschaften in China – Ende der Niedriglohnpolitik?, <http://library.fes.de/pdf-files/iez/o8233.pdf>, Juni 2011, S.1, Zugriff: 21.11.2012.

Diese Entwicklung bildete die Grundlage dafür, dass die Gewerkschaften verstärkt versuchten, auf arbeits- und sozialpolitische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, die für Arbeiter besonders relevant sind. Dabei erfolgte eine Konzentration auf die drei zentralen Themen soziale Sicherung, Outsourcing und Mindestlohn, die in langfristig und strategisch angelegten Kampagnen bearbeitet wurden.

Den Anfang bildete der Kampf der Gewerkschaften für ein universelles System sozialer Sicherung, in dessen Mittelpunkt ein Gesetz stand, welches zwar bereits im Jahre 2004 verabschiedet worden war, seitdem von der indonesischen Regierung jedoch nicht weiter verfolgt und umgesetzt wurde. Ein gewerkschaftliches Aktionsbündnis namens KAJIS¹¹ organisierte daraufhin über mehrere Jahre hinweg öffentliche Veranstaltungen in allen Teilen des Landes, in denen die breite Öffentlichkeit über die Bedeutung sozialer Sicherungssysteme informiert wurde. Darüber hinaus entwickelte KAJIS eigene konkrete Vorschläge, wie dieses Gesetz implementiert werden könnte und suchte dazu den Kontakt zu Parlament und Regierung. Unter dem dadurch entstandenen öffentlichen Druck unterzeichnete Präsident Yudhoyono Ende 2011 schließlich ein Ausführungsgesetz, welches die konkreten Schritte zum Aufbau eines umfassenden Systems sozialer Sicherung festlegt und zu einer universellen Krankenversicherung ab dem Jahr 2014 sowie zu einer Unfall-, Lebens- und ggf. auch Rentenversicherung ab 2015 führen soll.

Dieser Erfolg hat auch dazu beigetragen, die in Indonesien vorherrschende Zersplitterung der Gewerkschaften teilweise zu überwinden. Die Erfahrung, dass ein gemeinsames Eintreten für eine bestimmte Sache zu konkreten politischen Ergebnissen zu Gunsten

der Arbeiter führen kann, wirkte wie ein Katalysator für weitere Kooperationen. So kam es zu einer Annäherung zwischen drei der wichtigsten indonesischen Gewerkschaftsdachverbände, welche sich seit 2012 in dem losen Zusammenschluss MPBI¹² koordinieren und am 1. Mai 2012 gemeinsam mit acht Branchengewerkschaften ein „Manifest der Indonesischen Arbeiter“ veröffentlicht haben. Dieses Bündnis organisierte Anfang Oktober 2012 den ersten landesweiten Generalstreik, an dem sich über zwei Millionen Menschen beteiligten und in dessen Folge bereits wenige Wochen später weitreichende Verbesserungen bezüglich Outsourcing und Mindestlohn beschlossen wurden.¹³

Dabei sind die Rahmenbedingungen, unter denen sich diese Entwicklung vollzogen hat, alles andere als leicht. Zwar konnte sich die indonesische Gewerkschaftsbewegung schon direkt nach dem Ende der autoritären Herrschaft unter General Suharto emanzipieren, nachdem zuvor nur eine gleichgeschaltete, staatlich kontrollierte Gewerkschaft existieren konnte. Noch 1998 ratifizierte Indonesien die acht ILO-Kernkonventionen, zwei Jahre danach wurde das Gesetz zur Versammlungs- und Gewerkschaftsfreiheit ver-

12 MPBI ist eine Abkürzung des indonesischen Namens Majelis Perkerja Buruh Indonesia (Rat der Arbeiterin Indonesien).

13 Outsourcing stand im Mittelpunkt des ersten landesweiten Generalstreiks, der Anfang Oktober vom MPBI organisiert wurde und an dem sich über zwei Millionen Menschen beteiligten. Schon am Tag des Streiks signalisierte die Regierung Gesprächsbereitschaft. Wenige Wochen später hat sie entschieden, die bisherige gesetzliche Regelung zu konkretisieren und Outsourcing ausschließlich auf die folgenden fünf Bereiche zu beschränken, u.a.: Reinigungsdienst, Sicherheitsdienst, Fahr- und Chauffeur, Hilfsdienste im Bergbau und Catering. Laut Informationen der Gewerkschaften verbessert sich dadurch die Lage von ca. 16-20 Millionen Menschen, die bisher deutlich weniger Arbeitnehmerrechte genossen sowie deutlich niedrigere Löhne erhielten. Sie sollen nun innerhalb von sechs Monaten reguläre Verträge innerhalb ihrer „eigentlichen“ Firmen bekommen; sechs bis acht Millionen von ihnen sogar unbefristete Verträge, da sie dort bereits seit mehr als fünf Jahren arbeiten. Und auch beim Thema Mindestlohn gab es jüngst Fortschritte. So wurden die gesetzlichen Mindestlöhne in den sieben wichtigsten Industrieregionen in Indonesien um ca. 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr angehoben. Der monatliche Mindestlohn beträgt dort nun ca. 2,2 Millionen Rupiah, was in etwa 180 Euro entspricht. Ridwan Max Sijabat, New Labour Decree Off Course, The Jakarta Post, 19.11.2012, <http://www.thejakartapost.com/news/2012/11/19/new-labor-decree-course.html>, Zugriff: 27.11.2012; Lenny Tristia Tambun, Jakarta Council Recommends 44% Minimum Wage Increase, in: Jakarta Globe, 15.11.2012, <http://www.thejakartaglobe.com/news/jakarta-council-recommends-44-minimum-wage-increase/556305>, Zugriff: 27.11.2012.

11 KAJIS ist eine Abkürzung des indonesischen Namens Komite Aksi Jaminan Sosial (Aktionsbündnis für Soziale Sicherung).

abschiedet. In der alltäglichen Praxis leiden Gewerkschaften dennoch bis heute unter einem auch historisch bedingten Stigma, welches sie oft vorschnell in die Ecke des „trouble makers“ stellt. Die indonesische Regierung scheint jedenfalls noch mit sich zu ringen, ob sie in der gewachsenen Stärke der Gewerkschaften eine Gefahr sehen oder ob sie diese Entwicklung im Sinne stabiler sozialpartnerschaftlicher Strukturen begrüßen soll.

Hoch die internationale Solidarität?

Erfolgreich sind die indonesischen Gewerkschaften aufgrund der eigenen Kraft, dennoch war internationale Solidarität seitens der internationalen Gewerkschaftsbewegung wichtig. Gerade der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), dessen Vorsitzender Michael Sommer auch Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) ist, und die deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung haben die indonesische Gewerkschaftsbewegung immer wieder praktisch und politisch unterstützt. Aber insgesamt ist die Vernetzung der asiatischen Gewerkschaftsbewegungen noch kaum wirksam für die Durchsetzung gemeinsamer Interessen. Die asiatische Regionalorganisation des IGB mit Sitz in Singapur umfasst zwar 50 Dachverbände in 30 Ländern mit etwa 20 Mio. ArbeitnehmerInnen. Aber aufgrund der beschriebenen heterogenen Strukturen ist schon der Konsens über gemeinsame Positionen schwierig, geschweige denn gemeinsame Aktionen gegenüber Unternehmen oder Regierungen. Effizienter arbeiten schon die regionalen Föderationen einzelner Industriegewerkschaften in Ostasien zusammen, etwa durch gemeinsame Kampagnen gegen Leiharbeit oder den Schutz von Arbeitsmigranten. Lediglich die ASEAN Service Employees Trade Union Confederation (ASETUC), ein Zusammenschluss von Dienstleistungsgewerkschaften in ASEAN hat es geschafft, durch gemeinsamen Druck auf die nationalen Regierungen einen sozialen Dialog im Dienstleistungssektor auf

regionaler Ebene zu initiieren. Da ASEAN im Jahre 2015 zu einem gemeinsamen Markt werden wird, existiert mit ASETUC immerhin eine regionale Gewerkschaftsstruktur, die eine anerkannte Vertretungsstruktur von Arbeitnehmerinteressen im Wirtschaftsraum ASEAN werden könnte.

Die Frage ist, ob sich in Ostasien ein Diskurs durchsetzen kann, der starken und unabhängigen Gewerkschaften eine wichtige Rolle bei der sozialen Stabilisierung der Gesellschaften zuweist und sie damit auch als politisch und ökonomisch wichtige Organisationen, also als Sozialpartner, betrachtet werden. In China etwa mag man hierfür zwar Anzeichen erkennen, aber dort bleiben dann Gewerkschaften eher Mittel zum Zweck und werden kaum zu unabhängigen Interessenvertretungen werden. In den meisten anderen Ländern kann davon bisher keine Rede sein. Hier werden die Gewerkschaften nur durch eigene Stärke wie etwa im Fall Indonesien in der Lage sein, durch genuine Gewerkschaftsarbeit die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder unmittelbar zu verbessern und durch gesellschaftliche Bündnisse eine arbeitnehmerfreundlichere Politik zu erkämpfen. Welche Rolle die internationale Zusammenarbeit dabei spielen wird, ist schwer zu sagen. Es gibt positive Ansätze, deren Reichweite aber begrenzt ist. Realistischer ist wohl die Erkenntnis, dass Gewerkschaften vor allen Dingen auf der nationalstaatlichen Ebene stark sind, weil sie auf der regionalen und globalen Ebene kaum Spiegelungsflächen haben. Die Entwicklung von Verhandlungsmacht und organisatorischer Stärke auf der nationalen Ebene muss im Zentrum stehen, internationale Zusammenarbeit kann immer nur unterstützend wirken, aber nie die eigene Anstrengungen ersetzen. ■

☞ Erwin Schweisshelm ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Vietnam.

☞ Julia Müller ist Leiterin des Regionalbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Singapur.

Arbeitsbeziehungen in der Volksrepublik China – eine erste Annäherung

von Wolfgang Däubler



Foto: www.fotolia.com, © Frederic CHAPRON

Wirtschaftlicher Aufschwung ohne Mitbestimmung und Tarifautonomie?

Die chinesischen Gewerkschaften – zusammengeschlossen im All-Chinesischen Gewerkschaftsbund (abgekürzt: ACGB) – stellen keine Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten in dem uns vertrauten Sinne dar. Ihrem bisherigen Selbstverständnis wie ihrer Rechtsstellung nach sind sie vielmehr eine Vermittlungsinstanz, die bei betrieblichen Konflikten um Schlichtung und einvernehmliche Lösungen bemüht ist.¹ Dies wird nicht zuletzt an Art. 27 des Gewerkschaftsgesetzes deutlich, wonach die Gewerkschaften verpflichtet sind, bei Arbeitsunterbrechungen und Slow-down-Aktionen die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit möglichst bald

die normale Produktion wieder aufgenommen werden kann. In der Praxis sind die führenden Repräsentanten der Betriebsgewerkschaften häufig Teil des Managements; es ist nicht außergewöhnlich, dass der Gewerkschaftsvorsitzende zugleich Personalleiter ist. Zwar werden zwischen der Betriebsgewerkschaft und dem Unternehmen Kollektivverträge abgeschlossen, doch enthalten diese in der Regel nur eine Wiederholung der sowieso geltenden gesetzlichen Rechte und Pflichten sowie Lohnsätze, die den amtlichen Empfehlungen entsprechen.² Die Beschäftigten stehen ohne Interessenvertretung da. Dies gilt in besonderem Maße für die große Gruppe der Wanderarbeitnehmer.

Hat man ausschließlich europäische Erfahrungen im Hinterkopf, so wird man ver-

¹ Hierzu und zum Folgenden Traub-Merz, Lohnstreiks und Gewerkschaften in China – Ende der Niedriglohnpolitik? In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Internationale Politikanalyse, Juni 2011, S. 4 ff.; Wolfgang Müller, isw-spezial Nr. 25, S. 27 ff. (isw = Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung)

² Weitere Einzelheiten bei Traub-Merz, The All China Federation of Trade Unions, in: Traub-Merz/Ngok (eds.), Industrial Democracy in China, Shanghai 2012, S. 11 ff.

muten, dass diese „Entrechtung“ zu einer stagnierenden Ökonomie führt. In Spanien unterstützten beispielsweise nicht wenige Unternehmer den Übergang zur Demokratie und zu einem halbwegs demokratischen Arbeitsrecht, weil das alte System die Produktivität behinderte: Abhängig Beschäftigte, die ihre Interessen nicht artikulieren konnten, waren keine geeigneten Träger des wirtschaftlichen Fortschritts.³ Auch in Deutschland praktizieren gerade jene Unternehmen ein voll ausgebildetes kollektives Arbeitsrecht mit Tarifverträgen, Betriebsräten und Mitbestimmung im Aufsichtsrat, die auf den Weltmärkten als „global player“ in Erscheinung treten.⁴

Doch die chinesische Wirtschaft gedeiht ersichtlich ohne Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten. Das Bruttoinlandsprodukt der Volksrepublik China ist in den Jahren seit 1978 im Durchschnitt um jährlich 9,8 Prozent gewachsen. Dies läuft auf eine Verdoppelung alle 7 Jahre hinaus – eine in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte einmalige Entwicklung.⁵ Seit 2002 werden dabei auch soziale und ökologische Aspekte in weiterem Umfang berücksichtigt werden als zuvor.

Informelle Partizipation

Eine Erklärung könnte darin liegen, dass es entgegen dem ersten Anschein durchaus Mechanismen gibt, wie die Beschäftigten eigene Interessen artikulieren und gegen ungerechte Behandlung vorgehen können. Juristen neigen besonders stark dazu, nur die rechtlichen Strukturen zu sehen, und bei Politikwissenschaftlern und Betriebssoziologen ist es bisweilen nicht viel anders. So arbeiten etwa in Deutschland mindestens 50 Prozent der abhängig Beschäftigten in Betrieben

ohne Betriebsrat,⁶ und gut 40 Prozent sind ohne tariflichen Schutz.⁷ Wie die internen Strukturen in solchen Betrieben ohne Interessenvertretung beschaffen sind, ist nur wenig analysiert; stattdessen konzentriert sich die Wissenschaft auf die Automobilindustrie und andere hoch verrechtlichte Bereiche. Die wenigen Untersuchungen, die es gleichwohl gibt,⁸ haben deutlich gemacht, dass die Verhältnisse sehr unterschiedlich sind und von durchaus akzeptablen Bedingungen bis hin zu betrieblichen „Diktaturen“ reichen. Auch rechtlich nicht abgesicherte, informelle Regeln können daher im Einzelfall humane Arbeitsbedingungen hervorbringen.

In China hat das Recht noch sehr viel stärker eine bloße „Hintergrundfunktion“ als in Deutschland.⁹ Im betrieblichen Alltag dominieren informelle Normen, die einen fairen Umgang mit den Beschäftigten verlangen. Wenn das Management diese Regeln beachtet, läuft alles gut, wenn es sie verletzt, erhält es keine vollständigen Informationen mehr oder wird in andere Schwierigkeiten gebracht. Zwei persönliche Erfahrungen (die für sich allein natürlich keine allgemeinen Schlüsse erlauben) können dies ein wenig unterstreichen.

In einer kleinen betrieblichen Einheit hatte der Fahrer die Aufgabe, mich am Ende meines Aufenthalts zum Flughafen zu bringen. Er war derjenige, der am längsten dem Betrieb angehörte, und dessen Stimme deshalb nach Landessitte von besonderem Gewicht war. Dem neuen deutschen Chef war dies nicht bewusst; er behandelte ihn wie jeden anderen auch. Dies erzürnte den Fah-

3 Rodríguez Pinero, Ein demokratisches Modell der Arbeitsbeziehungen, in: Däubler (Hrsg.), Arbeitsbeziehungen in Spanien, Frankfurt/Main 1982, S. 21 ff.
4 Bertelsmann-Stiftung/Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen – Bilanz und Perspektiven. Bericht der Kommission Mitbestimmung, Gütersloh 1998
5 Fred Schmid, isw-Report 83/84 S. 3

6 Nähere Angaben bei Däubler, Das Arbeitsrecht 1, 16. Aufl. Reinbek 2006, Rn. 762, 762a

7 Weitere Angaben bei Bispinck, WSI-Mitteilungen 2012, 496. S. auch IAB-Betriebspanel 2009, wiedergegeben bei: WSI-Tarifarchiv, Statistisches Taschenbuch Tarifpolitik, Düsseldorf 2010, 17 (Branchen- und Firmentarife addiert).

8 Insbesondere Ingrid Artus, Interessenhandeln jenseits der Norm. Mittelständische Betriebe und prekäre Dienstleistungsarbeit in Deutschland und Frankreich, Frankfurt/New York 2008

9 Dazu am Beispiel des Datenschutzes H. Wang, Protecting Privacy in China, Berlin-Heidelberg 2011, S. 64 ff.

rer und brachte ihn auf die Idee, in seinen Arbeitsvertrag zu schauen. Dort stand, dass er Fahrdienste zu leisten habe, mehr nicht. Von Englisch- oder gar von Deutsch-Kenntnissen war nicht die Rede. Also verstand er von jetzt ab nur noch Chinesisch. Wenn er den Chef eine längere Strecke fuhr und dieser mal austreten musste, war ein Anruf im Büro nötig: Die angerufene chinesische Sekretärin übermittelte dem Chauffeur dann per Handy, dass er bei nächster Gelegenheit rechts ran fahren und dem Bedürfnis des Chefs Rechnung tragen solle. So geschah es regelmäßig. In meinem Fall ging es darum, dass er mich nach Dienstschluss um halb neun zum Flughafen fahren sollte. „Halb neun“ und „half past eight“ blieben ohne Reaktion. Erst auf „badiansanshi“ reagierte er freundlich und verstand trotz mangelhafter Aussprache „qufeijichang“ (= zum Flughafen). Ob ein solcher Akt des Widerstands auch in Deutschland möglich wäre? Ein kluger Chef wird jedenfalls nach den Ursachen forschen und für Abhilfe sorgen. Dafür braucht man weder Gerichte noch Arbeitsaufsicht.

Bei einem länger zurückliegenden Russland-Aufenthalt wollte ich mal herausbekommen, weshalb der gerichtliche Rechtsschutz so wenig in Anspruch genommen wurde. Ich fragte meine Dolmetscherin (die ich gut kannte), ob sie zu Gericht gehen würde, wenn ihre Firma sie entlassen würde. Nein, meinte sie, das bringe nichts. Auch nicht, wenn der Chef sie nur deshalb kündigen würde, weil sie nicht mit ihm ins Bett gehen wolle? Nein, wiederholte sie, aber in einem solchen Fall gäbe es andere Abhilfe. Da hätte sie drei Freunde, die würden sich Baseball-Schläger verschaffen und im richtigen Moment auf den Chef warten. Was dann folge, würde er nie mehr in seinem Leben vergessen. Ich stellte dieselbe Frage später in China. Das Misstrauen gegenüber den Gerichten war ähnlich ausgeprägt, aber der Rückgriff aufs Faustrecht stand nicht zur Debatte. Sie würde im Betrieb allen erzählen, weshalb er sie gekündigt habe, und

da würde er keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen. Alle würden ihn boykottieren und notfalls selber kündigen, er wäre nicht nur moralisch erledigt.

Meine Vermutung lautet: Es gibt in China sehr wohl eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, nur beruht sie auf informellen Regeln, deren Verletzung unterschiedliche Formen des „Ungehorsams“ zur Folge hat. Sie im Einzelnen zu erforschen, wäre eine lohnende Aufgabe.

Die Grenzen der informellen Partizipation

Es gibt nicht nur kluge Geschäftsleiter, die aus dem (potentiellen) Widerstand ihrer Beschäftigten lernen. Die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen hat in China profitorientiertes Denken gestärkt, das bereit ist, überkommene Verhaltensgrundsätze über Bord zu werfen. So wird beispielsweise Unternehmen von manchen Beratern empfohlen, möglichst Beschäftigte aus unterschiedlichen Provinzen einzustellen: Kämen sie aus derselben Provinz oder gar aus derselben Gegend, würden sie zusammenhalten und im Betrieb einen „Block“ bilden, gegen den schwer anzukommen wäre. Unmittelbarer und „europäischer“ ist der Weg, die Beschäftigten in eine Situation zu bringen, wo sich jeder Widerstand verbietet, weil sie keinerlei Alternative haben: Die im Arbeitsvertragsgesetz von 2007¹⁰ verbotenen Praktiken der Einbehaltung des Personalausweises oder der Erhebung einer Kautions mögen als Beispiele dienen. Verhaltensweisen wie die des Chauffeurs scheiden dann in aller Regel aus.

Dazu kommt ein weiteres. Über informelle Regeln lassen sich zwar faire Umgangsformen mehr oder weniger sicherstellen, doch ist es sehr viel schwieriger, für eine Beteiligung an den im Unternehmen

¹⁰ Dazu den Überblick bei Däubler/Q/Wang, Das neue chinesische Arbeitsrecht, Arbeit und Recht (AuR) 2008, 85 ff.

geschaffenen wirtschaftlichen Werten zu sorgen: Schon einen Inflationsausgleich zu erreichen, wäre nicht einfach; erst recht spricht alle Erfahrung dagegen, dass eine Beteiligung an den Produktivitätsfortschritten oder gar eine Umverteilung über den bloßen Appell an faire Verhaltensweisen zu erreichen ist. Hier bedarf es ersichtlich anderer Mittel.

Wie werden die Löhne bestimmt?

In China wird das Arbeitsentgelt in der Privatwirtschaft bislang durch eine Kombination von staatlicher Intervention und Marktprozessen festgelegt. Die Provinzen fixieren die Mindestlöhne, was den Sinn hat, ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen. Von staatlicher Seite werden weiter von Zeit zu Zeit Lohnerhöhungen empfohlen, die in Kollektivverträge oder sonstige betriebliche Regelungen übernommen werden. Weshalb dies geschieht, ist – soweit ersichtlich – in der westlichen Literatur nirgends dokumentiert. Man kann vermuten, dass die Unternehmen Schwierigkeiten beim künftigen Umgang mit Behörden befürchten, wenn sie sich ohne zwingende Gründe (die mitzuteilen wären) über solche Empfehlungen hinwegsetzen würden.

Alles was über Mindestlohn und Empfehlungen hinausgeht, bestimmt sich nach Angebot und Nachfrage: Fachkräfte und Spezialisten verfügen über relativ gute Einkommen, einfache Dienstleistungen bewegen sich auf dem Niveau des Mindestlohnes. Die Lohnspreizung ist beträchtlich. Der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt ist von 53 Prozent im Jahre 1995 auf 40 Prozent im Jahre 2007 gefallen.¹¹ Angesichts des enormen Wachstums der Wirtschaft schließt dies erhebliche Steigerungen des lohnvermittelten Lebensstandards nicht aus. Von 2002 bis

2009 erhöhte sich das nominale Pro-Kopf-Einkommen um 123 Prozent in den Städten und um 108 Prozent auf dem Lande.¹² Die japanische Investmentbank Nomura errechnete für den Zeitraum zwischen 1994 und 2008 eine jährliche nominelle Lohnsteigerung von 13 Prozent; die Arbeitsproduktivität sei demgegenüber durchschnittlich um 21 Prozent gestiegen.¹³ Die wirtschaftlichen Spielräume der Unternehmen wurden daher ersichtlich nicht voll ausgereizt.

Die Sparquote der Haushalte liegt bei 37,5 Prozent des Einkommens; in Deutschland erreicht sie ganze 11 Prozent.¹⁴ Dies hängt u. a. damit zusammen, dass das Sozialleistungssystem enorme Lücken aufweist. Werden teure Operationen im Krankenhaus fällig, müssen sie der Kranke und seine Familie selbst bezahlen; auch die Ausbildungskosten der Kinder können sehr stark ins Gewicht fallen. Dies wurde nicht nur in der Bevölkerung, sondern sogar in der regierungsnahen Presse deutlich kritisiert.¹⁵ Die hohe Sparquote wirkt auch gesamtwirtschaftlich dysfunktional, weil sie einer dringend erwünschten Erhöhung der Binnennachfrage im Wege steht.

Rückkehr zu traditionellen Formen?

Im Jahre 2010 kam es zu Lohnstreiks und anderen Protestaktionen, die ihren Schwerpunkt im Perlflossdelta hatten. Ihre Zahl wird auf 200 bis 1000 geschätzt; genaue Angaben sind nicht verfügbar.¹⁶ Die Organisation der Streiks lag in keinem Fall in der Hand der Gewerkschaft. Diese schaltete sich allerdings häufig zu einem späteren Zeitpunkt ein, um ihrer Schlichtungsfunktion nachzukommen. Ob dies für die Streikenden immer

12 Fred Schmid, isw-Report Nr. 83/84 S. 22

13 Financial Times Deutschland v. 14. 6. 2010, zitiert nach Fred Schmid, a. a. O.

14 Fred Schmid, a. a. O., S. 13

15 Li Xing, China Daily v. 20. 10. 2006: Ohne umfassenden Krankenversicherungsschutz ist die „harmonische Gesellschaft“ nur „leeres Geschwätz“ („empty talk“)

16 A. Chan, in: Traub-Merz/Ngok (oben Fn 2) S. 121 ff., auch zum Folgenden.

11 Traub-Merz, (Fn 1) S. 2 Fn. 3, der zugleich auf die unsichere Datenlage hinweist.

von Vorteil war, wird man bezweifeln können. Insgesamt ist allerdings vor einer Überschätzung solcher Arbeitsniederlegungen zu warnen: Eine empirische Untersuchung ergab, dass nur etwa 10 Prozent aller Arbeitnehmer in den mutmaßlichen Streikzentren „irgendwie“ mit einem Streik in Berührung gekommen waren.¹⁷ Dies mag damit zusammenhängen, dass typischerweise in Betrieben mit ausländischem Eigentümer gestreikt wurde,¹⁸ wo die „informellen Regeln“ einen geringeren Stellenwert haben.

Perspektive: Lohnerhöhungen und Sozialversicherung

Den genannten Problemen (übergroße Lohnspreizung, Zurückbleiben der Lohnquote, fehlender Sozialversicherungsschutz) soll auf verschiedene Weise zu Leibe gerückt werden.

Der Fünf-Jahresplan für den Zeitraum 2011 bis 2015 sieht eine Erhöhung des Mindestlohns um 13 Prozent jährlich sowie eine Grundsicherung im Alter für alle ländlichen und einen großen Teil der städtischen Bewohner vor.¹⁹ Der Vizearbeitsminister Yang Zhiming stellte in einem Artikel in „China Daily“ eine jährliche Steigerung der Effektivlöhne um 15 Prozent in Aussicht.²⁰ Selbst bei einer Inflationsrate von 5 Prozent führt dies zu fühlbaren Verbesserungen.

Am 1. Juli 2011 trat das am 28. Oktober 2010 beschlossene Sozialversicherungsgesetz in Kraft.²¹ Es will die Altersgrundsiche-

rung bis 2015 realisieren, lässt im Übrigen jedoch die auf lokaler und Provinzebene bestehenden Sozialversicherungssysteme mit ihren unterschiedlichen Beiträgen und ihrem unterschiedlichen Leistungsniveau unangetastet. Allerdings bringt es zwei wesentliche Verbesserungen:

- Was man bei einem örtlichen System eingezahlt hat, wird nunmehr berücksichtigt, wenn man sich im Bereich eines anderen Sozialversicherungsträgers aufhält. Dies kommt insbesondere den Wanderarbeitnehmern zugute. Die Regelung entspricht in vielem der in der EU bestehenden, wo die in verschiedenen Mitgliedstaaten verbrachten Zeiten gleichfalls addiert werden.
- Die effektive Leistung der Sozialversicherungsbeiträge soll mit zahlreichen Mitteln sichergestellt werden. So kann die zuständige Behörde einen direkten Zugriff auf das Bankkonto des Arbeitgebers erlauben, damit sich die Versicherung von dort die richtig berechneten Beiträge holen kann. Wird der Arbeitgeber säumig, erhöht sich seine Zahlungspflicht auf das Dreifache des rückständigen Betrages – ein Gedanke, der sich in vergleichbarer Weise schon im Arbeitsvertragsgesetz findet.²²

Im Übrigen müssen die Beiträge weit überwiegend vom Arbeitgeber bezahlt werden; der Arbeitnehmer wird nur zu weniger als einem Drittel belastet. Allerdings verzichtet das Gesetz wegen der unterschiedlichen Systeme in den Provinzen darauf, einen verbindlichen Leistungskatalog vorzuschreiben. Dass auch hohe Krankenhauskosten von der

¹⁷ Mitteilung an den Verf. von Prof. He Gaochao, der zusammen mit seinen Mitarbeitern anonyme Befragungen unter Arbeitern vornahm, die - wie in China üblich - zu Beginn der Ferien einige Zeit im Bahnhof auf ihren Zug warteten und so in der Regel unabhängig von betrieblichen Zusammenhängen antworten konnten.

¹⁸ Vgl. Wolfgang Müller (oben Fn. 1), S. 30 ff.

¹⁹ Traub-Merz (oben Fn. 1) S. 10 Fn. 33

²⁰ China Daily, 20. 4. 2011

²¹ Nähere Informationen bei Villing, Das neue Sozialversicherungsgesetz der VR China, Deutsche Asia Pacific Gesellschaft Newsletter 05/2011, abrufbar unter www.dapg.de/Content/news/2011-05_villing_sozialversicherung; ohne Verfasser, Das Sozialversicherungsgesetz soll Chinas Wohlfahrtsystem verbessern, abrufbar unter www.china-briefing.com/news/de/das-sozialversicherungsgesetz

²² So muss etwa das doppelte Gehalt bezahlt werden, wenn der Arbeitnehmer nach einmonatiger Tätigkeit noch keinen schriftlichen Arbeitsvertrag hat; bei illegalen Kündigungen erhöht sich die sonst vorgesehene Abfindung von einem Monatsgehalt pro Jahr der Betriebszugehörigkeit auf das Doppelte, sofern der Gekündigte nicht die Alternative „Weiterbeschäftigung“ wählt. S. dazu Q. Wang, Der Kündigungsschutz nach dem chinesischen Arbeitsvertragsgesetz, Baden-Baden 2012.

Versicherung übernommen werden (was den Anreiz zum Sparen verringern würde), scheint derzeit noch nicht gesichert zu sein.

...oder doch mehr?

Reichen Lohnerhöhungen und die Verbesserung der Sozialversicherung aus, um die politische Stabilität zu sichern und Streikwellen wie im Jahre 2010 zu verhindern? Soweit die Entwicklung für (fast) alle Beschäftigten nach oben geht, mag man die Frage bejahen, doch wäre die Situation mit Sicherheit eine andere, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine vergleichbaren Verbesserungen mehr zulassen würden. Der Protest würde sich dann gegen den Staat richten, der über Mindestlöhne und Empfehlungen die Lohnentwicklung steuert. Gäbe es ein System von Tarifverhandlungen, wäre dies anders; die Kritik der Beschäftigten wäre an ihre eigene Organisation, d. h. an die Gewerkschaft zu adressieren. Nehmen wir das Beispiel Deutschland. Nach einer Untersuchung des DIW sind die Nettolöhne hierzulande von 2000 bis 2009 preisbereinigt um 2,5 Prozent zurückgegangen,²³ ohne dass dies irgendwelche politischen Erschütterungen zur Folge gehabt hätte. Wäre dafür die Bundesregierung direkt verantwortlich gewesen, weil sie die Löhne festgesetzt oder faktisch gesteuert hätte, wäre es wohl selbst in unserem höchst „braven“ Land zu Demonstrationen und andere Aktionen des Widerstands gekommen. Die Tarifautonomie hat so ihre (wenig thematisierte) flankierende Bedeutung für das politische System.

Aber – so muss man in China fragen – würde das Recht der Gewerkschaften, „nach eigenen Vorstellungen“ Kollektivverträge abzuschließen, nicht mit der führenden Rolle der Partei in Widerspruch geraten? Vom grünen Tisch in der Bundesrepublik aus be-

trachtet: Nein. Die Gewerkschaften würden – beschränkt auf Löhne und Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft – nur jene Autonomie in Anspruch nehmen, die den Unternehmen längst eingeräumt ist, ohne dass dies als „Systembruch“ gesehen wird. Auch wären die „eigenen Vorstellungen“ wie bei uns durch vielerlei Faktoren mitbestimmt. Die Gewerkschaften wollen sich z. B. ihre Einflusschancen als Lobbyorganisation nicht durch wenig akzeptiertes Verhalten verbauen. Und schließlich: Auch die Autonomie der Provinzen wird hingenommen, obwohl es dabei um viel gravierendere Fragen als die Alternative zwischen 8 und 11 Prozent Lohnerhöhung geht.

Doch die Würfel werden nicht am grünen Tisch fallen. Die weitere Entwicklung ist offen. Wie wäre es sonst zu erklären, dass ein Streikbericht mit heftiger Kritik an den Arbeitsbehörden und an den Gewerkschaften selbst²⁴ in der offiziellen Zeitschrift des ACGB erscheinen konnte? Der Weg vom geschriebenen Wort zum effektiven Wandel wird allerdings nicht anders als in Deutschland einige Zeit in Anspruch nehmen. ■

☞ Dr. Wolfgang Däubler ist emeritierter Professor für Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht, Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht an der Universität Bremen.

23 Zusammenfassung abrufbar unter www.tagesschau.de/wirtschaft/geringverdiener100.html. Bei den unteren 20 Prozent der Einkommenspyramide betrugen die Einbußen zwischen 16 und 22 Prozent.

24 Bericht über den Streik bei der dänischen Firma Ole Wolf in Yantai/Provinz Shandong von Zhang-Liu und Jiang in Heft 6/2010 der Zeitschrift „Chinese Workers“, in Deutschland nachlesbar unter www.labournet.de.

Von Drachen, Tigern, Elefanten: Die Wirtschaft von Morgen in Asien

Ein Werkstattbericht aus dem Economy of Tomorrow Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung in Asien

von Marc Saxer



Auf den ersten Blick scheint alles so klar. Der Westen, der sich dem Marktradikalismus verschrieben hatte, rutscht immer tiefer in die Krise. Der Osten, der dieses Modell vehement zurückgewiesen hat, leitet ein asiatisches Jahrhundert ein. Ist nicht augenfällig, was daraus folgen muss? Der neoliberale Kaiser ist nackt, höchste Zeit, den Finanzkapitalismus zu bändigen.

Schaut man näher hin, bleibt von diesem Bild wenig übrig. Im Westen ist es der Status Quo-Koalition gelungen, die Deutungshoheit über die Krise zu gewinnen. Nicht Raubtierkapitalismus und Systemversagen, sondern faule Griechen und fette Wohlfahrtsstaaten seien die Wurzel allen Übels. Was nun geschehen muss liege auf der Hand, den Gürtel enger schnallen, zurück zu den Tugenden der schwäbischen Hausfrau. In der Eurokrise wird dem europäischen Süden die alte IWF Rosskur verschrieben, ganz

so, als sei nie etwas geschehen. Versuche, die Finanzmärkte zu regulieren sind weitgehend versandet. In den USA und Frankreich stehen die Doktoren schon bereit, um die angeblich siechenden Sozialstaaten zur Ader zu lassen. Kurzum: den progressiven Kräften des Westens ist es nicht gelungen, die marktradikale Hegemonie mit einer eigenen Erzählung zu brechen. Ohne die Vision einer besseren Zukunft, ohne eine glaubwürdige Erzählung über den Weg dorthin ist es schwer, Menschen zu mobilisieren. Ohne die Unterstützung der Massen gehen diejenigen als Sieger aus gesellschaftspolitischen Kämpfen hervor, die über Zugänge und Ressourcen verfügen. Die Krise des Kapitalismus ist eine Krise der Demokratie. Die Krise der Linken spiegelt die metaphysische Krise der westlichen Postmoderne.¹

¹ Marc Saxer: Die Große Krise des Westens. <http://www.fortschrittsforum.de/debattieren/wirtschaft-wachstum/artikel/article/die-grosse-krise-des-westens.html>

1. Die Ausgangslage in Asien

Der neoliberale Glaube an die „unsichtbare Hand“ des freien Marktes hat sich dagegen in den staatszentrierten Ländern Asiens nie wirklich durchgesetzt. Dem japanischen Modell folgend hat der ‚Beijing Consensus‘ aus staatlich koordinierter Industrialisierung, merkantilistischer Exportförderung und Billiglöhnen zum spektakulären wirtschaftlichen Aufstieg Taiwans, Singapurs, Hong Kongs, Südkoreas und Thailands und etwas später Chinas und Vietnams geführt. Der wirtschaftliche Aufschwung Indiens und in jüngerer Zeit Thailands ist dagegen eher eine Folge der Befreiung des Privatsektors aus den Klauen einer korrupten und inkompetenten Bürokratie. Auch hier gibt es jedoch starke Vorbehalte gegen den neoliberalen ‚Washington Consensus‘. Indonesien schließlich profitierte von seinem enormen Ressourcenreichtum, der von den Aufsteigern Asiens aufgesogen wird.

Auch den erfolgreichen Aufsteigern Asiens wird es jedoch immer deutlicher, dass die Entwicklungspfade angesichts der neuen Herausforderung an ihrem Ende angelangt sind. Als Outsourcing Standorte an der Peripherie der industriellen Zentren haben die kleineren Schwellenländer Asiens ähnliche Problemen wie Polen bzw. Osteuropa. Die wirtschaftlichen und politischen Gestalter haben in den meisten Ländern erkannt, dass die alten Modelle nicht mehr ausreichen, um die ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen zu meistern. Quer durch alle Lager kommen daher immer mehr Vordenker aus Europa und Asien zu der Einsicht, dass neue Modelle entwickelt werden müssen, um einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen.

Wie dieses alternative Entwicklungsmodell aussehen kann ist aber zwischen den asiatischen Denkschulen umstritten. Die liberaldemokratischen „Tiger“ Indien und Süd-Korea gewähren ihren Bürgern politische Freiheiten, legen jedoch weniger Wert auf Gleichheit

und soziale Gerechtigkeit. Die autoritären „Drachen“ China, Vietnam und Singapur versuchen die wachsende soziale Ungleichheit durch Umverteilungspolitiken zu entschärfen, behalten aber im Interesse der Stabilität die politischen Zügel fest in der Hand. Thailands politischer Konflikt dreht sich auch darum, welchem der beiden Pfade die Gesellschaft folgen soll. Indonesien laviert zwischen den Polen hin- und her. Das sich öffnende Burma wird seinen Pfad in diesem Koordinatensystem suchen.

Im Gegensatz zum angelsächsischen Marktradikalismus finden Elemente des sozialdemokratischen Modells großes Interesse bei den „Pfadfindern“ Asiens. Die Betonung des sozialen Friedens, die aktive Rolle des Staates in der sozio-ökonomischen Ordnung und das Ideal der Balance zwischen Exportorientierung und Binnennachfrage sind in Asien anschlussfähig.

Vor allem China bedient sich aktiv am Erbschaftsschatz der kontinentaleuropäischen Sozialstaaten. Peking hat längst damit begonnen, seine Sozialsysteme nach dem deutschen Vorbild auszubauen (auch wenn dabei Bismarck'sche Überlegungen zur Abfederung der politischen Verwerfungen eine Rolle spielen). Der gigantische Stimulus zur Abfederung der globalen Finanzkrise verdeutlicht zudem die keynesianischen Instinkte der Chinesen. Die nachfrageorientierte Lohnpolitik und die auf höhere Wertschöpfung zielende Industriepolitik Pekings haben bereits heute massive Auswirkungen auf die Arbeitsteilung in Südost-Asien. Trotz der Blase in der Photovoltaikindustrie versucht China entschlossen, die Potentiale ökologischer Industriepolitik zu nutzen, um sich von einer Billiglöhn- zur High Tech-Wirtschaft weiter zu entwickeln. Dieser Pfadwechsel Chinas weg vom Beijing Consensus wird in Asien sehr genau beobachtet.

Selbstverständlich wird auch die Krise der Eurozone sehr genau registriert. Viele Asiaten

zweifeln, ob die europäischen Wohlfahrtsstaaten nicht doch über ihre Verhältnisse gelebt haben. Entsprechend wird die Einführung von Sozialsystemen auf europäischem Niveau für die Schwellenländer Asiens auf mittlere Sicht ausgeschlossen. Dort, wo Sozialsysteme aufgebaut werden, verläuft die Debatte anders als in Europa. Mit Ausnahme Indonesiens läuft die Argumentation für höhere Sozialstandards nicht über Rechte (z.B. soziale Menschenrechte), sondern über die Performanz (z.B. höhere Produktivität des Humankapitals, Binnenkonsumnachfrage, Flexibilität des Arbeitsmarktes) oder politische Stabilität (soziale Kohäsion/ sozialer Sprengstoff).

Der progressive „Elefant“ findet sich also in einer Sandwichposition zwischen dem liberalen „Tiger“ und dem autoritären „Drachen“. Progressive Wirtschafts- und Sozialpolitik mit ihrer Betonung sozialer Gerechtigkeit findet vor allem bei den entwicklungs-diktatorischen „Drachen“ Resonanz. Die Institutionalisierung der Freiheit in einer sozialen Demokratie spricht dagegen die demokratischen „Tiger“ an. Positiv gewendet ist das Modell sozialer Demokratie im asiatischen Diskurs nach allen Seiten anschlussfähig.

Im Gegensatz zu den vergleichsweise gut organisierten Parteien und Gewerkschaften Europas sind die progressiven Kräfte in vielen asiatischen Ländern marginalisiert. Mit Ausnahme Indonesiens sind progressive Akteure oft kaum in der Lage die Interessen ihrer Klientel zu vertreten, geschweige denn tiefgreifende Strukturveränderungen voran zu treiben. Obwohl die marktradikale Ideologie sich in Asien nie wirklich durchsetzen konnte, zahlen die Gesellschaften einen hohen Preis für den wirtschaftlichen Aufstieg. Der Beijing Consensus aus rücksichtsloser Industrialisierung, menschenunwürdigen Billiglöhnen und verletzlicher Exportorientierung hatte massive soziale, ökologische und politische Verwerfungen zu Folge.

2. Das Economy of Tomorrow Projekt

Dies ist der Ausgangspunkt für das „Economy of Tomorrow“ Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung in Asien. In einer Reihe von nationalen Modellwerkstätten in China, Indien, Indonesien, Süd-Korea, Thailand und Vietnam werden Antworten auf drei zentrale Fragen gesucht:

1. Wie muss ein Wirtschafts- und Entwicklungsmodell aussehen, das als Kompass für die Überwindung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisendienien kann?
2. Wie muss die Erzählung lauten, die Vision und Orientierung für die gesellschaftspolitischen Kämpfe um den neuen Entwicklungspfad gibt?
3. Auf welcher Plattform können sich reformorientierte Kräfte zu einer breiten gesellschaftlichen Regenbogen-Koalition vereinen?

Ziel des „Economy of Tomorrow“ Projektes ist es, einen alternativen Entwicklungspfad aufzuzeigen und Diskurskoalitionen für den Kampf um seine Umsetzung zu ermöglichen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung macht dabei explizit ein Dialogangebot, das auf dem Modell des „Guten Kapitalismus“² basiert.

Um sich über Analysen, Ideen und Erfahrungen bei der Umsetzung auszutauschen bringt die inter-regionale Dialogplattform „Economy of Tomorrow“ Vordenker aus Asien mit ihren Gegenübern aus Deutschland, Polen, Schweden und Japan zusammen. Die ersten Asiatisch-Europäischen Economy of Tomorrow Dialoge in Bangkok (Gründungstreffen), Singapur („Grüne Jobs“), Seoul („Nachfragegetriebenes Wachstum“) und Delhi

² Dullien, Herr, Kellermann, Der gute Kapitalismus: ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste, transcript 2009; Decent Capitalism: A Blueprint for Reforming our Economies, Pluto Press 2007.

(„Grünes Wachstum“) haben eine erstaunliche Konvergenz bei der Problemanalyse zwischen diesen heterogenen Ländern gezeigt. Die Verheerungen der durch marodierendes Spekulationskapital ausgelösten Asienkrise 1997 und der Einbruch der westlichen Exportmärkte nach 2008 haben den Asiaten die hohe Verletzlichkeit ihrer Modelle gegenüber externen Schocks vor Augen geführt. Trotz der großen Erfolge in der Armutsbekämpfung hat der Beijing Consensus zu einer dramatischen Öffnung der sozialen Schere in allen asiatischen EoT Ländern geführt. Vor allem die sozialen Verwerfungen machen den Schwellenländern zu schaffen. Aber auch der Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen und der nicht nachhaltige Ressourcenverbrauch werden als zentrale Probleme erkannt.

Ausgangspunkt des Dialoges ist die Prämisse, dass es Blaupausen zur Bewältigung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen nicht geben kann. Jede Gesellschaft muss ihr eigenes, maßgeschneidertes Modell finden, dass optimal auf die Bedingungen vor Ort passt. Die inter-regionalen Dialoge dienen daher zuallererst dem Austausch, und erst in zweiter Linie als Ergänzung der nationalen Modellwerkstätten. Dennoch lassen sich bestimmte Konsenslinien zwischen den Vordenkern aus Asien und Europa ausmachen.

3. Umrisse eines sozial gerechten, stabilen und grün dynamischen Wachstumsmodells

Normative Vision

Diese normative Vision soll zur Orientierung in gesellschaftspolitischen Debatten beitragen und als Kompass für die Ausrichtung staatlicher, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Politiken dienen.

Ein interessanter Ausgangspunkt für eine gemeinsame progressive Plattform ist die Verbindung von Freiheit und Gleichheit im Den-

ken des indischen Nobelpreisträgers Amartya Sen³. Sein Leitbild der „vollen Lebensverwirklichungschancen für alle“ (full capabilities for all) ist ein Auftrag an die Gesellschaft (den Staat, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft), aktiv die Steine aus dem Weg zu räumen, die das einzelne Individuum an der Verwirklichung seines vollen Potentials hindern.

Das Verständnis dieser Lebensverwirklichungsmöglichkeiten (capabilities) als Freiheitsrechte entspricht nicht der europäischen Tradition, die gleiche Lebenschancen eher als Frage der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit betrachtet. ‚Entwicklung als Freiheit‘ ist jedoch insbesondere in den libertären Tigerländern Indien und Südkorea anschlussfähig. Die pro-aktive Beseitigung von Entwicklungshemmnissen durch den Entwicklungsstaat findet vor allem in den Entwicklungsdiktaturen der ‚Drachenländer‘ Anklang. Die Konzeption einer Ordnung, die durch die Bereitstellung von öffentlichen Gütern (Gute Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsysteme, Sicherheit etc.) die Bedingungen für gleiche Lebenschancen produziert, ist schließlich anschlussfähig an den europäischen Diskurs zur ‚Guten Gesellschaft‘.

Gerade über die grundsätzliche Aufgabe der wirtschaftlichen Ordnung, die Bedingungen für eine ‚Gute Gesellschaft mit vollen Lebensverwirklichungsmöglichkeiten für alle‘ zu produzieren herrschte zwischen den Teilnehmern aller Dialoge erstaunliche Übereinstimmung. Die normative Vision des Economy of Tomorrow Projektes ist folglich die Schaffung einer „Good Society with full capabilities for all“.

Welches Wachstum brauchen wir?

Allen Referenzen zu „Glück“ und „Selbstgenügsamkeit“ zum Trotz steht es für die Schwellenländer Asiens außer Frage, dass

3 Amartya Sen, Development as Freedom, Oxford University Press, 1999.

ihre Wirtschaften auch in Zukunft kräftig wachsen müssen, um die sozialen und politischen Verwerfungen ihrer Transformation zu meistern. Konsumverzicht, auch im Hinblick auf den Klimawandel, ist daher keine realistische Option. Im Gegenteil haben die meisten asiatischen Länder in Reaktion auf die wegbrechenden westlichen Exportmärkte damit begonnen, die Binnenkonsumnachfrage zu stärken. Die hartnäckige Weigerung vor allem Indiens und Chinas, sich einem Klimaregime zu unterwerfen hängt vor allem mit dem Misstrauen zusammen, der Westen wollen ihren wirtschaftlichen Aufstieg quasi durch die Hintertür bremsen oder gar verhindern. Wege aus der ökologischen Krise, die auf ein Nullwachstum (oder gar einen Schrumpfungsprozess) setzen, sind im Mainstream Asiens nicht anschlussfähig.

Dennoch besteht ein breiter Konsens, dass die marktradikale Obsession mit reinem BIP Wachstum zu massiven gesellschaftlichen Verwerfungen führt und durch einen neuen Wachstumsbegriff ersetzt werden muss. Die Teilnehmern der Asiatisch-Europäischen Dialoge in Bangkok, Seoul und Delhi sprachen sich für einen dreidimensionalen Wachstumsbegriff aus: „sozial gerechtes, stabiles/ausgewogenes⁴ und grün dynamisches Wachstum produziert die Bedingungen für eine Gute Gesellschaft“.

Die Wachstumsmotoren

Typischerweise sind vielen Asiaten die entweder- oder Dichotomien des westlichen Denkens fremd. Dementsprechend sprachen sich die ökonomischen Vordenker für eine „Das eine tun ohne das andere zu lassen“ Balance zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung aus. Ähnlich ausgewogen soll die

eigene Verletzlichkeit durch externe Schocks gemindert werden: keineswegs durch eine Drosselung der Exporte, sondern durch die Stärkung der heimischen Nachfrage.

In der Dimension sozial gerechten Wachstums wurde vor allem ein Mangel an aggregierter Nachfrage analysiert. Um die sozialen Verwerfungen des rasanten ökonomischen Aufstieges zu korrigieren, soll die heimische Konsumnachfrage durch eine Stärkung der Kaufkraft der unteren Einkommensschichten gestärkt werden. Gleichzeitig soll die Investitionsnachfrage durch eine expansive Ausgabenpolitik des Staates, aber auch durch verstärkte private Investition gestärkt werden. Die Fehler der Europäer will man dabei vermeiden. Eine Ausweitung der staatlichen Investitionstätigkeit soll durch höhere Steuern und keinesfalls durch Schulden finanziert werden.

Auch in der Frage, wie die ökologischen Krisen gemeistert werden können setzen die Asiaten auf ein pragmatisches „Sowohls-auch“. Nicht durch von außen oktroyierte Emissionsgrenzen, sondern durch technologische Innovation, industriellen Strukturwandel und eine Veränderung der Konsumgewohnheiten hofft man die ökologische Krise zu meistern, ohne auf Wirtschaftswachstum verzichten zu müssen. Einerseits soll die Nachhaltigkeit des Wachstums durch ein „Begrünen der alten Wirtschaft“ (Greening of the old economy) erreicht werden, also durch eine weitgehende Entkopplung der Industrie-, Immobilien und Mobilitätssektoren von Energie- und Ressourcenverbrauch. Andererseits sollen aktiv die Potentiale ‚Grünen Wachstums‘ erschlossen werden: Energiesicherheit durch erneuerbare Energien, neue Leit- und Wachstumsmärkte durch ‚ökologische Industriepolitik‘, ‚Grüne Jobs‘ durch neue Qualifikation der Arbeitnehmer. Um die Anschlussfähigkeit an den asiatischen Diskurs zu verbessern, soll diese Achse die langfristigen Potentiale ‚Grünen Wachstums‘ betonen, statt wie der tradi-

4. Über die Dimension der Stabilität/ Ausgewogenheit soll im Februar 2013 in Bangkok ein Konsens ausgearbeitet werden. Hier wird es sich vor allem um die Frage drehen, wie den Boom- und Bust-Zyklen des entfesselten Finanzkapitalismus ein neues Modell koordinierter Finanzströme entgegengestellt werden kann.

tionelle Nachhaltigkeitsdiskurs vor allem auf die kurzfristigen Kosten zu verweisen. Das Economy of Tomorrow Modell spricht daher von „grün dynamischen Wachstum“.

Strategische Ziele

Um diese Wachstumsmotoren zum Laufen zu bringen, müssen Privatwirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam die Rahmenbedingungen schaffen.

Um sozial gerechtes Wachstum zu ermöglichen, soll die aggregierte Nachfrage durch eine gleichere Einkommensverteilung gestärkt werden. Im Vordergrund steht dabei eine progressive Lohnpolitik. Dennoch sehen die asiatischen Ökonomen die Notwendigkeit einer Korrektur von Marktverwerfungen durch staatliche Umverteilungspolitiken. Bemerkenswert dabei ist, dass auch die Tigerländer den Ausbau eines Systems sozialer Sicherheit der populistischen Ausgabe von Subventionen und Direktzahlungen vorziehen. China hat bei der Umsetzung dieser Politiken bereits Fortschritte gemacht, die die Bezeichnung ‚historisch‘ verdienen: die Lohn-einkommen steigen signifikant an, die Armut sinkt und mehr als 900 Millionen Chinesen wurden innerhalb kürzester Zeit in ein Basis-system sozialer Sicherung eingebunden.

Ein in allen Dimensionen immer wiederkehrendes Motiv ist der Fokus auf die Stärkung der Qualifizierung der Arbeitnehmer. Für die asiatischen Ökonomen ist dies die Schlüsselvariable, um aus der ‚Middle Income Trap‘ auszubrechen und zu den Industriestaaten aufzuschließen. Diese Qualifizierung soll sowohl durch einen Ausbau der (Berufs-) Bildungssysteme, als auch durch „Training on the Job“ in den ‚grünen Industrien‘ erreicht werden.

Um ‚grün dynamisches Wachstum‘ zu schaffen, muss einerseits die Entkopplung des Wirtschaftens vom Energie- und Ressour-

cenverbrauch vorangetrieben werden, und neue Technologien und Produkte eingeführt werden. In beiden Fällen soll der Staat eine Brückenfunktion in der Markteinführung spielen, bis die Wettbewerbsfähigkeit der grünen Technologien durch Skalierungseffekte erreicht ist⁵. Ein Mix aus holistische Preisbildungsmechanismen, Regulierung und gezielten Investitionen dient dabei zur Orientierung von Forschung und Entwicklung, und sendet Signale für die Investitionen der Märkte.

4. Das Economy of Tomorrow Diskursmodell

Zusammen genommen zeichnen sich die Umriss eines alternativen Entwicklungsmodells ab, die nun in den nationalen Modellwerkstätten weiter ausgearbeitet und angepasst werden müssen.

Im Sinne der Economy of Tomorrow Strategie ist dieses Modell aber mehr als ein Kompass. Es dient gleichzeitig als Plattform, auf der sich trotz unterschiedlicher Partikularinteressen eine breite gesellschaftliche Koalition reformorientierter Kräfte versammeln kann. Die Bündelung der Kräfte in einer Regenbogenkoalition ist die entscheidende Erfolgsbedingung für die gesellschaftspolitischen Kämpfe um die Pfadwechsel. Mit anderen Worten: die Umsetzungschancen von sozial gerechten, stabilen und grün dynamischen Politiken hängt von der Fähigkeit der Regenbogenkoalition ab, genügend politische Muskeln zu mobilisieren, um das Kalkül zentraler Akteure zu beeinflussen. Das EoT Projekt wird nach der ersten Phase der Modellwerkstätten also den Schwerpunkt auf die Schaffung einer Regenbogenkoalition aus Parteien und Parlamentariern, Ministerien und Durchführungsorganisationen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden NGOs, Universitäten und Think Tanks, Wirt-

⁵ Matthias Machnig, Ökologische Industriepolitik als Schlüsselement einer zukunftsfähigen Wirtschaft in Europa, FES Perspektive, November 2011, <http://library.fes.de/pdf-files/id/o8690.pdf>

schafts- und Berufsverbänden, Medien, Entwicklungskommissionen und Zentralbanken zu legen.

Die Umsetzungschancen von Politiken hängt jedoch ebenso davon ab, wie diese Initiative im Diskursraum aufgenommen wird. Werden sie abgelehnt, schon weil sie ‚aus der falschen Ecke‘ kommen? Widersprechen sie allseits akzeptierten Überzeugungen und Erklärungsmustern? Liegen sie außerhalb dessen, was man sagt oder tut? Oder gibt es eine wohlwollende Grundhaltung, eine neue Betrachtung der Situation, eine Offenheit für neues Denken und Handeln? Ob das Spielfeld günstig oder ungünstig ist wird maßgeblich von der Deutungshoheit im Diskurs beeinflusst.

Das Economy of Tomorrow Modell ist daher als Ausgangspunkt für die Entwicklung einer neuen Erzählung konzipiert. Die drei Dimensionen sozial gerechtes, stabiles und grün dynamisches Wachstum funktionieren dabei als Diskursachsen, entlang derer in nur vier argumentativen Schritten ein hochkompliziertes Politikinstrument mit einer für Laien nachfühlbaren normativen Vision zu verknüpfen ist. Beispielsweise lässt sich nun argumentieren: „Mindestlöhne sind ein wichtiges Instrument zur Angleichung der Einkommensverhältnisse. Stärkere Massenkaukraft treibt sozial gerechtes Wachstum an und schafft so die Bedingungen für eine Gute Gesellschaft mit vollen Lebensverwirklichungsmöglichkeiten für alle“. Umgekehrt gibt die normative Vision Orientierung für staatliche und private Akteure bei der Ausrichtung ihrer Politiken. Die Diskursmatrix erlaubt es also, schwer verständliche Instrumente in einen größeren Erklärungsrahmen zu stellen, und erleichtert gleichzeitig die Entwicklung kohärenter Politiken. Dieser Rahmen hilft Unternehmen bei der Produktentwicklung, Märkten bei der Investition, Parteien bei der Entwicklung von Programmarbeit, Ministerien bei der Planung, Bürokrati-

en bei der Implementierung, Forschern bei der Fokussierung, der Zivilgesellschaft bei der Kontrolle, Medien bei der Kritik und Konsumenten beim Kauf. Die Diskursmatrix erleichtert es einer pluralistischen Gesellschaft, sich auf einen Pfad zu einigen, und sendet Richtungs- Signale in ihre fragmentierten Subsysteme, um alle Akteure auf ein gemeinsames Ziel hin auszurichten.

Mit der Verlagerung des Schwerpunktes der Weltwirtschaft nach Asien wird die Deutungshoheit im asiatischen Diskurs auch Auswirkungen auf die Diskurse im Westen haben. Eine gemeinsame asiatisch-europäische Erzählung mit sozialdemokratischen Referenzen wird auch die Einstellung beeinflussen, mit der in Deutschland über Grundfragen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gedacht und gesprochen wird. Das Economy of Tomorrow Projekt sucht also nicht nur Antworten auf die Herausforderungen von heute, sondern bereitet den politischen und diskursiven Boden für die gesellschaftspolitischen Kämpfe um die Wirtschaft von morgen. ■

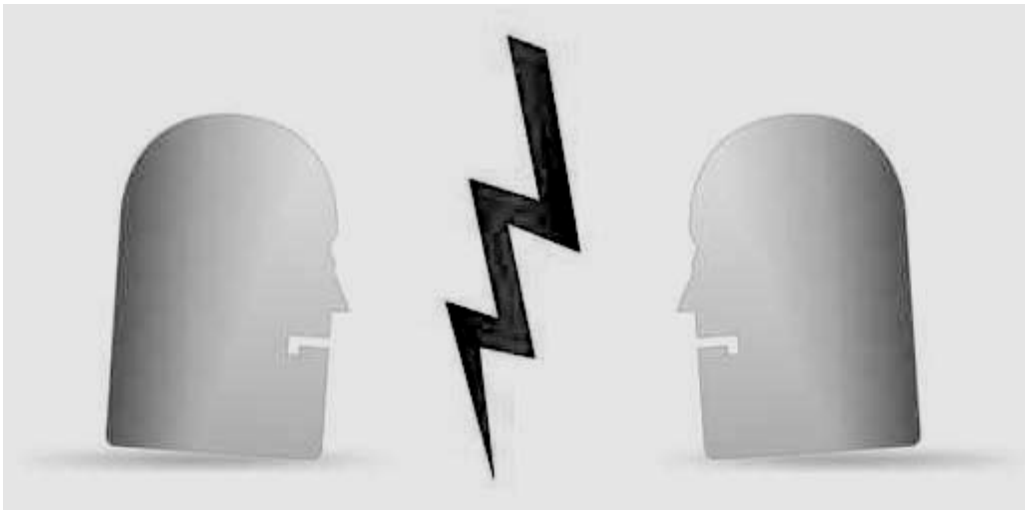
☞ Marc Saxer ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Thailand.

Konfrontation oder Kooperation auf der koreanischen Halbinsel?

Akteure, Interessen, Perspektiven

von Christoph Pohlmann

Foto: www.ftolia.com, © avaroca



1. Aktuelle Situation

Nach¹ dem Tod des nordkoreanischen Staatsführers Kim Jong-Il am 17. Dezember 2011 wurde in den meisten westlichen Medien darüber spekuliert, ob die Regelung der Nachfolge einen baldigen Zusammenbruch des Regimes oder zumindest eine erkennbare Instabilität in Pjöngjang bewirken würde. Ein Jahr später hat sich allerdings nichts davon bewahrheitet; der von der Regierung angekündigte Machtwechsel hin zu Kim Jong-Un, dem jüngsten Sohn Kim Jong-Is, scheint in geordneten Bahnen abzulaufen.

Die Spekulationen um die Stabilität des Regimes und die inneren Entwicklungen haben

jedoch den Blick versperrt auf die regionalen Machtkonstellationen und den hohen Grad der Internationalisierung des Konflikts auf der koreanischen Halbinsel. Trotz der zum Teil sehr nationalistischen Diskurse und der durchaus eigenständig bestehenden bilateralen Dynamiken zwischen dem Norden und dem Süden ist der Konflikt eines der letzten Überbleibsel des Kalten Krieges weltweit, dessen Zukunft ebenso wie seine Vergangenheit vor allem von den Interessen und dem Zusammenspiel der Großmächte USA und China entschieden wird. Nach wie vor ist der Koreakrieg (1950-53) nicht offiziell beendet worden – es gibt nur einen Waffenstillstand, und ein Friedensvertrag zwischen den Kriegsparteien steht nach fast 60 Jahren immer noch aus.

Hauptstreitpunkt zur Überwindung der latenten Spannungssituation auf der koreanischen Halbinsel bleibt das nordkoreanische

1 Dieser Artikel basiert auf einem Papier, das in der Reihe „Internationale Politikanalyse“ der Friedrich-Ebert-Stiftung erschienen ist: Philipp Kauppert & Christoph Pohlmann, Szenarien für die Koreanische Halbinsel. Es geht um mehr als um Pjöngjangs Atomprogramm, FES Berlin, April 2012, <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09038.pdf>

Atomprogramm. Im Jahr 2005 hatten sich die Teilnehmerstaaten der Sechsparteiengespräche Nord- und Südkorea, China, die USA, Japan und Russland in einer gemeinsamen Übereinkunft zum Ziel der vollständigen Denuklearisierung Nordkoreas verpflichtet. Im Gegenzug sollte Nordkorea die Normalisierung der Beziehungen zu den USA, Japan und Südkorea mit dem Ziel eines Friedensvertrags sowie umfangreiche Wirtschaftshilfe gewährt werden. Außerdem sollte ein Prozess zur Etablierung eines Friedens- und Sicherheitsregimes in Nordostasien in Gang gesetzt werden.

Im Jahr 2009 hat sich allerdings Nordkorea von den Sechsparteiengesprächen zurückgezogen, und es ist derzeit fraglich, ob sie noch einen geeigneten Rahmen für die Bearbeitung der sicherheitspolitischen Herausforderungen auf der koreanischen Halbinsel darstellen. Das nächste Jahr 2013 könnte die letzte Gelegenheit zur Wiederbelebung dieses Prozesses sein, weil in allen der Teilnehmerstaaten vor Kurzem Macht- bzw. Regierungswechsel stattgefunden haben bzw. in Kürze stattfinden werden. Die Chance für einen Neustart von Verhandlungen wäre also grundsätzlich gegeben.

Mitentscheidend für friedens- und sicherheitspolitische Fortschritte auf der koreanischen Halbinsel wird das zukünftige Verhältnis zwischen den beiden Großmächten USA und China sein. Die angekündigte „Rückkehr der USA“² nach Asien, der „Asian pivot“ in der außen- und sicherheitspolitischen Strategie der USA, hat Anlass für vielerlei Diskussionen gegeben und wird auch direkte Auswirkungen auf die koreanische Halbinsel haben. Letztlich geht es beim innerkoreanischen Konflikt auch um die Frage, wie die USA und China ihre hegemonialen Einflüsse in dieser strategisch bedeutsamen Region nutzen und ausgestalten werden. In welche Richtung sich die Beziehungen zwischen Nord- und Süd-

korea bewegen, wird von diesem komplexen Zusammenspiel der internationalen Akteure und deren sehr unterschiedlichen, teils komplementären, teils gegenläufigen Interessen entschieden.

2. Die Hauptakteure und deren zentrale Interessen

Um die Konfliktodynamiken und -perspektiven auf der koreanischen Halbinsel zu verstehen, ist eine Analyse der sicherheitspolitischen Interessen der wichtigsten staatlichen Akteure erforderlich. Dies sind vor allem Nord- und Südkorea, die USA und China. Zwar nehmen auch Japan und Russland an den Sechsparteiengesprächen teil, sie nehmen jedoch im Vergleich zu den vier erstgenannten Staaten eher eine Nebenrolle ein.

a) Die strategischen Interessen Nordkoreas

Die Führungseliten im zentralen Herrschaftsapparat in Partei, Militär und Regierung Nordkoreas sind in erster Linie am Überleben des aktuellen Regimes interessiert. Diesem Kerninteresse ordnen sich alle sonstigen Prioritäten unter. Sichtbarste Folge davon ist die „songun“ oder „Militär zuerst“-Politik, die der verstorbene Staatsführer Kim Jong-Il auf Basis der Juche-Politik des Staatsgründers Kim Il-Sung entwickelt hatte. Regimestabilität – und damit das sichere Überleben der Machteliten in ihrer privilegierten Position – kann nach dieser Logik nur durch maximale Rüstungsanstrengungen erreicht werden, um ein Mindestmaß an Sicherheit vor externer Invasion und Regimesturz herzustellen. Diesem Denken liegt die jahrhundertlange Erfahrung zugrunde, dass Korea – auch als vereinigtetes Königreich – immer schon Spielball von Großmachtinteressen und Gegenstand auswärtiger militärischer Bedrohungen war, bis hin zur Kolonialisierung durch Japan von 1910-45. Der Zusammenbruch

² Vgl. Braml, Josef: Die „Rückkehr der USA“: Obamas Asienpolitik. In: ASIEN 122, Deutsche Gesellschaft für Asienkunde, 2012, S. 57-74.

des Ostblocks und der faktische Wegfall der Schutzmacht Sowjetunion, kombiniert mit der in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht steigenden einseitigen Abhängigkeit von China, haben Nordkorea noch stärker auf Eigenständigkeit auch im militärischen Bereich setzen lassen. Vor zehn Jahren schließlich führte die Politik der Bush-Administration in den USA, die Nordkorea auf die „Achse des Bösen“ gemeinsam mit Iran und Irak setzte und in den Irak einmarschierte, dazu, dass die nordkoreanische Führung endgültig von der Notwendigkeit eines nuklearen Abschreckungspotenzials überzeugt wurde.

Auch wenn Nordkorea sicherheitspolitisch durch die militärische Aufrüstung (etwa 25 Prozent des Staatshaushalts werden für das Militär ausgegeben) inklusive des Nuklearprogramms sowie wiederholte militärische Zwischenfälle für viele Beobachter als unberechenbarer Akteur und das größte Sicherheitsrisiko in Nordostasien erscheint, so ist dies bei genauerer Betrachtung eine verkürzte Sichtweise. Schließlich erklärt Nordkorea seit Jahrzehnten in konsistenter Weise, dass es vor allem eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA und einen Friedensvertrag mit den USA (und Japan) anstrebt. Gleichzeitig erwartet man glaubhafte Sicherheitsgarantien seitens der Vereinigten Staaten. In diesem Zusammenhang haben hochrangige Vertreter Nordkoreas sogar mehrfach den Wunsch geäußert, dass im Falle eines Friedensvertrags mit den USA der amerikanische nukleare Schutzschirm auf Nordkorea ausgedehnt werden solle. Die Forderungen Nordkoreas nach Normalisierung und Sicherheitsgarantien gegenüber den USA erscheinen angesichts der prekären Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel als gerechtfertigt; immerhin liegt das Ende des Korea-Krieges fast 60

Jahre zurück, und jeder Besuch der Demilitarisierten Zone am 38. Breitengrad zwischen Nord- und Südkorea verdeutlicht die Absurdität der Situation.

Das Hauptproblem hierbei sind die unterschiedlichen Auffassungen Nordkoreas auf der einen und der USA, Südkoreas und Japans hinsichtlich des „sequencing“, also der Schrittfolge von Normalisierung der Beziehungen (inklusive Wirtschaftshilfe) und Denuklearisierung. Diese Frage sowie das Problem der Überprüfbarkeit der nuklearen Abrüstung seitens Nordkoreas hat sich bisher immer als größtes Problem in den Bemühungen um Frieden und Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel gezeigt, sowohl in den 1990er Jahren mit dem „Agreed Framework“ als auch im Kontext der Sechsparteiengespräche.

Letztlich ist davon auszugehen, dass Nordkorea nur am Ende eines langen Prozesses der Vertrauensbildung in Verbindung mit umfangreichen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gegenleistungen bereit sein wird, sein Atomprogramm aufzugeben. Schließlich dient das Nuklearprogramm für Nordkorea sowohl zur Abschreckung als auch – und wohl noch wichtiger – als einzig wirkungsvoller „bargaining chip“ in den Verhandlungen mit den USA, um diese zu Konzessionen zu zwingen. Darüber hinaus ist das Atomprogramm der einzige nach innen vorzeigbare Erfolg der koreanischen Führung, die ansonsten ökonomisch wie humanitär im Vergleich zu den anderen Staaten der Region wie auch zur Zeit des Kalten Krieges nur Misserfolge vorweisen kann.

b) Die strategischen Interessen Südkoreas

Südkorea ist der einzige der hier betrachteten Staaten, in denen es größere programmatische Unterschiede zwischen

politisch und gesellschaftlich relevanten Akteuren gibt, die sich auch auf der Ebene der Artikulation und Umsetzung außen- und sicherheitspolitischer Interessen auswirken. Dabei eint die verschiedenen Lager das Interesse an Stabilität zugunsten eines möglichst vorteilhaften Wirtschafts- und Investitionsklimas. Außerdem besteht ein übergeordnetes Interesse daran, die militärische Allianz mit den USA sowie die US-amerikanische Truppenpräsenz bis auf Weiteres zu erhalten und gleichzeitig die überwiegend guten bilateralen Beziehungen zu China nicht zu gefährden.

Mit Blick auf Nordkorea verfolgen sowohl das liberale bis liberal-progressive als auch das gemäßigt bis rechtskonservative gesellschaftspolitische Spektrum das Staatsziel der Wiedervereinigung. In den vergangenen 15 Jahren sind jedoch große Unterschiede im Politikansatz deutlich geworden. So verfolgten die beiden liberalen Präsidenten Kim Dae-Jung und Roh Moo-Hyun mit der „Sonnenscheinpolitik“ eine Politik der Entspannung und Annäherung, die sich an der Brandt-Bahrschen Ostpolitik orientierte. Sie ermöglichte Maßnahmen der Vertrauensbildung, der humanitären Hilfe und der wirtschaftlichen Kooperation auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene und fand ihre offiziellen Höhepunkte in den beiden Gipfeltreffen 2000 und 2007. Allerdings blieb die Sicherheitslage prekär, nicht zuletzt wegen des nordkoreanischen Atomprogramms. Somit sah sich der konservative Teil der insgesamt hoch polarisierten südkoreanischen Gesellschaft ebenso wie die konservative politische Elite in ihrer Argumentation bestätigt, dass die Sonnenscheinpolitik aufgrund ihrer mangelnden Reziprozität nur einseitig viel Geld kostete (ca. 8 Mrd. US-Dollar zwischen 1997 und 2007), aber letztlich nur zur Regimestabilisierung im Norden führe.

Der amtierende konservative südkoreanische Präsident Lee Myung-Bak setzte dementsprechend einen radikalen Politikwechsel gegenüber Nordkorea durch. Zwar proklamierte auch er das Ziel einer Wiedervereinigung durch schrittweise Angleichung der Systeme, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, setzte aber die Annäherungspolitik aus und verfolgte stattdessen eine Politik der Eindämmung Nordkoreas unter Verstärkung der Militärallianz mit den USA. Die nordkoreanischen Atomwaffentests und wiederholte militärische Zwischenfälle erleichterten diesen hardliner-Kurs. Für Hilfsleistungen und sonstige ökonomische Anreize gegenüber Nordkorea wurden Konditionalitäten gesetzt. Resultat dieser Politik war und ist eine Stärkung der Falken-Fraktion in der nordkoreanischen Führung und eine völlige Zerrüttung der offiziellen bilateralen Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea. Es ist ein Klima des Misstrauens entstanden, das im Falle militärischer Zwischenfälle ein nicht zu vernachlässigendes Eskalationspotenzial in sich birgt.

Inzwischen wächst auch innerhalb der konservativen südkoreanischen Regierungspartei sowie in Teilen der Regierung die Einsicht, dass die Nordkorea-Politik der Regierung Lee Myung-Bak gescheitert ist. Die Sicherheitslage hat sich nach dem Untergang des Cheonan-Kriegsschiffes im März 2010, den Beschuss der Insel Yeongpyeong durch Nordkorea im Dezember 2010 sowie den Raketenstart im April 2012 und einen durchaus möglichen weiteren Atomtest weiter verschärft. Schwerer wiegt, dass man Nordkorea noch weiter in die Arme Chinas getrieben hat und mittlerweile kaum noch über Anreize oder Hebel verfügt, die Politik Nordkoreas zu beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass es nach den südkoreanischen

Präsidentenwahlen im Dezember 2012 in Südkorea einen Politikwechsel gegenüber Nordkorea geben wird. Es wird jedoch vom Wahlausgang abhängen, ob das Pendel wieder zurück zu einer Neuauflage der Sonnenscheinpolitik schlägt oder sich eher graduell-pragmatische Änderungen im Rahmen der großen Linien der aktuellen Nordkoreapolitik ergeben.

c) Die strategischen Interessen der USA

Die strategischen Interessen der USA auf der koreanischen Halbinsel haben sich seit der Regierung Clinton nicht wesentlich verändert. Gegenüber Nordkorea ist Denuklearisierung nach wie vor das Hauptziel, gefolgt vom Interesse an Stabilität in Nordostasien als wichtiger Wirtschaftsregion. Dennoch ist zu konstatieren, dass die koreanische Halbinsel in der außenpolitischen Prioritätenliste gerade der Obama-Administration deutlich hinter anderen Konfliktregionen wie dem Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika rangiert. Im Vergleich zu früheren Administrationen ist es im Übrigen die sich verstärkende Großmächterivalität mit China, die die Politik der USA gegenüber Nord- und Südkorea immer stärker bestimmt. Vor diesem Hintergrund lässt sich argumentieren, dass die USA ein Interesse an der koreanischen Teilung haben, erlaubt sie doch eine starke US-amerikanische Militärpräsenz in Südkorea. Die einzig akzeptable Alternative aus US-amerikanischer Sicht wäre ein Kollaps Nordkoreas und eine Absorption durch den Süden. Es wäre in diesem Fall davon auszugehen, dass China die fortgesetzte Stationierung der US-Truppen südlich des 38. Breitengrades widerstrebend akzeptieren würde. Auch Südkorea dürfte trotz erwartbarer innergesellschaftlicher Konflikte mit Blick auf das wachsende und übermächtige China sowie hinsichtlich der nach wie vor lebendigen Erinne-

rungen an die japanische Aggressionspolitik mehrheitlich an einem Verbleib der amerikanischen Militärpräsenz interessiert sein. Allerdings wäre ein vereinigtes Korea für die USA schwerer berechen- und kontrollierbar als das aktuelle Südkorea, so dass die USA auch in der Frage der Wiedervereinigung eher Status quo-orientiert sind.

d) Die strategischen Interessen Chinas

China ist zuallererst daran interessiert, ein stabiles Umfeld für seine eigene wirtschaftliche Entwicklung und seinen Aufstieg zu schaffen bzw. beizubehalten. Hinsichtlich der koreanischen Halbinsel bedeutet dies, dass China weder an Instabilität in Nordkorea noch an Spannungen zwischen Nord- und Südkorea bzw. einer zu starken Involvierung der USA interessiert ist. Mit Blick auf die Teilung Koreas unterstützt China den Status quo, weil eine Alternative entweder in der Absorption Nordkoreas durch Südkorea und damit eine Stärkung des mit den USA alliierten Südens oder mit der Notwendigkeit einhergehen würde, dass China Nordkorea besetzt und es zu einer weiteren chinesischen Provinz macht (entweder komplett oder de facto mit offiziell fortgesetzter Selbstständigkeit des Nordens). Letzteres würde hohe finanzielle und administrative Kosten implizieren, weswegen der aktuelle Zustand vorzuzugswürdig erscheint. Ohnehin kann China momentan die Handelsbedingungen mit Nordkorea diktieren – gerade im Rohstoffbereich (inklusive Seltener Erden aus Nordkorea) eine günstige Situation.

Aus geostrategischer Sicht stellt Nordkorea für China einen Puffer zur US-amerikanischen Militärpräsenz dar, die China bis auf Weiteres im asiatisch-pazifischen Raum ohnehin akzeptieren muss. Gleichzeitig sieht China die Stärkung der südko-

reanisch-amerikanischen Militärallianzen unter Führung der Präsidenten Lee Myung-Bak und Barack Obama kritisch. Dies gilt auch für den Versuch der USA, die militärische Zusammenarbeit zwischen Japan und Südkorea zu verstärken, um so beide Staaten zu einer offensiveren Balancepolitik gegenüber dem aufstrebenden China zu bewegen.

3. Ausblick: die Rolle Deutschlands und der EU

Die sicherheitspolitische Lage auf der koreanischen Halbinsel bleibt kompliziert, die aktuelle Situation kann nur als verfahren bezeichnet werden. Die letzten Jahre der Spannungen und Konfrontation bis hin zu militärischen Zwischenfällen haben die Vertrauensgrundlage zwischen den entscheidenden Akteuren stark belastet. Die militärischen und politischen Kosten der gegenwärtigen Situation sind hoch und drohen weiter zu steigen, wenn die Hauptakteure Nord- und Südkorea sowie die USA und China nicht den nötigen Willen und die Fähigkeiten aufbringen, umzusteuern. Dies gilt vor allem für die beiden Koreas und die USA, deren Regierungen allesamt hauptverantwortlich für die aktuelle Situation sind.

Die geschilderten, im Wesentlichen auf eine Beibehaltung des Status quo ausgerichteten außen- und sicherheitspolitischen Interessen der vier Staaten Nord- und Südkorea, USA und China stehen jedoch derzeit einem nachhaltigen Politikwechsel hin zu einer Politik der Entspannung, Annäherung und schrittweiser Normalisierung, Abrüstung und wirtschaftlicher Integration entgegen. Daraus ist die Notwendigkeit der Einbeziehung externer Akteure entstanden, um in einer Vermittler-Rolle Brücken des Dialogs und der Entspannung zu bauen. Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland bieten sich hier an, weil sie über eigene Erfahrungen der Überwindung von Konflikten und Teilung verfügen und zu allen beteiligten Akteuren gute Beziehungen ha-

ben. Auch liegen eine Entspannung der Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel und eine Entschärfung des zunehmenden Großmächtekonflikts zwischen den USA und China im strategischen außenpolitischen Interesse Europas und Deutschlands. Es wird also Zeit, dass Europa eine aktivere und weitsichtigere Außenpolitik in dieser Weltregion spielt und sich nicht wie bisher fast ausschließlich auf Außenwirtschaftsinteressen konzentriert.

Es wäre naiv zu vermuten, dass man die Erfahrungen des KSZE-Prozesses in Europa und der europäischen Integration ohne weiteres auf die von Nationalismus, Ideologiekonflikten und geostrategischen Machtinteressen geprägte Region Nordostasien übertragen könnte. Eines aber zeigen die gescheiterten politischen Bemühungen der letzten Jahre: Mehr politische Phantasie und Kreativität ist nötig, damit die Staaten und Gesellschaften der Region in nicht allzu ferner Zeit eine gemeinsame Vorstellung oder gar Vision für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Nordostasien entwickeln und schließlich auch umsetzen können. ■

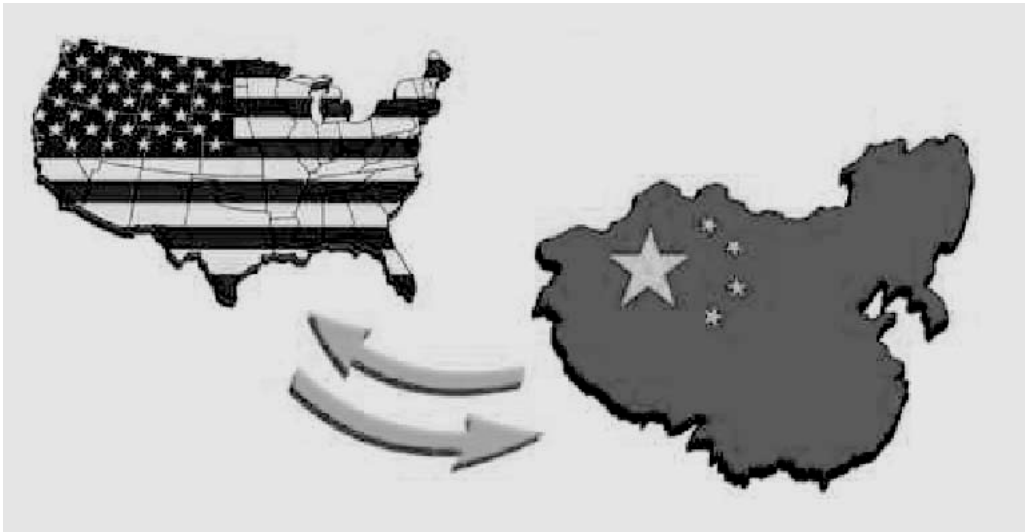
☞ Christoph Pohlmann ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Korea.

Going West (geographisch)?

Amerikas Außenpolitik unter Barack Obama und die Hinwendung zum Pazifikraum

von Tim Schlösser

Foto: www.fotolia.com, © simonalvinge



Die vergangenen Präsidentschaftswahlen in den USA haben auch in Europa wieder für viel Aufsehen gesorgt. Fast durchgängig hätte der wiedergewählte Präsident Barack Obama in allen Länder Europas äußerst deutliche, wenn nicht sogar realsozialistische, Wahlergebnisse erzielt. Nun mag dies daran liegen, dass die Alternative – sprich die Republikaner repräsentiert durch Mitt Romney – mit ihrem Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsverständnis mittlerweile so weit entfernt von kontinentaleuropäischen Überzeugungen angelangt sind, dass die Demokraten als einzig vertretbare Option wahrgenommen wurden. Hierbei darf jedoch, insbesondere aus linker Perspektive, nicht vergessen werden, dass Barack Obama kein linker Präsident nach westeuropäischen Maßstäben ist und die Demokraten keine durchgängig progressive Partei sind. Auch wenn es bei

den Demokraten durchaus eine Vielzahl fortschrittlicher Gruppierungen und sogar assoziierte sozialistische Initiativen und Individuen gibt, ist die Mehrheit der Partei in vielen ökonomischen und auch Sozialstaatsfragen nach heimischen Maßstäben deutlich rechts der Mitte zu verorten.

Diese Feststellung ist von nicht unerheblicher Bedeutung wenn es um Fragen der derzeitigen und zukünftigen amerikanischen Außenpolitik geht, sowie um die Bewertung von Amerikas verstärkter Hinwendung zum pazifischen Raum. Grundsätzlich ist auch unter Barack Obama die Außenpolitik der USA eindeutig realpolitisch geprägt. Wer auf eine idealistische, menschenrecht-basierte Politik gehofft hat (und sich eventuell sogar durch die nett gemeinte, aber bislang weitgehend grundlos gebliebene Verleihung des Frie-

densnobelpreises bestätigt gefühlt haben sollte) wurde in den ersten vier Jahren seiner Amtszeit bitter enttäuscht. Zwar wurde der Truppenabzug aus dem Irak eingeleitet und der aus Afghanistan angekündigt, jedoch gelang es der Obama-Administration weder wie angekündigt das völkerrechtswidrige Gefangenenlager Guantanamo zu schließen, noch neue Impulse für einen Nahostfriedensprozess zu geben. Gegenüber dem Iran wurde die Tonlage eher noch verschärft und der ebenfalls völkerrechtswidrige Einsatz von Drohnen zur, mehr oder weniger gezielten, Tötung von Terroristen massiv ausgeweitet. Was bleibt ist die generell diplomatischere Tonlage, das Bekenntnis zur Bedeutung von „soft power“ und größere Kooperation im Kontext internationaler und multilateraler Institutionen. Dies alles jedoch im Vergleich zur verheerenden Vorgängerregierung von George W. Bush.

Robert Kagan, einer der einflussreichsten neokonservativen Vordenker, unterstellt Barack Obama darüber hinaus eine tendenziell isolationistische Außenpolitik.¹ Dies ist allerdings nur im Rahmen einer klassischen und zu kurz greifenden Analyse des internationalen Engagements der USA basierend auf einem starren zyklischen Verlauf von interventionistischen und isolationistischen Phasen zulässig. VertreterInnen einer solchen Sichtweise beschränken diese zumeist ausschließlich auf militärische Interventionen. Eine solche Analyse wird jedoch dem Charakter der zeitgenössischen Außenbeziehungen nur noch äußerst bedingt gerecht. Außer Acht gelassen werden dabei internationale Interventionen militärischer Natur unterhalb einer Invasion mit Bodentruppen (bspw. Drohnenangriffe in Pakistan, Jemen, etc. oder der Einsatz der Luftwaffe in Libyen) sowie

ökonomische und diplomatische Interventionen.

„Asia pivot“

Betrachtet man nun die zunehmende Hinwendung der USA zum pazifischen Raum (in den USA „Asia pivot“ genannt), finden wir seit Amtsantritt von Barack Obama eine Vielzahl ökonomischer und diplomatischer Interventionen sowie eine deutliche Verstärkung der militärischen Präsenz. Dies als isolationistisch, also als überwiegende Hinwendung zur heimischen Politik und einen Rückzug von geostrategischen Schauplätzen zu beschreiben, wäre eindeutig verfehlt. So hat der amerikanische Präsident in seiner zur Ende gegangenen Amtszeit insgesamt 17 offizielle Auslandsreisen in den asiatisch-pazifischen Raum unternommen (im Einzelnen war er je einmal in Australien, Burma, Kambodscha, China, Indien, Singapur und Thailand, je zweimal in Indonesien und Japan sowie je dreimal in Afghanistan und Südkorea). Demgegenüber stehen 19 Auslandsreisen zu den klassischen transatlantischen Bündnispartnern in Westeuropa sowie ein Besuch in Russland. Hierbei ist anzumerken, dass die Mehrzahl der europäischen Treffen im Rahmen von internationalen Gremien wie der G8, der G20 und NATO stattfanden, wobei die asiatisch-pazifischen Treffen überwiegend bilateraler Natur waren. In Zentral- und Südamerika, historisch zum geostrategischen Einflussbereich bzw. despektierlich „Hinterhof“ der USA zählend, war Präsident Obama insgesamt nur achtmal. In Afrika ganze zweimal.² Dies zeigt eine historische Verschiebung der diplomatischen Tätigkeit der USA auf höchster Ebene hin zum asiatisch-pazifischen Raum die bereits durch George W. Bush (15 Besuche in seiner zweiten Amtszeit) eingeleitet wurde.

1 Siehe hierzu und zur weitergehenden Bewertung der aktuellen US-Außenpolitik durch Robert Kagan: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wahl-in-amerika-wir-herrschen-auch-morgen-noch-11950734.html>

2 Eine ausführliche Übersicht der Auslandsreisen Barack Obamas findet sich hier: http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_presidential_trips_made_by_Barack_Obama

Ökonomische Integration und Ringen um geostrategische Hegemonie

Auch ökonomisch treiben die USA die Integration des asiatisch-pazifischen Raums weiter voran. Neben bilateralen Abkommen steht hierfür exemplarisch die Trans-Pacific-Partnership (TPP), ein kurz vor dem Abschluss stehendes Freihandelsabkommen zwischen derzeit acht Pazifikanrainerstaaten (USA, Australien, Brunei, Chile, Malaysia, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam, sowie zukünftig wohl auch Japan).³ Dieses würde die wirtschaftliche Verflechtung der beteiligten Staaten massiv vergrößern und dabei insbesondere die Vormachtstellung der USA stärken. Darüber hinaus bringt dieses, abgesehen von WTO (World Trade Organisation) und NAFTA (North American Free Trade Agreement) volumenmäßig bislang umfassendste Freihandelsregime der Welt, ähnlich problematische, Ungleichheit verstärkende und Folgen neoliberaler Ideologie mit sich, wie die genannten berühmterbüchtigten Abkommen.⁴ Kritisiert wird außerdem der enorme Einfluss von Unternehmensvertretern, die im Gegensatz zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch den Parlamenten, keinen Zugang zu den Verhandlungen hinter geschlossenen Türen und den relevanten Dokumenten haben.⁵

Interessant wird in diesem Kontext die Rolle Chinas, dem potentiell der Zugang zur TPP offensteht. Allerdings kritisiert die Führung Chinas derzeit noch massiv das TPP und verfolgt eine dezidiert andere, teilweise protektionistische Wirtschaftspolitik. Auch die Urheberrechts- und Markenschutzrechte des Abkommens dürften für den neu aufstrebenden

Hegemon im asiatischen Raum problematisch sein. Ob sich dies jedoch unter der neuen KP-Führung ändern wird, bleibt abzuwarten. Die zentrale Rolle Chinas in der amerikanischen Asien-Pazifik-Orientierung liegt jedoch in der ökonomischen Verflechtung der beiden größten Volkswirtschaften der Welt. Während die exportstarke chinesische Wirtschaft stark vom amerikanischen Absatzmarkt abhängig ist, sind die USA auf China als potenten Finanzier angewiesen. Aufgrund dieser Interdependenz kann das Verhältnis der um Einfluss ringenden Mächte als angespannt, aber intakt bezeichnet werden. Während in zahlreichen anderen politischen und geostrategischen Fragen Uneinigkeit besteht, versteht man es gleichzeitig auf ökonomischer Ebene eine Art Burgfrieden aufrechtzuerhalten. Die USA kritisieren zwar regelmäßig die Unterbewertung der chinesischen Währung Yuan, während China eine deutlichere Konjunkturstützung der US-Regierung wünscht, dies wird jedoch eine Ebene unterhalb eines offenen Konfliktes gehalten. Insgesamt kann konstatiert werden, dass die ökonomischen Anreize eines intensivierten Waren- und Dienstleistungsaustausches der Hauptantriebsfaktor für Amerikas Hinwendung zum asiatisch-pazifischen Raum sind.

Der zweite zentrale Antriebsfaktor in diesem Kontext ist die bereits angeschnittene geostrategische Hegemonie. Seit dem zweiten Weltkrieg sind die USA im pazifischen Raum massiv präsent (u. A. in Südkorea, in Japan, Singapur, Guam) und derzeit dabei diese militärische Präsenz auszuweiten.⁶ Ziel dieser Eindämmungsstrategie gegenüber China ist zum Einen die oben beschriebene ökonomische Vormachtstellung und die dafür notwendigen Bündnispartner abzusichern und zum Anderen einen ausreichend großen geographischen Puffer vor amerikanischen Festland in Zeiten erheblicher chinesischer Aufrüstung aufrechtzuerhalten. China versucht zum neuen

3 Eine Darstellung des derzeitigen Verhandlungsstandes und der ökonomisch-politischen Implikationen der TTP findet sich bspw. Hier: <http://www.wiwo.de/politik/ausland/wirtschaftsraum-asien-usa-schmiedenhandelspakt-gegen-china/5831072.html>

4 Umfassende Infos hierzu bspw. im amerikanischen Debattenmagazin Salon: http://www.salon.com/2012/10/23/everything_you_wanted_to_know_about_the_trans_pacific_partnership/

5 Hierzu und zur weiteren Kritik siehe eine Pressemitteilung der amerikanischen Dachgewerkschaft AFL-CIO: <http://www.aflcio.org/Blog/Global-Action/Bring-Jobs-Home-Don-t-let-TPP-Become-the-Next-NAFTA>

6 Siehe hierzu bspw.: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-06/usa-pazifik-aufruestung>

Hegemon im asiatischen Raum aufzusteigen und agiert in diesem Kontext offensiv gegenüber Taiwan sowie bei zahlreichen weiteren umstrittenen Territorien im südchinesischen Meer (bspw. den Spratley-Inseln die von Brunei, Malaysia, den Philippinen und Vietnam beansprucht werden oder den Senkaku-Inseln die von Japan beansprucht werden). Gleichermaßen geht es hier um die Ausweitung von militärischer Präsenz wie auch um die Sicherung von vermuteten Rohstoffvorkommen. Die USA versuchen demgegenüber parallel zur eigenen Truppenaufstockung die betroffenen Staaten diplomatisch, wirtschaftlich wie auch militärisch zu unterstützen. Hierbei entstehen auch ungewöhnliche Allianzen wie bspw. mit dem vormaligen Kriegsgegner und formell als sozialistisch firmierenden Vietnam.

Progressives „Pazifisches Zeitalter“?

Wie ist diese Entwicklung der letzten Dekade nun aus linker Perspektive zu bewerten? Mit geostrategischen Analysen mag man sich im linken Spektrum oftmals nicht gemein machen. Dies mag darin begründet liegen, dass sich die Begrifflichkeit und die zugrunde liegenden Analyseansätze weitgehend durch die klassisch-realpolitischen Kategorien Macht, Einfluss, militärische Potentiale und Interessendurchsetzung und weniger um progressive Identifikations- und Überzeugungsansätze definieren. Nichtsdestotrotz haben geostrategische Einschätzungen aber einen hohen Wert was die Analyse aktueller und zukünftiger internationaler Politik betrifft. Sie erschließt das Verhalten übernational und überregional agierender Akteure. Aus linker Perspektive erscheinen die Bezeichnungen internationalistische oder globalistische Analyse treffender. Verbunden wäre diese im vorliegenden Fall mit folgender Leitfrage: Trägt die Hinwendung der USA zum asiatisch-pazifischen Raum zu mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Wohlstand für alle und zu mehr Frieden und internationaler Solidarität bei?

PapyRossa Verlag



Ingrid Mittenzwei

**Friedrich II.
von Preußen**
Eine Biographie

978-3-89438-502-6
298 Seiten | 16,90 Euro

Ingrid Mittenzwei stellt die Politik Friedrichs II. und nicht zuletzt seine Kriege dar und bettet sie ein in die Zustände Preußens. Zugleich entwirft sie ein differenziertes Bild des preußischen Königs und macht mit Menschen seiner Umgebung bekannt. Ihre Biographie kurriert noch immer kursierende Legenden.



Markus Bernhardt

Das braune Netz
Naziterror: Hintergründe,
Verharmloser, Förderer

978-3-89438-482-1
117 Seiten | 9,90 Euro

Warum konnte der NSU so lange ungehindert agieren? Nur Fehler und Pannen? Oder Kalkül und System? Bernhardt stellt unbequeme Fragen und verweist auf Hintergründe, die gerne übergangen werden. Und er zeigt, wie die offiziöse Extremismustheorie Nazis begünstigt und Antifaschismus kriminalisiert.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Einerseits ist die Asien-Pazifik-Strategie der USA eine selbstverständliche ökonomische Orientierung hin zu einer wirtschaftlich sehr dynamischen Region. In den letzten Jahrzehnten haben viele der Länder erfolgreich erhebliche Teile der Bevölkerung aus der Armut befreien können. Dies trifft insbesondere auf Länder Südostasiens (Malaysia, Singapur, etc.) und auch China zu. Japan bleibt trotz vielfältiger Herausforderungen drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und Südkorea ist in den Kreis der OECD-Geberländer aufgestiegen. Gleichzeitig ist jedoch – mit Ausnahme Japans – in allen betreffenden Ländern die Ungleichheit in der Gesellschaft massiv angestiegen. Weniger Armen steht gleichzeitig eine kleine, extreme reiche Oberschicht gegenüber. Die Rezepte von neoliberaler Globalisierung und Orientierung am amerikanischen Wachstumsmodell sind mitverantwortlich für diese Entwicklung. Ironischerweise insbesondere im pseudo-kommunistischen China. Die betroffenen Gesellschaften sind zwar absolut weniger arm, aber gleichzeitig erheblich ungleicher. Mit der Transpazifikpartnerschaft wird dieser Weg nun weiter vorangetrieben. Setzt sich die ökonomische Hegemonie der USA (bei der es derzeit keinerlei ernsthafte Anzeichen für eine Orientierung hin zu stärkerer wirtschaftlicher Inklusion breiter Bevölkerungsschichten gibt) durch, dürfte sich das Auseinanderdriften der asiatischen Gesellschaften eher noch verstärken.

Auch die militärische Expansion und das rapide zunehmende Wettrüsten zwischen China, Indien und den USA im Kampf um die Vorherrschaft⁷ steht dem fortschrittlichen Bestreben nach Abrüstung und einer friedlichen Weltordnung diametral gegenüber. Verschärft sich die Konfrontation, insbesondere im südchinesischen Meer, könnten als Konsequenz neue Stellvertreterkriege ausbrechen. Eine Entwicklung die in diesem Ausmaß nach Ende des „Kalten Krieges“ eigentlich als überkom-

men galt. Gleichzeitig erscheint ein direkter militärischer Konflikt zwischen China und den USA aufgrund seiner verheerenden Konsequenzen wenig wahrscheinlich. Alles in allem gibt jedoch sowohl die Aufrüstung wie auch die Verschärfung der diplomatischen Tonlage Anlass zu Sorge. Friedenspolitik ist dies definitiv nicht.

Einher mit Amerikas wachsendem Interesse an einem „pazifischen Zeitalter“ geht jedoch auch die Förderung von Demokratie (bspw. aktuell in Burma) und das Einsetzen für Menschenrechte (bspw. in China). Auch wenn dies jeweils akut auch ökonomisch oder geostrategisch motiviert sein mag und nicht immer im erforderlichen Umfang erfolgt, ist es dennoch gleichermaßen Bestandteil amerikanischen Selbstverständnisses, amerikanischer Überzeugung und amerikanischer Kultur. Es ist das, was weiterhin Europa und die USA verbindet und die fundamentale Grundlage fortschrittlicher Politik darstellt. Es ist aber gleichzeitig nicht ausreichend für eine wirklich freie, wirklich gerechte und wirklich gleiche Weltordnung. Die Historie insbesondere der USA zeigt, dass selbst in einer Demokratie die prinzipiell Menschenrechte achtet, große soziale und ökonomische Ungerechtigkeit herrschen kann. Deswegen kann das amerikanische Modell zeitgenössischer Prägung keinesfalls Maßstab oder Ziel progressiver Politik sein. Es weiterhin die Aufgabe linker, sozialistischer Politik sein auf diese Umstände wo und wann immer möglich Einfluss zu nehmen. Sowohl in kritischer Solidarität im transatlantischen Verhältnis und der Stärkung fortschrittlicher Kräfte in den USA, wie auch im Dialog und der Kooperation mit der Bevölkerung und den Regierungen im asiatisch-pazifischen Raum. ■

⁷ Zur Aufrüstung Chinas, Indiens und der USA: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-08/marine-pazifik>

► Tim Schlösser ist Vizepräsident der International Union of Socialist Youth (IUSY) und lebt in Bonn.

„Unser Selbstverständnis orientiert sich an partizipativer Demokratie und partizipativem Sozialismus“

Interview mit Marie Chris M. Cabrerós zur Sozialdemokratie auf den Philippinen

spw: Traditionell gibt es auf den Philippinen zwei große Volksparteien, Nationalisten und Liberale. Die Akbayan-Partei wurde erst 1994 gegründet. Wie würdest Du euch im politischen Spektrum und in gesellschaftlichen Lagern verorten?

» **M.C.:** Die ersten Überlegungen zur Gründung einer neuen Partei als linke Alternative haben 1994 begonnen, die formelle Gründung erfolgte dann aber tatsächlich erst 1998. Unser Parteiprogramm basiert auf den Grundwerten Demokratie, Gleichheit, Humanismus, Internationalismus sowie Solidarität, Sozialismus, Feminismus und Ökologie. Unser Selbstverständnis orientiert sich an der Vision von partizipativer Demokratie und partizipativem Sozialismus, bei der der Staat echte demokratische Teilhabe ermöglicht und von der Zivilgesellschaft kontrolliert wird.

Akbayan ist eine Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter, die in der philippinischen Gesellschaft unterdrückt und marginalisiert werden. In unserem Grundsatzprogramm heißt es dazu, dass wir unsere Mitglieder aus den Reihen der Arbeiterinnen und Arbeiter rekrutieren und den Kampf für Demokratie, Soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung des Sozialismus von ihrem Standpunkt in der Gesellschaft aus angehen wollen. Nur als Partei der Arbeiterklasse kann Akbayan die populistischen Einflüsse alteingesessener Eliten sowie extremer und dogmatischer linker Strömungen gleichermaßen bekämpfen.

spw: Im Mai stehen auf den Philippinen die Senatswahlen an. Was werden im Zuge dessen für euch und euer Land die zentralen Debatten sein?

» **M.C.:** Akbayan will die zum Ende der Regierungszeit von Gloria Arroyo angestoßenen Reformen fortführen, um die Modernisierung des politischen Systems voran zu treiben und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass soziale und wirtschaftliche Reformen möglich werden. Den von der aktuellen Regierung begonnenen Kampf gegen die Korruption wollen wir durch besseren Zugang zu Informationen und die Modernisierung des politischen Systems, z.B. die Beendigung von politischen Erbfolgen und die Zurückdrängung des Einflusses von Kriegsherren, unterstützen. Darüber hinaus sind für uns Reformen im Gesundheitssystem, die Wohnsituation und die Beschäftigungssicherheit relevante sozialpolitische Themen. Natürlich werden wir auch auf unsere Erfolge in Gesetzgebungsverfahren hinweisen und unsere Vorstellungen von Demokratie und ein neues ökonomisches Paradigma präsentieren, mit denen Armut und fehlende Teilhabe bekämpft werden sollen.

spw: Eure Parteivorsitzende Risa Hontivero könnte zur ersten sozialdemokratischen Senatorin der Philippinen gewählt werden, was ein großer politischer Erfolg wäre. Welche weiteren Ziele verfolgt ihr langfristig?

» **M.C.:** Ein Sieg Risa Hontiveros wäre ein Beleg, dass wir die eingefahrenen Traditionen in unserem Land durchbrechen können, und dass progressive Kräfte es mit dem Partei-Mainstream aufnehmen können. Das ist insgesamt eine sehr schwierige Angelegenheit, denn das politische System der Philippinen ist von Eliten und Familien dominiert, die das Land und seine verschiedenen Regionen seit mehr als einem halben Jahrhundert regieren und ein System der Vetternwirtschaft etab-

liert haben. Risas Wahlerfolg wäre ein Schritt, um unsere Positionen in der Gesellschaft zu verankern.

Zusätzlich wollen wir natürlich auch mit unseren Listenkandidaten Erfolg haben, zumindest in dem Rahmen, in dem das Wahlsystem dies zulässt. Außerdem versuchen wir dort, wo es möglich ist, lokale Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen oder unabhängige Kandidatinnen und Kandidaten gemeinsam mit anderen Parteien zu unterstützen. Wir versuchen unsere Politik in der Legislative und Exekutive umzusetzen, um darüber Einfluss und Unterstützung für unser Programm zu gewinnen und „patches of hope“ zu entwickeln, die Bausteine für weitreichende Reformen sein können.

spw: Die weltweite Wirtschaftskrise bedroht Ökonomien und Staaten auf der ganzen Welt. Die Regierung der Philippinen hat kürzlich ein Programm zur Bekämpfung der Armut und andere soziale Projekte aufgesetzt. Ihr fordert allerdings weitergehende Maßnahmen zur Bekämpfung von Inflation, niedriger Löhne und Arbeitslosigkeit. Was sind eure Vorschläge, um eure Wirtschaft in der Krise zu stützen?

» **M.C.:** Unser ehemaliger Vorsitzender Walden Bello hat unsere Reformagenda bei verschiedenen Gelegenheiten skizziert. Es geht darum, eine bessere Verteilung des Wohlstandes zu erreichen, die Umweltprobleme zu bekämpfen und eine nachhaltigere wirtschaftliche Entwicklung anzustoßen. Dazu sind eine Bodenreform, die Landwirtschaft als ökonomischem Eckpfeiler, ein umfassendes Konzept für Industriepolitik und Investitionen in grüne Technologien, sowie eine Stärkung des Binnenmarkts und insgesamt eine stärkere Regulierung notwendig.

spw: Wenn wir die regionale Ebene betrachten, fällt auf, dass immer mehr sozialdemokratische Parteien und andere linke

Gruppen in Südostasien an Einfluss gewinnen. Würdest Du sagen, dass es sich dabei um einen Trend handelt? Was sind die Gründe für diese Entwicklung?

» **M.C.:** Die Situation vor Ort ist häufig weiterhin nicht ideal, aber wir sehen erste Erfolge in Indonesien, stehen vor wichtigen Wahlen in Malaysia und auf den Philippinen, ein Sammeln der demokratischen Kräfte in Thailand und das Aufkommen progressiver Kräfte in Südasien. Große Teile Asiens haben eine Vergangenheit der Kolonialisierung und Diktatur sowie undemokratischer sozialistischer Regime durchlebt. Das Aufkommen immer weiterer demokratischer linker Gruppen ist eine vielversprechende Entwicklung für die progressiven Kräfte der Region und bietet den Menschen die Option für politische Alternativen.

Reformerische Bewegungen sind in der Region nicht neu, aber bisher waren sie nie von Dauer, unkoordiniert und wurden manchmal auch niedergeschlagen. Das Sammeln und Konsolidieren dieser Bewegungen durch die Gründung und Unterstützung von Parteien sind ein Schlüssel für den aufkommenden Erfolg der Sozialdemokratie.

spw: Im Jahr 2009 wurde das Sozialdemokratische Netzwerk Asien (SOCDEM Asia) gegründet, Akbayan koordiniert dieses Netzwerk. Was war der Grund für die Gründung und was sind die Ziele von SOCDEM?

» **M.C.:** Das Sozialdemokratische Netzwerk Asien ist ein Zusammenschluss von Parteien, Gruppen und Verbänden, die die sozialdemokratischen Werte teilen. Sein Ziel ist, die Sozialdemokratie in Asien zu fördern, indem der Diskurs über ihre Themen begonnen und vertieft wird und so Strategien und Konzepte für sozialdemokratische Parteien, Politikerinnen und Politiker und Gruppen in der Region zu entwickeln und best practice Beispiele zu zeigen. Wir wollen damit einen

Beitrag zu notwendigen Reformen leisten und Antworten auf die sozio-ökonomischen Herausforderungen der Region geben, und gemeinsam mit anderen progressiven Kräften den sozialen Wandel voran treiben. Außerdem wollen Sozialdemokraten und demokratische Sozialisten gemeinsam das schiefe Bild der Linken in der Region gerade rücken und die Zweifel der Menschen zerstreuen. Das Netzwerk ist eine Plattform des Austausches, zur Diskussion von Ideen und der Förderung von Solidarität, um uns gegenseitig zu stärken und eine regionale Agenda zu entwickeln, die die nationalen Initiativen unterstützt.

spw: Der jährliche „Freedom-House“-Report bezeichnet die Ländern in Südostasien nur als ‚teilweise frei‘, weil die alten Eliten weiterhin einen großen Einfluss auf politischen Entwicklungen haben. Wie begegnet SOCDDEM Asia diesem Problem und gibt es bereits erste Erfolge?

» **M.C.:** Ja, auch wenn progressive Kräfte erste Erfolge feiern können, bleiben die Länder der Region nur teilweise frei. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden in einigen Ländern weiterhin eingeschränkt und Wahlen verlaufen nicht frei und gleich. Diese Situation beschränkt auch die progressiven Kräfte und verschafft den alten Eliten einen Vorteil.

SOCDEM Asia hat dieses Thema früh erkannt. Auf einem Treffen der Steuerungsgruppe im März haben wir Demokratisierung als eine zentrale Säule unserer Strategie für die nächsten 3 Jahre definiert. Dazu wollen wir im Austausch ein Programm entwickeln, das sich mit Wahlen, Dezentralisierung, demokratischer Teilhabe und der Modernisierung von Parteien befasst.

spw: In den letzten Jahren gab es einige so genannte „demokratische Revolutionen“ im arabischen Raum und Asien. Erwartest Du, dass dies in weiteren Ländern und Regionen

passieren wird? Wie steht Akbayan zu diesen Revolutionen?

» **M.C.:** Wir sind solidarisch mit den demokratischen Kräften, die die Macht von diktatorischen Regimen zurück erobert haben. Vor dem Hintergrund des Kampfs gegen die Marcos-Diktatur auf den Philippinen, genießen wir die unterschiedlichen Akteure in diesen Revolutionen aber mit Vorsicht, insbesondere wenn es um Einflussnahme von außen geht. Eine Einflussnahme von außen gefährdet immer die nationale Souveränität.

Es ist wichtig sich die verschiedenen Akteure genau anzusehen, die den demokratischen Wandel durch Gewaltenteilung und Justizreformen vorantreiben. Genauso wichtig sind Reformen in der Wirtschafts- und Außenpolitik, die in unterschiedliche Richtungen gehen können und im schlimmsten Fall die Früchte der demokratischen Revolution zu Nichte machen können.

spw: Innenpolitisch sind die Autonomiebestrebungen des islamischen Südens der Philippinen ein lang anhaltender zentraler Konflikt. Die Regierung hat kürzlich ein Abkommen unterzeichnet, um diesen Konflikt zu befrieden. Könntest Du kurz skizzieren, was das für die Philippinen bedeutet?

» **M.C.:** Das Bangsamoro-Abkommen ist ein vorläufiger Friedensvertrag zwischen der Regierung und der Islamischen Befreiungsbewegung der Moros (MILF), der die Rahmenbedingung für Aufteilung der Zuständigkeiten in der Region neu regelt und die Regelung über Autonomiegebiete ersetzen soll. Das Abkommen sichert Bangsamoro politische und steuerliche Unabhängigkeit zu. Es macht Bangsamoro zu einer eigenständigen Nation innerhalb des philippinischen Staates und soll die Voraussetzung zur Beilegung des Konflikts bieten. Weitere Details des Abkommens müssen noch weiter ausgehandelt werden.

Das Abkommen ist ein Schritt, um den langanhaltenden Konflikt zu befrieden, der aus einer Unabhängigkeitsforderung des Südens entspringt. Es ist kein Allheilmittel, aber ein wichtiger Schritt, zur Lösung des Konflikts und in Richtung einer toleranten und pluralistischen Region.

spw: Internationale Beobachter meinen, das Abkommen könnte Vorbild für die Beilegung weiterer Konflikte in Südostasien sein. Glaubst Du, dass hier noch weitere entscheidende Entwicklungen zu erwarten sind?

» **M.C.:** Das Abkommen wird von anderen Staaten überwacht. Es ist allerdings zu früh zu sagen, welchen Effekt es z.B. in Süd-Thailand, in Indonesien, in Myanmar oder anderen Konflikten in der Region haben wird. Auch wenn die Probleme ähnlich sind, erfordert eine Beilegung solcher Konflikte auch immer entsprechende Bedingungen für Dialog und einen politischen Lösungswillen. Diesbezüglich gibt es deutliche Unterschiede in der Region. Das Bangsamoro-Abkommen war ein langwieriger Prozess und wird Zeit brauchen, seine Ziele zu erreichen. Wie sich die Situation im Süden der Philippinen weiter entwickelt, muss man nach einer Übergangsphase sehen.

spw: Was denkst Du, werden Themen auf den Philippinen und in Südost-Asien sein, die zukünftig einen Effekt auf die internationale Gemeinschaft haben werden?

» **M.C.:** Akbayan setzt sich gerade sehr intensiv für den Erhalt der Souveränität und die Sicherung der Seerechte im westphilippinischen Meer ein, in dem es große Öl- und Gas-Vorkommen gibt. China, als aufsteigende Macht in unserer Region, reklamiert dieses Gebiet für sich. Unser Ziel ist es, diese Situation friedlich und mit diplomatischen Mitteln zu lösen, indem wir die internationale Gemeinschaft beteiligen. Die Haltung der internationalen Gemeinschaft ist entscheidend, um der Kanonenboot-Diplomatie Chinas Einhalt

zu gebieten. Die internationale Gemeinschaft muss helfen, dass Souveränitätsrechte gesichert und internationale Gesetze eingehalten werden.

Das ökonomische Wachstum in den Ländern der Region wird im Zusammenhang mit der Krise in den USA und Europa die strategische Situation Asiens stärken. Mit einer Stärkung der Investitionen auf diesem großen Markt, können progressive Kräfte den Einfluss des Neoliberalismus zurückdrängen und dafür sorgen, dass der ökonomische Aufschwung auch zu einer Verringerung sozialer Ungleichheit in der Region beiträgt.

Die Katastrophe in Fukushima und die wiederkehrenden Umweltkatastrophen erfordern ein Umdenken in unserer Energie- und Umweltpolitik. Klassische Ressourcen sind nicht nur endlich, sondern bergen auch erhebliche Risiken.

Für Akbayan ist das unmittelbare Ziel, ein echtes Wachstum zu erzeugen, mit dem die Armut bekämpft werden kann und die Lebenssituation der Menschen sich verbessert. Dazu ist es notwendig, in neue, nachhaltige Energien zu investieren. Ein Wirtschaftsprogramm, das sich der Umverteilung von Ressourcen und Einkommen widmet und dabei den Umweltschutz im Blick behält, wird den Weg in diese Richtung ebnen. ■

☞ Marie Chris M. Cabrereros ist stellvertretende Vorsitzende der AKBAYAN Citizens Action Party der Philippinen und Vorsitzende der Akbayan Youth Movement.

☞ Das Interview führte Pascal Geißler.



Kinderspiel Kapitalismus: Alle Jahre wieder!

von Jasmin Siri

Eine Sehnsucht wie auch ein Unbehagen an den Wiederholungen des nie ganz, aber irgendwie doch immergleichen prägt die moderne Gesellschaft. Seien es im Privaten die Gespräche mit Freunden, die in klaren Bahnen und über Jahre auf die selben Themen zulaufen; sei es, dass es vor allem die Freude an der Redundanz ist, die uns Serien und Filmklassiker immer wieder anschauen lässt oder sei es, dass uns schon im Herbst völlig klar ist, was am 24. Dezember gekocht werden muss: wenn Rituale und Routinen funktionieren, ist das großartig. Die Funktion der Wiederholung im Alltäglichen besteht wohl in der Markierung von Sicherheiten. Menschen mögen Vertrautes und Bekanntes, auch und gerade in einer globalisierten Weltgesellschaft. Hier auf reagieren im Kapitalismus Märkte für Tradition ebenso wie populistische Parteien und das Fernsehprogramm zum Jahreswechsel.

Während *Little Lord Fauntleroy* und *Dinner for One* uns signalisieren, dass wirklich Weihnachten (resp. Silvester) ist und damit ja niemandem schaden, sind andere Wiederholungen wesentlich unangenehmer. Sie lassen uns spüren, wie änderungsresistent etablierte gesellschaftliche Strukturen und Deutungsmuster sind. Ob es nun um das Stereotyp des „Kopftuchmädchens“ geht, dass zuletzt in Politik wie Wissenschaft Einzug hielt oder um die Etikettierung von Opfern des Naziterrorismus als tote „Döner“; es ist erstaunlich, wie gut der Rückgriff auf nationalistische, rassistische oder sexistische Erklärungsmuster in einer Gesellschaft, die sich für aufgeklärt und pluralistisch hält, noch immer funktioniert.

Besonders entmutigend sind aber jene Regelmäßigkeiten, die Menschen das Leben kosten. Im November sprachen in Gaza wie-

der die Waffen, Menschen verlieren ihr Leben, ihre Angehörigen, ihren Alltag. Ich kann mich erinnern, dass ich zu Beginn der ersten Intifada und gefesselt von einem Nachrichtenbericht, die Zubettgehzeit nach hinten verhandeln wollte. Meine Mutter schickte mich mit den Worten, „Diesen Krieg gibt es noch, wenn du 80 bist.“, dennoch zu Bett. Ich habe mir das gemerkt, weil mich als damals 7-jährige die Zeitperspektive dieses Satzes sehr beeindruckte. Wenn ich jetzt BBC einschalte, muss ich daran denken.

Während manche Wiederholungen, wie Feste und alltägliche Routinen uns also mit Ruhe und Sicherheit versorgen, ohne dass dabei jemand zu Schaden kommt (von Kollatoralem, das die Weihnachtsfeiertage in Familiensystemen anrichten können, mal abgesehen), sind andere entmutigend oder machen wütend. Dass die Antwort darauf nicht Fatalismus sein kann, ist klar. Empörung ist angebracht, wohl wissend, dass sie die Widersprüche der Weltgesellschaft nicht kurzerhand auflösen wird. Derweil lohnt es sich, wenn wir uns daraufhin befragen, welche *unserer* liebgehabten Wiederholungen dazu geeignet sind, andere zu verletzen oder auszuschließen. In diesem Sinne: Happy Holidays! ■

☞ Dr. Jasmin Siri ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der LMU München.

Deutschland vor der Rezession?

von Arne Heise



Gerade zu Weihnachten wünscht man sich eigentlich nur gute Nachrichten und einen möglichst rosigen Ausblick auf die Zukunft. Ob dies aber auch für die Konjunkturaussichten der deutschen Wirtschaft gilt, erscheint mehr als fraglich.

Bislang galt Deutschland in der Europäischen Union (EU) als die Konjunkturlokomotive. Aufgrund seines großen Gewichts und des deutlich günstigeren Konjunkturverlaufs nach der Weltfinanzkrise lag es insbesondere am deutschen Wirtschaftsverlauf, wenn die EU nicht bereits früher in die Rezession abkippte. Seit dem 2. Quartal 2012 reichte aber auch das – eh äußerste dürrtuge – deutsche Wachstum von 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal nicht mehr, um die EU vor negativen Wachstumsraten zu bewahren (vgl. Tab.). Mit einem weiteren negativen Wachstum im 3. Quartal 2012 befindet sich die EU nun auch nach offiziellem Sprachgebrauch ‚in der Rezession‘ – da es bereits die zweite Rezession in kurzer Zeit ist, spricht man gelegentlich auch davon, dass die EU ein ‚double dip‘ erlebt: Nach der schweren Rezession in

2009 und der leichten Erholung in 2010 und 2011, bricht nun die Konjunktur erneut ein. Die Folgen für die öffentlichen Haushalte und die Arbeitsmärkte sind natürlich in den EU-Mitgliedsstaaten am schlimmsten, die am stärksten mit von der Weltfinanz- und nachfolgenden Euro-Krise betroffen sind: Griechenland, Spanien, Portugal und Irland. Und auch der kausale Wirkungszusammenhang zwischen den Austeritätspolitiken insbesondere in diesen Ländern und der Rezession sind allzu offensichtlich, als dass dies ernsthaft bezweifelt werden könnte.

Die OECD warnte nun in ihrer jüngsten Konjunktüreinschätzung davor, dass auch Deutschland in die Rezession rutschen könnte. Ähnlich sieht es das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), dessen Prognose zur Rezessionswahrscheinlichkeit sich nicht nur in den letzten Monaten deutlich ungünstiger entwickelte, sondern das für das nächste Quartal mittlerweile davon ausgeht, dass die Wahrscheinlichkeit größer ist, dass Deutschland ebenfalls eine Rezession erleben wird als die

Tabelle: Konjunkturindikatoren

Europäische Union	1. Quartal 2012	2. Quartal 2012	3. Quartal 2012
• BIP (Vorquartal)	0,0	-0,2	-0,1
• BIP (Vorjahresquartal)	0,0	-0,4	-0,6
• Wirtschaftliche Stimmung	94,1	91,1	86,4
• Vertrauen im Industriesektor (Vorquartal)	-6,6	-11,1	-15,5
Deutschland	1. Quartal 2012	2. Quartal 2012	3. Quartal 2012
• BIP (Vorjahresquartal)	0,5	0,3	0,2
	1- Monatsprognose	2- Monatsprognose	3- Monatsprognose
• Rezessionswahrscheinlichkeit (in %)	57,4	57,1	58,6

Quelle: Eurostat und IMK

Wahrscheinlichkeit, daran vorbei zu schrammen (vgl. Abb.). In den IMK-Rezessionswahrscheinlichkeitsindikator gehen ‚weiche Daten‘ wie Konsumenten- und Produzentenstimmungen ebenso ein wie ‚harte Daten‘ über Auftragseingänge beispielsweise. Da die 3-Monatsprognose gar noch schlechter ausfällt als die 1-Monatsprognose, darf davon ausgegangen werden, dass es sich nicht um einen zufälligen, nicht weiter beachtenswerten Einbruch handelt.

Hintergrund des sich weiter eintrübenden Konjunkturhorizonts für Deutschland ist die Tatsache, dass die beiden Säulen, auf denen die relativ ‚starke‘ Wachstumsentwicklung Deutschlands in der jüngeren Vergangenheit ruhte, schwächeln: Die Exportwirtschaft kann angesichts der Rezession in der EU, in die immerhin etwa 60 Prozent der deutschen Exporte gehen, der schwächelnden Konjunktur in den USA und auch der unerwarteten Wachstumsschwäche in den ‚BRICS‘- (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) oder ‚MIST‘- (Mexiko, Indonesien, Südkorea und Türkei) Staaten nicht mehr so stark zulegen, wie noch direkt nach der Weltfinanzkrise. Und der heimische Konsum, der durch die erstaunlich gute Arbeitsmarkt- und Nettoeinkommensentwicklung in den letzten Quartalen ebenfalls zur Konjunkturstützung beitrug, dürfte Probleme haben, gegenüber dem letzten Vorjahresquartal noch zuzulegen. Bedenkt man dann die Unwägbarkeiten – die so genannte ‚Fiskalklippe‘ in den USA (die anstehende fiskalpolitische Einigung zwischen Demokraten und Republikanern, die allein einen automatischen negativen Konjunkturschock aus Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen verhindern könnte) kann sich ebenso zu einer noch gar nicht absehbaren Belastung für die Weltkonjunktur auswirken wie immer noch mögliche Finanzmarktinstabilitäten. Letztlich dürfte es aber egal sein, ob sich das Wachstum in Deutschland im letzten Quartal 2012 und im 1. Quartal 2013 gerade noch im niedrigen positiven oder gar schon im negativen Bereich bewegen wird, die Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt werden bald durch demographische Entwicklungen

und Flexibilitätsinstrumente wie betriebliche Arbeitszeitkonten nicht mehr abzufangen sein.

Müsste man vor dem Hintergrund derart trüber Aussichten nicht von einer Bundesregierung erwarten – letztlich auf der Grundlage des immer noch gültigen Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (StabG) –, dass Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur ergriffen werden müssen, um ein Abgleiten in die Rezession zu verhindern? Selbstverständlich müsste man das. Wenn die Bundesregierung allerdings unter Rezessionsbedingungen einen fast ausgeglichenen Haushalt präsentiert, wird sie ihrer Aufgabe nicht gerecht. Und wenn die Opposition gar noch meckert, dass verbliebene, geringe Haushaltsdefizit sei immer noch zu hoch, dann kann sie damit vielleicht bei einer Wirtschaftspresse punkten, die gegenwärtig nichts anderes buchstabieren kann als ‚sparen‘ – ökonomisch sinnvoll wird es deshalb noch nicht. Wer allerdings im Zuge der Euro-Krise den harten Sparkommissar in der Eurozone gibt, der darf sich nicht wundern, wenn die gleiche Messlatte an ihn angelegt wird. Was aber für Griechenland, Spanien oder Portugal falsch ist – inmitten einer tiefen wirtschaftlichen Krise die staatliche Nachfrage massiv prozyklisch zu beschneiden – wird auch für Deutschland nicht besser: Eine gesamtwirtschaftliche Neuverschuldung von etwa 0,7 Prozent des BIP – was auf einen strukturellen (also um die konjunkturellen Einflüsse bereinigten) Überschuss von etwa 0,7 Prozent des BIP hinausläuft – ist eindeutig übermäßig restriktiv. Selbst im Rahmen der schon extrem restriktiven ‚Schuldenbremse‘ des Grundgesetzes wäre etwa eine Verdopplung der öffentlichen Investitionen möglich. Würde man sich manches teure Wahlgeschenk sparen (z.B. da milliardenteure Betreuungsgeld), wäre ein dickes Konjunkturpaket denkbar, dass nicht nur die konjunkturellen Aussichten Deutschlands erheblich verbessern könnte, sondern Deutschland wieder zu einer echten Konjunkturlokomotive in der EU machen. ■

☞ Arne Heise ist Professor für Finanzwissenschaft am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

Plädoyer für eine Arbeitsversicherung

10 Jahre ist es her, dass die Vorschläge der Hartz-Kommission in aller Eile in Gesetze gegossen wurden und sukzessive ab Januar 2003 in Kraft traten. Motiviert durch den so genannten Vermittlungsskandal der Bundesanstalt für Arbeit und angetrieben vom Willen der damaligen rot-grünen Regierung, die Rekordarbeitslosigkeit zu bekämpfen, haben die Reformen das Land und die deutsche Sozialdemokratie bis heute tief gespalten. Die damals geteilte Sicht, dass eine Reform der Arbeitsvermittlung nötig ist, um allen Menschen Teilhabe durch die Chance auf Arbeit zu ermöglichen, wurde durch die faktischen Reformen dann in ihr Gegenteil verkehrt. Was Gerhard Schröder und Wolfgang Clement, die sich bis heute dieser Reformen rühmen, damit an Schaden angerichtet haben, bleibt unverzeihlich für eine, die soziale Gerechtigkeit als Kampfauftrag sozialdemokratischer Politik begreift.

Und trotzdem bleibe ich dabei, eine Reform der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosengeldleistungen ist heute so nötig wie damals. Angesichts des Wandels der Arbeitswelt in der letzten Dekade erscheint sie sogar noch drängender. Denn die Herausforderungen, die sich aus dem sozioökonomischen Strukturwandel und der sozialen Modernisierung ergeben, blieben in der Arbeitslosenversicherung bisher unbehandelt. Einkommensrisiken entstehen im Erwerbsverlauf nicht mehr alleine aufgrund von Arbeitslosigkeit. Eine grundlegende Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung, wie sie bereits vor den Hartz-Reformen in ersten Ansätzen diskutiert wurde, ist daher nötig. Sie darf jedoch nicht als Reparaturbetrieb der Reformen der letzten zehn Jahre missbraucht werden. Eine progressive Linke darf sich nicht

allein auf eine „Zurück zu...“ – Politik verkürzen lassen.

Bereits im Hamburger Grundsatzprogramm von 2007 hat sich die Sozialdemokratie festgelegt, die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterzuentwickeln, „[d]ie [...] berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichern sowie Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleisten“ soll. Grundgedanke einer Arbeits- bzw. Beschäftigungsversicherung ist, die sozialpolitische Funktion der Arbeitsmarktpolitik um die Funktion einer „Brücke“ zu ergänzen, die Wechsel zwischen unterschiedlichen Lebenslagen, Tätigkeiten und Arbeitgebern besser absichert und damit Strukturen schafft, die die Souveränität der Beschäftigten stärkt. Notwendig ist in diesem Verständnis eine Arbeitsmarktpolitik, die gleichzeitig die Zeitsouveränität der Beschäftigten stärkt und (Geld-)Leistungen bereitstellt, um Raum für (persönliche) Weiterentwicklung zu eröffnen. Neben Weiterbildung und präventiver Arbeitsmarktpolitik sollte eine Arbeitsversicherung jedoch noch auf weiteren Beinen stehen. Konzeptionell muss daher auch über die Rolle der Arbeitsversicherung zu Gewährung von zweiten und dritten Chancen am Arbeitsmarkt, zur Stärkung von Autonomie und Selbstverwirklichung sowie eines lebensphasengerechten Arbeitens, z.B. die Anpassung von Arbeitszeiten oder der Art der Tätigkeit an biografische Entwicklungen, diskutiert werden. Die Arbeitsversicherung ist zwar keine Antwort auf den wachsenden Anteil atypischer Beschäftigung, dennoch sollte deutlich werden, welcher Nutzen auch für diese Beschäftigten in der Arbeitsversicherung liegt. Die Arbeitsversicherung kann ihr progressives Potential erst dann entfalten, wenn ihr Versprechen auf mehr Sicherheit und mehr Selbstbestimmung alle Beschäftigten einschließt. ■

➔ Dr. Claudia Bogedan ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn.

Die Wahlen in den Niederlanden und ihre Auswirkungen auf die EU

von Siebo M.H. Janssen



Foto: www.fotolia.com, © Stephen Finn

Die Wahlen vom 12. September 2012 zur „Tweede Kamer“ (zweite Kammer, vergleichbar dem Deutschen Bundestag) endeten mit mehreren kleineren und einigen größeren Überraschungen auf die im folgenden Beitrag eingegangen werden soll. Darüber hinaus sollen die Auswirkungen der Wahlen auf die EU und die Europapolitik der Niederlande beleuchtet werden.

Als im April 2012 der Rechtspopulist Geert Wilders und seine PVV (Partei der Freiheit) die Regierungskoalition aus rechtsliberalem VVD und christdemokratischen CDA als Tolerierungspartner scheitern ließ ging es in erster Linie um Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Um die Haushaltskriterien des Maastrichter Vertrages zu erfüllen, müssen die Niederlande im Haushalt 2013 mehrere Milliarden Euro einsparen. Um dieses Ziel zu erreichen einigten sich VVD und CDA auf umfangreiche Kürzungen im Sozial-, Gesundheits-, und Kulturbereich. Während Wilders die Kürzungen im Kulturbereich

und, aufgrund des Drucks des CDA weniger betroffenen Entwicklungshilfeeats, als zu gering empfand, gingen ihm die Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich zu weit. Wilders vertritt nicht nur rechtsdemagogische Positionen in Bezug auf Islam und EU, sondern geriert sich in der niederländischen Öffentlichkeit auch als Vertreter der sogenannten „kleinen Leute“, deren soziale Anliegen er gegen Migranten, die EU und die nationalen Eliten vorgibt zu verteidigen.

Das Ende der Koalition kam gleichsam überraschend, gingen VVD und CDA doch davon aus, dass Wilders nach sieben Wochen Verhandlungen einer Einigung nicht seine Stimme verweigern würde.

Die Folge dieses Verhaltens und das Ausbrechen einer neuerlichen politischen Krise in den Niederlanden führte, um die Vorgaben der EU-Kommission für 2013 doch noch einhalten zu können, zur Ausschreibung von Neuwahlen im September 2012 sowie der

Bildung einer ad-hoc-Koalition im Parlament aus VVD, CDA, D66 (Linksliberale), Groen Links (Grüne) und Christenunie (gemäßigt konservativ-protestantisch-soziale Partei). Nicht beteiligt war die größte Oppositionspartei, die sozialdemokratische PvdA. Diese lehnte, ähnlich wie die PVV von Wilders und die linkspopulistische Sozialistische Partei (SP – vergleichbar der Linken) die vorgesehenen Kürzungen im Sozialhaushalt ab und verwies auf ihr Konzept einer Erreichung der Ziele der EU-Kommission zu einem späteren Zeitpunkt und auf die umfassende Forderung nach Investitionsprogrammen.

Die PvdA war politisch in den Monaten vor dem Auseinanderbrechen der Koalition, ähnlich wie der CDA, durch ein umfragepolitisches „Tal der Tränen“ gegangen. Die zweitstärkste Partei der Wahlen von 2010 mit ihren 30 Sitzen lag seit Monaten in den Umfragen bei 15-20 Sitzen und wurde, abhängig von der Umfrage nach VVD, SP und teilweise PVV und D66, nur noch dritt- bis fünfstärkste Fraktion. Auffallend war vor allem der Aufstieg der SP in den Umfragen. Deren charismatischer und auf Regierungsfähigkeit hin orientierter Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat Roemer schaffte es seine Partei in den Umfragen von 15 realen Sitzen auf bis zu 38 virtuelle Sitze zu heben und damit sogar kurzfristig zur stärksten Partei zu avancieren. Relativ bald brach der Nimbus des charismatischen Siegertypen allerdings zusammen, da Roemer sich in den TV-Duellen einige peinliche Patzer erlaubte und in vielen Fragen als unsicher und schlecht informiert bei den Wähler/innen ankam. Mit dem Niedergang Roemers begann der politische (Wieder)Aufstieg des sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Diederik Samsom, einem ehemaligen Greenpeaceaktivisten, und der PvdA. Samsom schaffte es als einziger, neben Alexander Pechthold (D66), die Politik der bisherigen Koalition sachlich kompetent und mit einer klaren Alternative als ökonomisch und sozial gefährlich sowie

explizit antieuropäisch zu dekonstruieren. Er wurde damit zum herausragenden politischen Gegenspieler des bisherigen Ministerpräsidenten Rutte vom VVD. Allerdings zeigte sich auch bereits während des äußerst kurzen (ca. 3-4 Wochen) und heftig geführten Wahlkampfes, dass alle Koalitionsoptionen außer der einer großen Koalition aus VVD und PvdA so gut wie unmöglich waren, wollte man nicht auf eine weitere Legislaturperiode mit fragilen Mehrheitsverhältnissen bzw. dubiosen Partnern wie der PVV, der SP oder der Tierrechtspartei bzw. einer Rentnerpartei zusammenarbeiten.

Das Ergebnis der Wahlen am 12. September war dann zwar in der Höhe des Sieges von VVD und PvdA (beide gewannen noch einmal 10 bzw. 8 Sitze hinzu) überraschend deutlich, aber eine Mehrheit und damit mögliche Regierungsbildung dieser beiden Parteien zeichnete sich bereits in der letzten Woche vor den Wahlen ab.

Die großen Verlierer dieser Wahlen waren Wilders PVV (die von 24 auf 15 Sitze fiel) sowie die SP Roemers, die trotz anfänglich günstiger Umfragen, auf ihren 15 Sitzen stehen blieb. Dramatisch, von 10 auf 3 Sitze, verloren auch die Grünen (Groen-Links) unter ihrer erstmals antretenden und mittlerweile bereits wieder abgetretenen Spitzenkandidatin Jolande Sap, sowie der bereits 2010 nahezu halbierte CDA (2008: 41 Sitze, 2010: 21, 2012: 13), dessen Wählerschaft die Zusammenarbeit mit Wilders offensichtlich als wesentlich dramatischer ansah als eine Mehrheit des Parteiapparates dies wahrhaben wollte. Diese erneute Niederlage des CDA dürfte einerseits mit der Zusammenarbeit mit Wilders zusammenhängen, war und ist der CDA in vielen Politikbereichen doch immer noch eine stark christlich-sozial geprägte Partei, sowie mit der zunehmenden Entkonfessionalisierung nicht nur in den protestantischen Landesteilen, sondern mittlerweile und deutlich später, auch in den katholischen Südprou-

vinzen Limburg und Nord-Brabant. Vor allem Limburg wählte 2010 massiv Wilders und die PVV (Wilders stammt aus dem nordlimburgischen Venlo) und 2012 den VVD, so dass in diesem Zusammenhang von einer Entkonfessionalisierung der katholischen Landesteile nach rechts gesprochen werden kann.

Die Koalitionsbildung zwischen VVD und PvdA in europapolitischer Perspektive

Die unmittelbar nach den Wahlen beginnenden Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden großen Wahlsiegern VVD und PvdA hatten eine Reihe von grundsätzlichen innenpolitischen Problemen zu lösen, wie z.B. die Höhe der Krankenkassenversicherungsbeiträgen, die steuerliche Absetzbarkeit der Aufnahme von Hypotheken auf den Häuserkauf sowie zahlreiche weitere Fragen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik. Überraschend schnell, für niederländische Verhältnisse, kamen die Verhandlungsführer beider Parteien nach nur ca. sieben (7) Wochen mit konkreten Verhandlungsergebnissen.

Neben den wesentlichen innenpolitischen Streitpunkten wogen auch die Gegensätze in der Europapolitik schwer. Zwar gelten beide Parteien historisch gesehen als (gemäßigt) pro-europäisch, allerdings wird Europa von nahezu gegensätzlichen Standpunkten aus betrachtet. Wesentlich in diesem Zusammenhang ist, dass Samsom als Spitzenkandidat der PvdA mehrfach die pro-europäischen Grundsätze seiner Politik und der PvdA betonte und sich nachhaltig für weitere Hilfsprogramme für die „Krisenstaaten“ ausgesprochen hatte. Der VVD hingegen hatte immer die strikte Linie der Haushaltssanierung und Sparprogramme vertreten und sich als enger Verbündeter der deutschen Bundesregierung im Kampf gegen die „Krise“ gesehen.

Die Ernennung des engagierten Europäers Frans Timmermanns (PvdA) zum Außen-

und Europaminister dürfte in dieser Hinsicht ein deutliches Signal sein. Timmermanns, bereits mehrfach Staatssekretär für Europafragen, und eines der europapolitischen „Aushängeschilder“ der niederländischen Politik gilt als klarer Vertreter eines deutlichen Kompetenzzuwachses für Europa bei gleichzeitigem Ausbau bzw. Beibehaltung der Unterstützung für die Krisenstaaten. Auch der neue Vizepremier Lodewijk Asscher (PvdA) steht auf dem explizit pro-europäischen Flügel der PvdA. Zusammen mit Samsom, der Fraktionsvorsitzender in der zweiten Kammer bleibt, ist die PvdA in der neuen Koalition deutlich pro-europäisch und darüber hinaus politisch stark auf die Richtung der europäischen Wirtschaftspolitik des französischen Präsidenten Hollande ausgerichtet. Dies mag manchem im VVD als zu weitgehendes Zugeständnis an die Sozialdemokraten gelten und es ist davon auszugehen, dass beide Parteien einen Mittelweg in Bezug auf die europäische Finanzpolitik einschlagen werden, der zwischen den Positionen Deutschlands und Frankreichs verlaufen wird. Allerdings haben sich die Liberalen diesen Politikwechsel „teuer bezahlen lassen“, denn im Gegenzug haben sie eine deutliche Kürzung der Entwicklungshilfe (1 Mrd. Euro) durchgesetzt. Diese Kürzungen sind für die, traditionell stark auf internationale Zusammenarbeit ausgerichtete, PvdA problematisch, weil selbst unter der Tolerierung Wilders die seinerzeitige Regierung aus VVD und CDA, auf Druck des CDA, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit „nur“ um ca. 500 Millionen Euro gekürzt hatte, obwohl Wilders wiederholt eine Reduzierung auf null gefordert hatte. Ein anderer Wermutstropfen für den linken Flügel der PvdA dürfte die Verschärfung der Asyl- und Einwanderungspolitik sein, hier muß – wie im Falle der Entwicklungszusammenarbeit – von einem deutlichen politischen Sieg des VVD gesprochen werden. Erstaunlich ist, dass die PvdA insgesamt, also auch der linke Flügel, diese „Angriffe“ auf traditionelle

Kernbereiche ihrer Politik ohne größere Gegenstimmen passieren ließ. Hier stellt sich tatsächlich die Frage ob die eindeutige Fokussierung der PvdA auf eine innenpolitisch sozialere Gestaltung der Niederlande, bei gleichzeitiger Preisgabe zentraler Vorstellungen in Bezug auf die Armutsbekämpfung und eine humane Flüchtlingspolitik nicht einen Kurswechsel des außenpolitischen Denkens insgesamt einläutet? Für die PvdA steht seit 2012 offensichtlich die soziale Frage im Inneren vor allen anderen Fragen, gefolgt durch eine europäische Sozialpolitik, während Entwicklung und eine humane Flüchtlings- und Einwanderungspolitik dem politischen Opportunismus geopfert werden und gleichsam nur noch als Nebenprodukte der nationalen und europäischen Interessenpolitik vorkommen.

Die PvdA hätte in den Koalitionsverhandlungen die Möglichkeit gehabt, die europäische Politik nicht nur im Rahmen einer richtigen, wichtigen und notwendigen europäischen Solidarität zu gestalten, sondern auch deutliche Schwerpunkte in Bezug auf internationale Solidarität zu legen. Dass diese Chance, relativ leichtfertig, vertan wurde bleibt ein Makel des ansonsten durchaus akzeptablen Koalitionsvertrages. Für eine solche europäische und internationale Solidarität hätte die PvdA in der zweiten Kammer auch auf die Unterstützung der linksliberalen D66, durch Groen-Links (Grün-Linke), der kleinen christlich-sozialen Christenunión (CU) und möglicherweise sogar durch den sich neu orientierenden und wieder in die christlich-soziale Richtung rückenden CDA (Christdemokraten) rechnen können. Ob diese „one-way-Solidarität“ eine rein machtpolitische Offerte ist, oder vielmehr ein politischer Paradigmenwechsel der PvdA zu befürchten steht wird sich in den nächsten Monaten und Jahren zeigen müssen.

Positiv festzuhalten bleibt abschließend, dass europapolitisch ein Durchbruch gelun-

gen ist, trotz des bitteren Beigeschmacks in Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit und der Flüchtlings- und Asylpolitik, ein Durchbruch gelungen und als Fazit lässt sich festhalten, dass es den antieuropäischen Populisten von links (SP) und rechts (PVV) nicht gelungen ist die Angst gegen Europa weiter zu schüren, sondern es scheint vielmehr so zu sein, dass die Niederlande, nach ca. 10 Jahren der (europa)politischen Verirrungen wieder an ihre Tradition als pro-europäisches Land anschließen wollen. Ob dieser Neubeginn in europapolitischer Hinsicht Erfolg haben wird, wird auch davon abhängen ob es der sozial-liberalen Koalition gelingen wird die, weiterhin vorhandenen sozial- und wirtschaftspolitischen Gegensätze zu überwinden und für ihre Gesamtkonzeption von Politik auch in der ersten Kammer eine Mehrheit zu finden, denn dort benötigen sie (vorläufig) den CDA oder die linksliberalen D66 um ihre politischen Ziele umsetzen zu können.

Sollten die oben angesprochenen Probleme gelöst werden und das Kabinett Bestand haben, so könnte das Kabinett Rutte II als erstes post-populistisches Kabinett in die jüngere Geschichte eingehen, das die positiven europapolitischen Traditionen beider Parteien und der Niederlande insgesamt wieder betont und zugleich ein weiteres (gemäßigtes) Gegengewicht zur Austeritätspolitik der Bundesregierung darstellt.

Zu wünschen wäre dies nicht nur den Niederlanden, sondern auch der EU, die für jeden stabilen, pro-europäischen Partner in diesen unsicheren Zeiten des antieuropäischen Populismus dankbar ist. ■

☞ Dr. Siebo M.H. Janssen ist 1. stellvertretender Vorsitzender des Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e.V. (KFIBS).

Rezension: Der Staat der Klassengesellschaft – Rechts- und Sozialstaatlichkeit bei Wolfgang Abendroth

von Folke große Deters

Radikale Linke misstrauen seit jeher dem staatlich gesetzten Recht. Sie reduzieren es unter Berufung auf Karl Marx auf ein reines Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. Auf der anderen Seite besteht in Teilen der SPD angesichts von Schuldenbremse und Fiskalpakt offenbar ein geradezu naives Vertrauen in die Steuerungsfähigkeit und vor allem in die Unparteilichkeit rechtlicher Regelungen.

Wolfgang Abendroth vermeidet Vereinfachungen in die eine oder die andere Richtung; und deswegen haben die Herausgeber des vorliegenden Bandes, *Andreas Fischer-Lescano*, *Joachim Perels* und *Thilo Scholle*, mit ihrer Einschätzung Recht, dass eine Beschäftigung mit dessen Rechtslehre auch heute noch den Schweiß der Edlen lohnt.

Im vorgelegten Band gelingt es dabei vortrefflich, den durchaus anspruchsvollen Ansatz Abendroths zu transportieren und aktuelle Anschlussmöglichkeiten zu diskutieren. Gerade für Juristinnen und Juristen finden sich viele Denk-Anstöße über die „herrschende Meinung“ und unreflektiertes Dogmatisieren hinaus.

Im ersten Teil zum „intellektuellen Lebensweg“ Abendroths schildert *Gregor Kritidis* die menschlich beeindruckende Biographie „des Partisanenprofessors im Lande der Mitläufer“ (*Jürgen Habermas*), der für seine Überzeugung ins Gefängnis gegangen ist, und später immer um der konkreten Umsetzung seiner Ideen willen darum gerungen hat, anschlussfähig zu bleiben, ohne seine inhaltlichen Überzeugungen zu verraten. Es spricht für die Ausgewogenheit dieses Bandes, dass *Uli Schöler* im zweiten biografischen Beitrag das Verhältnis Abendroths zum „realen Sozialismus“ durchaus kritisch beleuchtet. Nachdem Abendroth

**Andreas Fischer-Lescano /
Joachim Perels / Thilo Scholle (Hrsg.)**
Der Staat der Klassengesellschaft
Rechts- und Sozialstaatlichkeit
bei Wolfgang Abendroth



Das Werk ist Teil der
Reihe Staatsverständ-
nisse, Band 51.

275 S., Broschiert, 29 Euro
ISBN 978-3-8329-6160-2
2012, Nomos Verlag

sich anfangs klar vom System des Ostblocks abgrenzte, äußerte er sich später zum Beispiel zum Mauerbau – wohl aus Enttäuschung über die Entwicklung im Westen – wesentlich unkritischer, als dies in der Rückschau angebracht erscheint.

Im zweiten Teil mit dem Titel „Gesellschaftsstruktur und Recht“ beschreibt *Thilo Scholle* die Ambivalenz „des Rechts“ in Abendroths Theorie. Es ist auf der einen Seite unleugbar Ausdruck von Machtverhältnissen, hegt aber auf der anderen Seite die unmittelbare Gewalt ein und schützt damit die Schwachen. Recht, das durch ein demokratisches Verfahren legitimiert ist, kann daher den Rahmen und die Form für eine friedliche Austragung von gesellschaftlichen (Klassen) Auseinandersetzungen bilden. Das demokratische Versprechen wird jedoch nur dann eingelöst, wenn die demokratische Gleichheit auch materiell unterfüttert ist und sich Demokratie nicht nur auf den staatlichen Bereich beschränkt. Dies kommt jedoch ganz im Sinne des berühmten Willy-Brandt-Zitats „nicht von selbst“, sondern muss im rechtlich vorgezeichneten Rahmen erkämpft werden.

Die grundsätzliche Frage des Verhältnisses von Recht und sozialem Fortschritt wird in den folgenden Beiträgen vertieft. *Frank Deppe* zeigt auf, wie der marxistische Theoretiker Abendroth die Spannung zwischen materialistischer Analyse und gleichzeitiger Anerkennung von subjektiver Freiheit des Menschen bei der Gestaltung der eigenen Geschichte auflöst. *Lena Kreck* unternimmt den Versuch, die Theorie Abendroths mit aktuellen Überlegungen aus der feministischen Demokratietheorie zu verbinden.

Die Beiträge im Teil „Demokratie im sozialen Rechtsstaat“ laden ein, die herrschende Auslegung des Grundgesetzes kritisch zu beleuchten. *John Philip Thurns* würdigt die Kontroverse Abendroths mit dem Carl-Schmitt-Schüler Ernst Forsthoff, welcher das Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Abs. 1 Grundgesetz als normativ irrelevante Verfassungs-Prosa entsorgen wollte. Er zeigt auf, dass Abendroths Gegenposition in den 1950er Jahren durchaus anschlussfähig war. Joachim Perels vertieft den Ansatz Abendroths, die Positivität des Rechts – anders als Forsthoff in der genannten Kontroverse – sehr ernst zu nehmen und eine methodisch korrekte Verfassungsexegese auch über eigene politische Ziele zu stellen. Peter Römer unternimmt es, Abendroths Demokratie-Verständnis im Vergleich zu den Theorien Hans Kelsens und Carl Schmitts zu entfalten.

Im Abschnitt „Wirtschaftsdemokratie“ zeigen *Hans-Jürgen Urban* und *Oliver Eberl/David Salomon* auf, dass Abendroth im Kampf für eine soziale Demokratie nicht nur auf das Parlament setzte, sondern insbesondere den Gewerkschaften eine zentrale Rolle zuschrieb. Sie seien nicht nur zum Kampf für Partikularinteressen berufen, sondern auch zu „Hütern der Demokratie“, weil sie verhinderten, dass partikuläre wirtschaftliche Macht zu politischer Macht transformiert werden könne.

Im letzten Abschnitt mit dem Titel „Emanzipation jenseits des Staates“ beschreiben *Andreas Fischer-Lescano/Gerhard Stuby* Abend-

roths Überlegungen zum Völkerrecht: die Dialektik des Verhältnisses zwischen Norm und sozialer Realität ist hier vielleicht noch anschaulicher, weil das Völkerrecht deutlicher von Macht geprägt ist als andere Rechtsgebiete.

Etwas ratlos bleibt der Rezensent beim Beitrag von *Kolja Möller* zurück. Keine Einwände gegen die Aufforderung, auch in den neuen internationalen Rechtsregimen Anknüpfungspunkte für sozialen Fortschritt zu suchen. Verstörend ist aber, wie leichtfertig hier „allgemeine Legitimationslehren“ und „Universalisierungstests“ aus der Demokratietheorie verabschiedet werden, um an deren Stelle die Betrachtung von „Netzwerken“ zu setzen. Vergessen wird dabei, dass die Idee von Demokratie letztlich bedeutet, dass Menschen gemeinsam bestimmen, wie sie miteinander leben wollen. Diese Frage weist über Funktionssysteme und einzelne Rechtsregime hinaus. Sie nimmt eben den ganzen Menschen in den Blick. Dies müssen demokratische Institutionen und Prozesse auch im 21. Jahrhundert noch reflektieren.

Der Beitrag von *Hans-Jürgen Bieling* zur „Sozialen Demokratie in Europa“ zeigt, dass Abendroth dieses Moment demokratischer Selbstbestimmung sehr präsent war. Obwohl „internationalistisch denkend“ (Fischer-Lescano/Stuby) lehnt er schon in den 1950er Jahren ab, sich demokratische Legitimationsdefizite der Gemeinschaftsorgane im Interesse einer europäischen Einigung „schön zu reden.“

Abendroth wollte die rein formale (parlamentarische) Demokratie zur sozialen Demokratie erweitern. Dies zu unterstützen, heißt jedoch nicht, statt auf traditionelle Kriterien demokratischer Legitimation nunmehr auf postmoderne Konstruktionen wie eine sich „formlos und spontan“ äuernde Masse oder „Multitude“ (Michael Hardt/Antonio Negri) zu setzen. ■

☞ Folke große Deters ist stellvertretender Vorsitzender der SPD Rhein-Sieg, Rechtsreferendar und promoviert zur Demokratietheorie am rechtsphilosophischen Seminar der Universität Bonn.

Rezension: Zwei mal 150 Jahre

von Robert von Olberg

Das Parteijubiläum 2013 bietet Anlass für eine Vielzahl neuer Publikationen zur SPD-Geschichte. Stellen sie in der Regel auch keine aufregenden neuen Erkenntnisse dar, so sind doch die unterschiedlichen Perspektiven und Zugänge, die für die Darstellungen gewählt werden, interessant.

Der Vorsitzende der Historischen Kommission beim Parteivorstand, Bernd Faulenbach, legt mit seiner in der Reihe „Beck Wissen“ erschienenen „Geschichte der SPD“ eine Überblicksdarstellung über 150 Jahre Parteigeschichte vor. Das Vorhaben ist ambitioniert, stehen ihm für die Darstellung der gesamten SPD-Geschichte dem Konzept der Reihe geschuldet gerade einmal 144 Seiten zur Verfügung.

Der erste Blick verrät, dass Faulenbach bei seinem Parforceritt durch die Parteigeschichte streng chronologisch erzählend vorgeht. Die zu den einzelnen Kapiteln zusammengefassten Zeitabschnitte orientieren sich weitestgehend am Verhältnis der SPD zur jeweiligen politischen Machtsituation und ihrer Position im vorherrschenden politischen System.

Bemerkenswert ist allerdings die Art und Weise der Darstellung. Faulenbach benennt einleitend vier Dimensionen, um sich der SPD-Geschichte zu nähern: die soziale Frage als Entstehungs- und Begründungsanlass der Arbeiterbewegung, das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Nation zwischen Kaiserreich und Wiedervereinigung, die organisatorische und programmatische Entwicklung zwischen Marxismus und Volksparteianspruch sowie die Positionierung der Partei im Parteienspektrum und im internationalen Kontext der Arbeiterbewegung. Diese Perspektiven verfolgt Faulenbach bei seiner Darstellung nahezu

durchgängig. Immer wieder nimmt er Bezug auf sie und zeigt so nicht nur die Organisationsentwicklung der Partei, sondern wirft zugleich den Blick auch auf programmatische Kontroversen und Entwicklungen.

Erkennbar ist dabei eine gewisse Skepsis gegenüber innerparteilichen Flügelbildungen, die Faulenbach immer wieder problematisiert. So habe der starke Zuwachs an akademisch gebildeten jungen Mitgliedern in den 1970er Jahren der Partei „auf die Dauer zu schaffen“ gemacht, da er die Flügelbildung begünstigt habe, während gleichzeitig die Rolle der Arbeitsgemeinschaften gestärkt worden sei. Der linke Parteiflügel habe sowohl unter Kanzler Schmidt die Tendenz zur „sozialdemokratische[n] Oppositi-

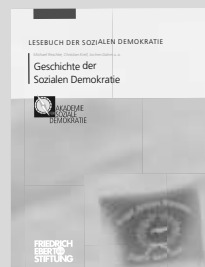
Bernd Faulenbach Geschichte der SPD

Von den Anfängen bis zur Gegenwart.



Verlag C.H. Beck, 2012,
144 Seiten, 8,95 Euro,
ISBN: 978-3-406-63717-9

Michael Reschke / Christian Krell / Jochen Dahm u.a. Geschichte der Sozialen Demokratie



Friedrich-Ebert-
Stiftung,
161 Seiten, 5 Euro,
ISBN: 978-3-86498-233-0,
oder als pdf-Download
unter: www.fes-soziale-demokratie.de

onspolitik“ gezeigt als auch Schröders Agenda-Politik trotz massiver Kritik keine eigenen politischen Alternativen entgegensetzen können. Franz Müntefering habe den Parteivorstand in der Auseinandersetzung um eine Personalfrage abgegeben, nachdem „eine heterogene Gruppe“ im Parteivorstand seinen Wunschkandidaten habe scheitern lassen, „ohne ein klares Ziel damit zu verfolgen“. Hierin sieht Faulenbach einen Beleg für einen „Verfall der sozialdemokratischen Führungskultur“.

Mag man einzelne dieser Auseinandersetzungen auch selbst anders einschätzen, so liefert Faulenbach insgesamt einen gut lesbaren Überblick und eine nützliche Einführung zur SPD-Geschichte. Schwächen in der Darstellung zeigen sich wohl zwangsläufig dort, wo die ansonsten rein historische Darstellung der Partei- und Programmentwicklung der Deutung aktuell noch offener oder schwelender Diskussionen weicht. Dies betrifft die Darstellung ab Beginn der Kanzlerschaft Schröders und reicht bis in die perspektivische Schlussbetrachtung hinein. Hier kommen parteiinterne Diskurse z.B. um die Rente mit 67 in der Darstellung zu kurz oder Einschätzungen maßgeblicher Akteurinnen und Akteure fallen eher holzschnittartig aus. So z.B. wenn Peer Steinbrück als NRW-Ministerpräsident als „durchaus fähig“ beschrieben wird.

Während Faulenbach auf Quellen und Hinweise zu einer vertieften Auseinandersetzung mit einzelnen Aspekten oder Epochen der SPD-Geschichte weitestgehend verzichtet, findet man diese in der „Geschichte der Sozialen Demokratie“ der Akademie für Soziale Demokratie umso häufiger. Der in der Reihe der Lesebücher der Akademie erschienene und von Michael Reschke, Christian Krell, Jochen Dahm u.a. herausgegebene Band ist in der historischen Gliederung der Partei- und Programmentwicklung weitestgehend identisch mit der Gliederung Faulenbachs. Dennoch unterscheidet er sich im Konzept wesentlich von der erzählenden Überblicksdarstellung.

Infoboxen, Schaubilder und Grafiken erläutern ergänzend zum Haupttext einzelne Ereignisse, Begriffe oder Personen in knappen Darstellungen genauer. Für die Partei- und Programmgeschichte maßgebliche Dokumente werden immer wieder direkt zitiert. Am Ende jedes Kapitels werden in wenigen Stichpunkten die wesentlichen Entwicklungen zusammengefasst. Hinzu kommen umfangreiche, aber prägnante Literaturhinweise, die zum Weiterlesen anregen.

Stärker noch als bei Faulenbach steht die programmatische Entwicklung mit Blick auf die Konzeption der Sozialen Demokratie im Mittelpunkt. So werden der Entwicklung der SPD-Geschichte zugleich wesentliche Entwicklungslinien der Gewerkschaften und der Arbeiterkulturbewegung zur Seite gestellt. Die Darstellung der Parteigeschichte nimmt immer wieder erklärend Bezug auf die Milieuentwicklung der sozialdemokratischen Wähler- und Mitgliederschaft.

Von Faulenbachs Darstellung setzt sich dieser Band auch in der Darstellung der programmatischen Kontroversen der jüngsten SPD-Geschichte ab. Die Schilderung der rot-grünen Sozialstaatsreformen ist spürbar von der kritischen Perspektive der programmatischen Debatten seit 2009 geprägt. Das abschließende Kapitel nimmt Ralf Dahrendorfs These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhundert“ aus den 1980er Jahren auf und setzt ihr eine Überzeugende Argumentation zur unveränderten Aktualität der Anliegen, Forderungen und Konzepte der Sozialen Demokratie entgegen.

Mit diesem Band hält man ein Arbeitsbuch in Händen, das einerseits selbst eine umfassende Darstellung liefert, andererseits aber stark darauf setzt, zu einer näheren Beschäftigung mit einzelnen Aspekten anzuregen. Hierfür bietet der Band einen hilfreichen Kompass. ■

☞ Robert von Olberg studiert Politikwissenschaft und ist stellvertretender Vorsitzender der SPD Münster.

Rezension: Neues zu Rosa Luxemburg

von Thilo Scholle

Dass Rosa Luxemburg eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Geschichte der Arbeiterbewegung ist, bedarf keiner großen Begründung. Sowohl ihre Biographie als eine der wichtigsten Streiterinnen des linken Flügels der Sozialdemokratie von der Zeit ab der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wie auch ihre theoretischen Arbeiten zur Weiterentwicklung marxistischen Denkens wirken bis heute nach. Deutlich wird diese Bedeutung auch dadurch, dass sie zu den wenigen Aktiven der Arbeiterbewegung gehört, deren Biographie bis heute in immer wieder neuen Texten in den gängigen Reihen von Einführungstexten in Leben und Werk großer Denkerinnen und Denker erscheint. Eine gut geschriebene „Basisbiographie“ in der gleichnamigen Reihe des Suhrkamp-Verlags hat nun der FAZ-Feuilletonredakteur und linke Publizist Dietmar Dath vorgelegt. Dath unterteilt den Text in die Blöcke „Leben“, „Werk“ und „Wirkung“. Dabei gelingt ihm letztlich eine gute und dichte Beschreibung von Luxemburgs Leben und Werk, die allerdings nicht ohne die bei den meisten Biographen Luxemburgs wohl unvermeidliche ätzende Kritik an der Sozialdemokratie auskommt.

Rosa Luxemburg in ihren eigenen Worten stellt der von Jörn Schütrumpf herausgegebene Auswahlband an Liebesbriefen vor. Gesammelt sind darin Briefe Luxemburgs an Leo Jogiches, Kostja Zektin, Paul Levi und Hans Diefenbach. Die Briefe, deren Zeitspanne sich fast vom Beginn Luxemburgs politischen Engagements Mitte der 1890er Jahre bis in das Jahr 1917 ziehen, enthalten dabei sehr unterschiedliche Passagen: Neben schwärmerischen Worten an die jeweiligen Partner geben sie auch Einblicke in die politischen und organisatorischen Fragen, die Luxemburg jeweils beschäftigten. Nebenbei werden auch (sehr kritische) Einschätzungen



Dietmar Dath
Rosa Luxemburg
Leben Werk Wirkung

153 Seiten, 8,90 Euro
Suhrkamp Verlag, Berlin 2010

Jörn Schütrumpf (Hrsg.)
Rosa Luxemburg
Die Liebesbriefe

319 Seiten, 24,90 Euro
Karl Dietz Verlag, Berlin 2012



Luxemburgs zu führenden Theoretikern der Zeit wie etwa zu Karl Kautsky deutlich. Interessant sind diese Briefe auch deshalb, weil die jeweiligen Partner Luxemburgs ihrerseits in ganz unterschiedlichen politischen Zusammenhängen innerhalb der Sozialdemokratie aktiv waren. Zudem werden in den Texten immer wieder die Zerbrechlichkeit und die inneren Ängste Luxemburgs deutlich. Der Herausgeber Jörn Schütrumpf schreibt in seinem Nachwort, Sinn und Zweck der Auflage sei u.a., den gängigen Darstellungen von Luxemburg entweder als Revolutionärin, die gedankenlos über Leichen gehe, oder als „männerverzehrende Megäre“ entgegenzutreten, in dem Luxemburg selbst zu Wort komme. Es ist angesichts der aktuellen Veröffentlichungslage zweifelhaft, ob Luxemburgs Andenken wirklich noch mit diesen beiden Vorwürfen zu kämpfen hat. Trotzdem ist die Herausgabe der Briefe verdienstvoll, vor allem weil in den im „realexistierenden Sozialismus“ edierten Briefbänden Hinweise auf Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen im Privatleben Luxemburgs getilgt wurden, um so eine Kämpferin ohne Schwächen inszenieren zu können. Schade ist, dass die Briefe der jeweiligen Lebensgefährten nicht erhalten sind. Für das Bild nicht nur der Privatperson Rosa Luxemburg, sondern auch für das der politischen Aktivistin und Kämpferin geben die Briefe jedenfalls interessante und lesenswerte Einblicke. ■

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der SPW-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Danke Michael Reschke!



Michael Reschkes beruflicher Weg hat ihn als Referent in ein ost-deutsches Landesministerium geführt. Daher verlässt er zum Jahreswechsel seine Position als Chefredakteur der spw. Zeit für einen kleinen Rückblick auf seine geleistete Arbeit.

Mit der Augustausgabe 2011 wurde Michael Reschke Chefredakteur. Er übernahm das Amt in einer Phase, in der es für die SPD-Linke darauf ankam, die eingeleitete Neuorientierung der Partei zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, guter Arbeit und einer nachfrageorientierteren Wirtschaftspolitik zu begleiten und voranzutreiben. Zugleich galt es, nach der Analyse der Finanzmarktkrise an sozialökologischen Reformalternativen zum nach wie vor bestimmenden neoliberalen Kapitalismusmodell zu arbeiten. Gemeinsam mit der Redaktion setzte Michael Reschke den Diskurs um einen neuen New Deal und qualitatives Wachstum umfassend fort. So konnte spw nicht zuletzt durch die vielbeachteten Heftschwerpunkte *sozialdemokratische Reformdiskurse* (spw 191), *soziale Ungleichheit und Wirtschaftskrise* (spw 190) sowie *Follow the money! – Handlungsfähiger Staat* (spw 186) den Diskurs über einen gesellschaftlichen Pfad- bzw. Kurswechsel in der Linken mit gestalten. Darüber hinaus richtete spw mit seiner Reihe *Neue Weltordnung* den Blick auf Transformationsprozesse von politischem System und Ökonomie in Lateinamerika, Nordafrika bzw. dem Nahen Osten sowie in Ostasien.

Nach der Steigerung der Auflage und der Verbreiterung der LeserInnenschaft hat Michael die Herausforderung mit Erfolg angenommen, die spw diskursiv fortzuentwickeln und dabei den nicht einfachen aber unvermeidlichen Spagat zwischen tagespolitischer

Aktualität und der Orientierung an langen diskursiven Linien produktiv aufzulösen. Neben seiner fachlichen und redaktionellen Kompetenz brachte er seine Erfahrung als Seminarleiter und Autor im Umfeld der FES ein und sicherte damit nicht nur die Qualität der Artikel, sondern führte weitere neue AutorInnen an spw heran. Dies gelang ebenfalls in der Heranführung aktueller Juso-Generationen.

Kurzum: Michael hat in einer relativ kurzen Zeit viel mit und für die spw bewegt.

Daher ist es besonders erfreulich, dass er spw als Mitglied der Redaktion erhalten bleiben möchte. Vielen Dank, Michael Reschke! (Kai Burmeister und Stefan Stache)

Willkommen zurück, Stefan Stache!



Stefan Stache wird zum Beginn des neuen Jahres Chefredakteur der spw. Er übernimmt die Funktion damit wieder ein zweites Mal: Bereits bis Mitte 2011 hatte Stache die Redaktion über rund drei Jahre hinweg koordiniert. Der Politikwissenschaftler war in den letzten Jahren unter anderem Referent und Redenschreiber einer Senatorin und arbeitet nun zugleich als Politik- und Kommunikationsberater.

Thilo Scholle als Vorsitzender von IDA e.V. wiedergewählt

Thilo Scholle, Redaktionsmitglied der spw, ist erneut für zwei Jahre zum Bundesvorsitzenden des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) gewählt worden. Der Jurist übt dieses Amt bereits seit sechs Jahren aus. Darüber hinaus ist er Mitglied des Bundesparteirates der SPD.

DL 21 Aktuell: SPD muss als linke Volkspartei sichtbar werden – Dabei werden wir Peer Steinbrück gerne unterstützen



Der SPD Sonderparteitag am 9. Dezember war ein geglückter (Neu-)Start in den Bundestagswahlkampf. Peer Steinbrück hat deutlich gemacht, dass das Thema **soziale Gerechtigkeit** und das **Zusammenführen der Gesellschaft** in den **Mittelpunkt des Wahlkampfes und des Regierungshandelns der SPD** rücken muss. Er steht für einen Politikwechsel mit Rot-Grün zur Verfügung – für eine große Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel nicht. Die rund 93 Prozent Zustimmung für den Kanzlerkandidaten verdeutlichen, dass die Peer Steinbrück den Vertrauensvorschuss schenken, die Schwerpunkte seiner Rede jetzt mit Leben zu füllen. Dabei wird ihm die DL21 gerne behilflich sein und unsere „Bausteine für eine sozialdemokratische Regierungspolitik“ (siehe: www.forum-dl21.de) in den Prozess zur Erstellung eines Regierungsprogramms einbringen.

Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt: Wir wollen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro und gleiche Bezahlung von LeiharbeiterInnen und Stammebelegschaften. Bei einer angestrebten „Reform der Mini-Jobs“ müssen wir auf einen Ausbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hinwirken.

Bei **Gesundheit und Pflege** haben wir uns über das Bekenntnis zu einer „Bürgerversicherung für alle unter Beteiligung aller“ gefreut. Auch die Pflegeversicherung wollen wir als echte Sozialversicherung mit Beitragsparität ausbauen und eine Anpassung der Beitragsbemessungsgrenzen und die Einbeziehung aller Einkommensarten erreichen.

Rente: Mit der Sicherung des Rentenniveaus, der Solidarrente, den Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und dem Bekenntnis

zur Aussetzung der Rente mit 67 haben wir ein überzeugendes Rentenkonzept erarbeitet.

Auch der von uns geforderte Schwerpunkt **Gleichstellungspolitik** wird eine entscheidende Rolle spielen: Neben der Forderung nach weiterem Kitausbau und Equal Pay freuen wir uns über die Bekenntnisse zur Abschaffung des Ehegattensplittings, die steuerliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften und die Ankündigung, einen StaatssekretärInnen-Posten für Gleichstellung im Bundeskanzleramt zu schaffen. Ebenso ist die Schaffung eines **Energie-Ministeriums** zu begrüßen, gleichwohl es über die konkrete Ausgestaltung einer sozialdemokratischen Energiewende noch Diskussionen bedarf. Für uns bleibt entscheidend: Die Energiewende muss ökologisch *und* sozial gerecht gestaltet werden. Und natürlich stimmen wir mit den Forderungen nach der **Regulierung der Finanzmärkte**, einer **demokratischen Wirtschaft** und der Schaffung eines vereinten, demokratischen und sozialen **Europas** überein.

Nur eine SPD, die sich für mehr soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit einsetzt, wird das Wahljahr 2013 erfolgreich bestreiten. Die Diskussion um den 4. Armuts- und Reichtumsbericht (siehe auch DL21 Blog-Beitrag „Bundesregierung schönt Armutsbericht“) hat noch einmal verdeutlicht: Während sich Armutsrisiken verfestigen, werden die Reichen immer reicher und das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Wohlstandes erodiert. An dieser Stelle brauchen wir eine starke Sozialdemokratie, die ihren gesellschaftlichen Gegenentwurf selbstbewusst formuliert. Auf der DL21 Frühjahrstagung voraussichtlich im März 2013 werden wir unsere Anforderungen an ein Regierungsprogramm deutlich machen. ■

Fünf Fragen an... Reinhold Rünker



➞ Reinhold Rünker

Foto: privat

Zur Person: Reinhold Rünker (geb. 1964), Bankkaufmann und Historiker, war von 1995 bis 2008 Mitglied der spw-Redaktion, zuletzt als Chefredakteur. Bei den Jusos war er Mitglied im Juso-Bundesvorstand (1992-1995) und Jugendbildungsreferent sowie Landesgeschäftsführer im Juso-Landesverband NRW (1994-2000). Heute ist er als Gruppenleiter im Wirtschaftsministerium NRW u.a. zuständig für die Förderprogrammkoordination und die Beteiligungsverwaltung.

spw: Welche politischen Debatten haben Dich inhaltlich am meisten geprägt?

» **RR:** Als ich Anfang der 1980er Jahre zu den Jusos kam, war ich nicht nur von der praktischen Arbeit in der Friedensbewegung angezogen, sondern auch von den theoretischen Debatten. Besonders geprägt haben mich dann die Diskussionen um die ökonomischen wie sozio-kulturellen Veränderungen im Kapitalismus, wie sie in der französischen „Regulationsschule“ oder aber auch bei Pierre Bourdieu oder in der Rezeption der Arbeiten von Antonio Gramsci geführt wurden. Für mich waren das ganz neue Welten, denn als „gelernter Hauptschüler“ hatte ich einen ganz anderen Horizont.

spw: Gibt es Inhalte aus Deiner Juso-Zeit, die Dir auch heute noch wichtig sind?

» **RR:** Da gibt es viele Inhalte – oder besser gesagt, Diskussionsstränge. Gesellschaftliche Entwicklung, zumal im Kapitalismus, ist dynamisch. Insoweit muss auch die Analyse und Kritik der Verhältnisse dynamisch sein. Wichtig ist, dass dabei Grundlinien erkennbar werden. Als ich vor drei Jahren in Thüringen Büroleiter bei Matthias Machnig – der damals das Amt des Wirtschaftsministers übernahm – wurde, konnte ich mit ihm gedanklich an viele Aspekte anknüpfen, die wir in den 1980er/1990er Jahren diskutiert hatten. Beispielsweise bei der Frage nach einer wertschöpfenden und sozial wie ökologisch nachhaltiger Wirtschaftspolitik. Im Gegensatz zu anderen haben wir etwa immer auch die Bedeutung der industriellen Produktion und der Arbeit betont.

Methodisch habe ich der Arbeit bei den Jusos zudem sehr viel zu verdanken. Das Denken in Kräfteverhältnissen, Interessensgeflechten und Etappen ist gerade in politischen Auseinandersetzungen hilfreich. Wer auf Juso-Kongressen gelernt hat zu diskutieren und Anträge zu formulieren, den schrecken auch keine formalisierten Verfahren im Landtag oder Bundesrat.

Erfahrungen außerhalb „der Politik“ zu haben, bewahrt mich vor der in unseren Kreisen durchaus verbreiteten Illusion, dass „die Politik“ der Nabel des Weltgeschehens wäre.

spw: Du warst selbst an mehreren linken Cross-Over-Diskussionen beteiligt. Wie viel Aussicht auf Erfolg hätte solch ein Prozess aktuell, und welche Themen wären zu klären?

» **RR:** Leider ist die kontroverse Debatte in Politik und Gesellschaft in den letzten Jahren zunehmend auf den Hund gekommen. Parteien scheuen die pointierte Auseinandersetzung, weil sie damit medial immer

gleich in den Verruf geraten, uneins und gar zerstritten zu sein. Eine solche Situation ist für einen linken Cross-Over nicht förderlich. Hinzu kommt, dass es weiterhin eine Unkultur der gegenseitigen Vorwürfe gibt, die einen müssten sich etwa bedingungslos von der Agenda-Politik lossagen, die anderen endlich Regierungsfähigkeit beweisen, und so weiter und so weiter. Auf allen Seiten ist noch immer viel Verletzung und Enttäuschung zu spüren. Hier wäre mehr Gelassenheit angebracht. Insofern ist es auch gut, wenn ein neuer Cross-Over von unten entsteht und gerade von jüngeren Kräften getragen wird. Inhaltlich liegen drei große Themen auf der Hand: Europa, Demokratie und das Verhältnis von Wachstum zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit.

spw: Was glaubst Du müsste die SPD strukturell tun, um für kritische Geister aus Wissenschaft und Verbänden spannend zu werden?

» **RR:** Die Sozialdemokratie müsste aus der medialen Phalanx derer ausbrechen, die die politische Debatte für ein Zeichen von Schwäche und Zerstrittenheit hält. Der Streit um die Sache, um die bessere Lösung, ist ein Wesensmerkmal von Demokratie. Das, was wir heute oft als Politikferne der Gesellschaft beklagen, resultiert meines Erachtens eher daraus, dass wir die politische Auseinandersetzung entweder in die Talk-Shows oder in abgeschlossene Expertenzirkel verlagern. Wir haben deshalb eine Kultur der Aufgeregtheit und der vermeintlichen Objektivität der Expertenmeinung. Wir brauchen aber eine Kultur des Streites um die besseren Lösungen. Dazu gehören Offenheit und die Bereitschaft, den Argumenten zuzuhören und sie vor dem Hintergrund der eigenen (!) Meinung und Erfahrung abzuklopfen darauf, ob sie einen Beitrag zur Problemlösung leisten. Wenig hilfreich ist Rechthaberei und Moralismus.

Wir brauchen parteienübergreifende Debatten, wir brauchen Think-Tanks wie das

„Denkwerk Demokratie“ oder das „Institut Solidarische Moderne“. Wir brauchen starke Gewerkschaften. Wir brauchen auch starke politische Stiftungen, denn gerade dort kann ein Wissenstransfer von Wissenschaft und Politik erfolgen.

Und wir brauchen natürlich auch künftig Zeitschriften, in denen mit Leidenschaft und Überzeugung gestritten wird. SPW kann und muss dazu auch künftig die Plattform der Linken in der SPD sein.

spw: Du bist jetzt seit über 30 Jahren sowohl ehrenamtlich wie auch hauptamtlich aktiv. Seit drei Jahren bist Du nun in der politischen „Exekutive“ in der Landespolitik, zunächst in Thüringen und jetzt in NRW. Wie hat sich der Blick auf Politik für Dich dadurch geändert?

» **RR:** Es ist schon ein großer Unterschied, ob man aus dem politischen Raum heraus Analysen und politische Forderungen formuliert, oder ob man in der Exekutive daraus dann „praktische Politik“ machen muss. Am Ende einer politischen Debatte steht ein Beschluss, der umgesetzt werden muss. Die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen dafür sind deutlich enger, als von außen angenommen – und sie werden in Zeiten der Schuldenbremse und des demografischen Wandels noch enger. Wer aber bereits im politischen Raum wenig ambitionierte Ziele formuliert und nur die Verwaltung des Bestehenden im Blick hat, wird wenig erreichen. Die Umsetzbarkeit von Forderungen hat aus dem Blickwinkel der Exekutive immer eine größere Bedeutung, als wenn ich im politischen Raum eine Maximalforderung formulieren kann. Aber auch hier gilt – Veränderung und Gestaltung gelingt nur mit inhaltlicher Überzeugung und persönlicher Leidenschaft. Wichtig ist dabei aber, die Kräfteverhältnisse und Etappen richtig einzuschätzen. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Post-Neoliberalismus?
Ulrich Brand
224 Seiten; € 13,80

»Das Kapital« kompakt
Georg Fulberth
123 Seiten; € 9,90



Prämienpaket 2

Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive
Regina-Maria Dackweiler / Reinhild Schäfer (Hrsg.)
248 Seiten; € 27,90

Feminismus
Gisela Notz
131 Seiten; € 9,90



Prämienpaket 3

VielfachKrise
Alex Demirović / Julia Dück / Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)
232 Seiten; € 16,80

Politische Ökonomie des Sozialstaats
Heiner Ganßmann
229 Seiten; € 19,90

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- ☐ Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- ☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- ☐ Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- ☐ Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____ Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____

☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.